

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Gespräch: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 1. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Gespräch: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Gemeinderatswahlen im Reichslande.

Strassburg, 29. Juni.

Am Sonntag, den 28. Juni, fanden in Elsass-Lothringen in allen Gemeinden die Wahlen zu den Gemeinderäten statt. In den Gemeinden, wo sich die Sozialdemokratie beteiligte, lautete mit wenig Ausnahmen die Parole: „Die Sozialdemokratie — die Bürgerstimme“. Besonders in den vier großen Städten Strassburg, Mülhausen, Reims und Colmar trat dies markant in Erscheinung. Es war ein ausgeprägter Klassenkampf in den Gemeinden. Alle die Arbeiter und Kapitalisten, die Beamten des Staates, der Post und der Eisenbahn, die Lehrer, die indifferenten Handlungsgehilfen waren gegen die Arbeiterstimme vereint. Nicht weniger denn drei bürgerliche politische Gruppen (Liberalismus, Demokratie, Zentrum) und in einigen Orten lokale Interessengruppen standen geschlossen gegen die Sozialdemokratie.

Und was war die Ursache dieses Zusammenschlusses? Einerseits die gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen der bürgerlichen Parteien, die alles Trennende zurückgelassen hatten, dann aber die einfache Tatsache der wirtschaftlich eigentümlich zum Proletariat gehörenden Beamten, Handlungsgehilfen, Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden. Der wildgemachte Kleinbürger leistete wieder einmal seinem ärgsten Feinde, dem Kapital, Helferdienste, derselbe Kleinbürger, der sich früher in einer Reihe von Gemeinderatswahlen entweder der Stimme enthielt oder auf die Seite der Sozialdemokratie geschlagen hatte. Selbst das einheimische Elsassertum war so verkehrt, so feuerheisch gemacht, daß es die oft in protektionistischer Weise herausgehobenen partikularen Momente ganz vergessen hatte. Die Angst vor neuen Gemeindesteuern hatte Elsässer und Altdeutsche zusammengeführt gegen den einen gemeinsamen Feind — die Sozialdemokratie.

Diese beschuldigte man fälschlich der Mißwirtschaft. In Wirklichkeit geschah dies, um die unheilvolle Mißwirtschaft früherer bürgerlicher Gemeinderäte zu verdecken, die es in Vertretung eigener persönlicher Interessen unterlassen hatten, neuzeitliche Einrichtungen in den in starker Entwicklung begriffenen Gemeinden zu schaffen, die nicht daran gedacht hatten, die monopolartigen Betriebe — Gas- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. — in die Regie der Gemeinde zu überführen. Die fortschreitende Vergrößerung der Gemeinden, die Vermehrung ihrer Bevölkerung machte nun in den letzten Jahren die Schaffung von modernen kommunalen Einrichtungen — Kanalisation, Straßenerweiterungen, Sanierungen, Schulbauten usw. — zur zwingenden Notwendigkeit. Diese Sachen durften nicht weiter hinauszugeschoben werden, wenn die Bevölkerung nicht Schaden leiden sollte.

In dieser Zeit erhielt nun Mülhausen eine sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat (durch die Nachwahl 1906 wurde sie zur starken Minderheit). Ebenso kam eine starke sozialdemokratische Minderheit in den Gemeinderat von Strassburg. Es zeigte sich, daß die Einwohner in diesen Städten mit der Wirtschaft der früheren Gemeinderäte nicht mehr einverstanden waren.

Die Sozialdemokraten drängten nun vorwärts, sowohl in rein kommunalen als auch in sozialen Angelegenheiten, und die bürgerlichen Gemeinderäte — machten mit. Die Reueinrichtungen kosteten selbstverständlich Geld, viel Geld, um so mehr, als nun alles zusammenkam. Es mußten Anleihen gemacht werden, die von Sozialdemokraten und Bürgerlichen gemeinsam beschlossen wurden. Dann aber mußten auch die Gemeindegeldsätze zur Staatssteuer erhöht werden, die einzige nennenswerte direkte Einnahmequelle der sonst fast nur auf das Oktroi angewiesenen Stadtgemeinden. Die Zuschläge sind, da sie nicht progressiv abgestuft sind, für die Kleinen und mittleren Einkommen eine harte Last, während die großen Einkommen sehr geschont werden. Die Schuld an diesem vorwiegend fiskalen Steuerhype trägt die Regierung und der Landesausschuß, die die Gemeinden vollständig im Stich lassen und ihnen bisher keine ausreichenden Steuerrechte eingeräumt haben.

Diese Erhöhung der Zuschlagspennung ganz besonders machten nun die bürgerlichen Parteien zur Grundlage ihrer Agitation. Und obgleich ihre Vertreter in den Gemeinderäten mit für die Erhöhung der Zuschlagspennung gestimmt haben, bürdet man doch den Sozialdemokraten allein die Schuld an der Erhöhung auf. Dadurch machte man das Kleinbürger- und Beamtenumild, brachte diese Kreise gegen die Sozialdemokratie auf und trieb große Mengen indifferenten, gedankenloser Wähler zur Wahlurne.

Dies sind die hauptsächlichsten Ursachen für die bedauerlichen Mißerfolge in Strassburg und Mülhausen, die wir bereits gestern meldeten. Für den Zusammenschluß der Gegner in den Städten, wo die Sozialdemokratie bisher keinen Einfluß hatte, war die Furcht bestimmend, es könnte bei einem verstärkten Einzug von Sozialdemokraten in den Gemeinderat so kommen wie in Mülhausen und Strassburg.

Trotz der Mandatsverluste hat aber die Sozialdemokratie in der Bevölkerung weitere Kreise erobert. In Strassburg, wo und das Bürgerum 16 Mandate entziff und sämtliche 36 Sitze mit seinen Kandidaten besetzte, erhielt die Sozialdemokratie insgesamt 8545 Stimmen oder 35 Prozent der Gesamtzahl der abgegebenen, gegen 6450 oder 34 Prozent der gesamten Stimmen bei der letzten ordentlichen Wahl im Jahre 1902. Die vereinigten Gegner erhielten insgesamt 14 582 Stimmen = 63 Prozent (eingerechnet ist dabei eine bürgerliche Quersliste), gegen 12 701 Stimmen = 56 Prozent im Jahre 1902. Die sozialistischen

Stimmen stiegen um 32 Prozent, die gegnerischen um 14 Prozent. Von 30 050 eingeschriebenen Wählern beteiligten sich 23 000 an der Wahl, das sind 77 Prozent. Leider blieben zahlreiche Arbeiter von der Wahl fern, während die Bürgerlichen ihre familiären Reserven heranholten. Fieberhaft wurde von ihnen gearbeitet. Die Behörden wiesen die Beamten einfach an, wählen zu gehen. Eisenbahnbeamte, die für den Sonntag einen Freifahrtschein hatten, durften vor 9 Uhr nicht abfahren; erst mußten sie wählen. Und eine eiserne Disziplin wurde auf beiden Seiten gehalten. Die meissen Listen wurden ungestrichen abgegeben. Auf den bürgerlichen Listen zu Strassburg befanden sich in schöner Harmonie Demokraten, Liberaler (Pastor Wolf), liberaler Landesausschußabgeordneter, evangelischer Pastoral, Zentrum (Prof. Spahn, katholischer Pastoral), Freidenker (Rechtsanwalt Mayer) und ein christlicher Arbeiter. Man kann sich hieraus schon ein kleines Bild machen, welch heterogene Gesellschaft jetzt im Strassburger Gemeinderat sitzt.

Ueber den Verlauf der Wahl in Mülhausen schreibt die „Mülhauser Volkszeitung“:

„Das Ergebnis der Wahl ist der glatte Erfolg der Liste von 31 Kandidaten des liberal-liberal-demokratischen Bloßs, die mit rund 8000 Stimmen gewählt sind. — mit der um ein kleines, vielleicht im Durchschnitt um 100 Stimmen gesteigerten Stimmenzahl desselben Bloßs vor zwei Jahren, am 21. Oktober 1906. Aber das Proletariat hat wieder gekämpft, es hat im Sinne der freiheitlichen und fortschrittlichen Stimmen Mülhausens seine Pflicht getan: während der reaktionäre Wad nur durch das Herbeschleppen von Siedern und Halbbloten mittels Automobilen und Droschken in politisch rückständigen Stadtteilen, wo 1906 die Wahlbeteiligung besonders schwach war, seine Stimmenzahl um eine nicht nennenswerte Ziffer zu steigern vermochte, stiegen die sozialdemokratischen Stimmen von 5400 im Jahre 1906 auf 6500 bis 7200 gestern in den meisten Stimmbezirken dadurch, daß die Stimmen der Bloßkandidaten direkt zurückgingen, während die sozialdemokratischen Stimmen die Gegner mehrfach auch dort überflügelten, wo diese am 21. Oktober 1906 die ausgesprochene Mehrheit besaßen. Der moralische Erfolg des gestrigen Wahltages in Mülhausen gehört also der Sozialdemokratie. Die Zahl der Abstimmenden erreichte rund 90 Prozent aller eingeschriebenen Wähler, sie betrug rund 15 000, genau 14 965. Die fünf weiteren bürgerlichen Kandidaten auf der Liste von 36, deren Programm es nach dem verteilten Wahlausruß ist, die „städtische Verwaltung wegzufügen“, erhielten rund 8100 Stimmen. Es hat somit am nächsten Sonntag zur Besetzung der letzten fünf Sitze eine zweite Wahl stattgefunden.“

Ein schön Erfolg errang die Sozialdemokratie in Mülhausen, wo 6 Sozialdemokraten gewählt wurden, während die Gegner nur 5 Kandidaten durchbrachten.

Somit liegen bis zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, keine genauen Resultate aus den Landorten vor. Soweit die Wahlen in diesen Orten von Wichtigkeit sind, werden wir sie noch nachtragen.

Der Verlauf der Wahlen hat auch eine große politische Bedeutung. Es ist jetzt ausgeschlossen, daß ein Sozialdemokrat in den Landesausschuß einzieht, der nur in den vier großen Städten gewählt werden könnte. Weiter wird das Resultat ungünstig auf die in Vorbereitung stehende Gemeindesteuerreform wirken, die so wie so von der agrarisch-notablen Mehrheit im Landesausschuß mit scheelen Augen angesehen wird.

Auf sechs Jahre sind die Gemeinderäte gewählt. Mögen sie jetzt wirtschaften. Und dann werden wir und wieder sprechen. Alle die schönen Versprechungen aber, die den bürgerlichen Wählern gemacht worden sind, die in den Vordergrund geschobene Absicht, zu sparen, werden eitel Versprechungen bleiben, wenn die großen Gemeinden nicht verlotterten sollen. Der Staat ist im Reichslande in erster Linie schuld an der Finanzmisere in den Gemeinden. Er bürdet ihnen immer mehr Kosten auf, ohne ihnen die Rechte zu geben, die großen Einkommen stärker zur Steuer heranzuziehen. Hier gilt es einzusetzen. Aber dazu sind die Vertreter des Bürgerums nicht zu haben. Erst der Klassenkampf der Arbeiter wird hier Bahn brechen.

## Landtagschluß.

Das sommerliche Zwischenspiel ist vorüber und die erlauchten, edlen und bloß geehrten Herren können sich bis zum Herbst erholen. Am Dienstag war das Dreiklassenhaus schon um 10 Uhr verjammelt. Der alte Draeger und Müller-Sagan trugen eine rote Blume im Knopfloch, die der Tribünenwitz Barth-Balle taufte, obwohl sie sich bei näherem Zusehen als eine Geraniumblüte entpuppte. Einziger Punkt der Tagesordnung war, da die Unanständigkeit der liberal-konservativ-nationalliberalen Mehrheit die Beratung unserer Geschäftsordnungsanträge in Sachen Liebknecht und Reinerz verweigert hatte, die dritte Lesung der Pastorenvorlage. Die Majorität war von vornherein entschlossen, eingehende Beratungen nicht zuzulassen; durch einen Schlußantrag schaltete unser Genosse Adolf Hoffmann das Wort ab. Wohl nur, um der schönen Vergewaltigung so etwas wie ein fadenhäutiges Mantelchen der Unparteilichkeit umzuhängen, hatte sich der konservative Windler mit auf die Rednerliste setzen lassen, so daß auch er von dem Schlußantrage mit betroffen wurde. Aber so kurz die Sitzung war, so ging sie doch nicht vorüber, ohne daß Genosse Ströbel einen Keil auf den großen Hock gesetzt und dem nicht erschienenen Finanzminister v. Rheinbaben für seine neuliche Anrempelung der Sozialdemokratie gründlich heimgeleuchtet hätte. An ein paar schlagenden Beispielen der allerjüngsten Zeit wies unser Redner nach, daß die Junkerregierung Preußens mit ungefähr ebensobiel Recht über Terrorismus klagt, wie der Satan über die Sünde. Der

Chorus der Junker geberdete sich während der Rede Ströbels wie Raufend vor schlafträumer Ungebild, und Kröcher's Aufse zur Sache begannen bereits stark aus dem väterlichen in den Unteroffizierston überzugehen. So wurde Genosse Ströbel verhindert, einen Vergleich zwischen der Lage der Staatsarbeiter und der der Geistlichen zu ziehen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben und unsere einschneidende Kritik am Lohnsystem des Vater's Staat wird dem Junkerparlament nicht geschenkt werden. — Daß Studis Nachfolger Rolle auf Ströbels Ausführungen augenscheinlich nichts zu erwidern wußte — die Kürze seiner bisherigen Amtsdauer hat ihn augenscheinlich noch nicht gestattet, sich mit Rheinbaben'scher Gründlichkeit in den Wälfischen Zitatenschatz zu versenken — so übernahm Dr. Wiemer als allgemeiner Vordredner des Gesamtbürgerums die Aufgabe, mit Steinen aus dem Glashause zu werfen und über sozialdemokratischen Wahlterrorismus zu zern. Erst ganz am Schluß seiner Rede erinnerte sich Wiemer an seine spezielle Fraktionsfirma und sagte ein paar Worte gegen das Gesetz, das die Freisinnigen übrigens nicht einmal aus sachlichen, sondern bloß aus formellen Gründen bemerkten. Nach belanglosen Ausführungen irgend eines Freikonserwativen wurde das Gesetz gegen unsere und der Freisinnigen Stimmen angenommen. Dann schloffen mit den üblichen Formlichkeiten die Beratungen des Dreiklassenhauses, worauf 1 1/2 Stunden später der ganze Landtag in die Hundstagsferien beurlaubt wurde.

Nach dem Schluß der Entlassungssitzung — ihr Vorsitzender, Herrenhaus-Rantekuffel, mußte zu seinem Schmerz wieder erleben, daß beim Kaiserhof, dem sechsten in drei Tagen, die Tribünen sitzen blieben — unterhielt sich Wölff angelegentlich mit dem Staatsreichsgrafen Mirbach, dieweil sein Adlatus Weilmann mit Jordan v. Kröcher plauschte. Ein hübsches Omen für die nächste Session. . .

## Nochmals der freisinnige Terror.

Herr Wiemer befahl in der Schlußsitzung des Landtages vom Dienstag die ungläubliche — man muß schon sagen Unverfrorenheit, über den Terror der — Sozialdemokratie zu verklagen. Nur der rücksichtslose Schlußantrag der Rechten verhinderte es, daß Genosse Hoffmann den freisinnigen Lartuffes sofort eine kräftige Züchtigung wegen ihrer Heuchelei zu teil werden ließ. Herr Wiemer kann sich dafür, daß ihm die Rechte die wohlverdiente Absuhr durch ihre brutale Vergewaltigung der Minorität ersparte, aus vollem Herzen bedanken. Bemerkte doch selbst das „Berliner Tageblatt“ in seinem Landtags-Stimmungsbild:

„Herr Dr. Wiemer schloß sich gedrungen, dem Finanzminister v. Rheinbaben ausdrücklich zu applaudieren. Auch er klagte — gewiß mit Recht über Terror und Boykott auf seiten der Sozialdemokratie. Aber der Zufall hat es gefügt, daß am selbigen Morgen der „Vorwärts“ auch einen bedauerlichen Fall von freisinnigem Boykott erzählen konnte. Im „Roabiter Bezirksanzeiger“ hat der freisinnige Kandidat für den 11. Berliner Landtagswahlbezirk, Herr Schöler, eine namentliche Liste derjenigen Roabiter Wahlmänner veröffentlicht, die am 28. Juni zu Hause geblieben sind, und in aller Form unter Angabe von Namen und Wohnung einen Wahlmann denunziert, der am 18. Juni konservativ gewählt, am 23. aber seine Stimme nicht für Dr. Runge, sondern für den Sozialdemokraten abgegeben hat.“

Sogar die „Deutsche Tageszeitung“ empfindet den freisinnigen Terror höchst peinlich. Sie führt, daß dadurch dem abgeschmackten Entrüstungsgeheul über den sozialdemokratischen Terror die Spitze abgebrochen wird. Sie schreibt deshalb:

In einem Roabiter Lokalblatt hat der freisinnige Kandidat für den 12. Berliner Wahlkreis, Herr Schöler, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, sämtliche Roabiter Wahlmänner, die bei der Stichwahl ihrer Pflicht nicht genügt haben, mit Namen und unter genauer Angabe ihrer Wohnung in einer Ehrentafel der treuen, furchtlosen Männer“ zusammengestellt, ebenso hat er Name und Wohnung eines Schühmachers veröffentlicht, der am 23. Juni für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmte, während er vorher als konservativer Wahlmann galt. Die Veröffentlichung der Namen ist allerdings von einer Aufforderung zum Boykott nicht begleitet; es mag auch sein, daß Herr Schöler nur die öffentliche Bloßstellung der Säumnigen beabsichtigt hat. Trotzdem hat der „Vorwärts“ nicht ganz unrecht, wenn er eine solche Veröffentlichung mit einer Boykottaufforderung in Parallele setzt. Auf welche Weise dem sozialdemokratischen Terror entgegengetreten werden soll, darüber wird man sich noch schlüssig machen müssen. Das Vorgehen des Herrn Schöler jedenfalls ist verfehlt und kann der Sozialdemokratie nur den willkommenen Vorwand bieten, die Schuld für den politischen Terrorismus bei den Wahlen zum Teil auf andere Schultern abzumägen.

Die gewissenhafte Redaktion des Agrarierblattes wirft in dieser Notiz zwei verschiedene Listen, die eigentliche Boykottliste der 31 Verfeimten und die Ehrentafel der 9 Getreuen, durcheinander. Aber der Verdruß des Agrarierblattes über den allzu brutalen und offensichtlichen Terror seines Vorgengen ist doch deutlich genug zu erkennen und auch nur zu wohl zu begreifen.

Die Denunziation des Herrn Schöler wird noch widerlicher, wenn man berücksichtigt, daß unter den 31 denunzierten Wahlmännern, die am 16. Juni nicht gewählt haben, sich auch mehrere Beamte befinden — ein Kreislaufschußbeamter, ein Dortelegraphenassistent, ein Jungführer und ein Magistratsbureauassistent. Wenn diese Beamten nicht als Messer geltend werden, ist es wahrhaftig nicht die Schuld des freisinnigen Denunzianten Schöler!

Der freisinnige Terrorismus ist umso schwächer, als Herr Schöler mit nur zu gutem Grund bemerkte, daß in einem Einzelfall die Möglichkeit eines Irrtums nicht ausgeschlossen sei. Ist doch z. B. einer der 31 Proskribierten als sozialdemokratischer Wahlmann aufgestellt gewesen, als welcher er beide Male seiner Wahlpflicht genügt hat, natürlich nicht zugunsten des Herrn Pastors Runge!

Der Freisinn mag sich drehen und wenden, wie er will, den Schöler und seinen Terror vermag er nicht von den Hochgehigen abzuschütteln!

## Wie's gemacht wird.

Man schreibt uns aus London, 26. Juni: In seiner Wochenchau der äußeren Politik schreibt Professor Schiemann in der „Kreuz-Zeitung“ vom 24. d. M.:

„In England aber ist eben jetzt ein Buch von Percival A. Hisslam: „The Admiralty of the Atlantic“ erschienen, das dafür plädiert, auch die Kanalflotte in der Nordsee zu konzentrieren, und überläßt den Gedanken durchzuführen läßt, daß die deutsche Flotte vernichtet werden müsse, bevor sie für England zu stark wird. Dem auf Frankreichs Flotte sei nicht zu rechnen; sie sei durch zu weite Durchführung der Prinzipien: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in einen Zustand so völliger Unfähigkeit geraten, daß sie trotz ihres formidablen Aussehens auf dem Papier nicht mehr zu den eskalierenden Seemächten gerechnet werden könne. Wir haben, sagt Hisslam an anderer Stelle, unsere Mittelmeerflotte auf ihre halbe Stärke reduziert, weil wir eine Entente mit dem defizienten und sozialistisch verfaulenden Frankreich haben. Diese Motive für den Abschluß der Entente zeigen, wie wir schon vor zwei Jahren ausführten, daß die englischen Politiker das heutige Frankreich zu jenen smaller nations zählen, die sie von jeher um sich zu scharen bemüht sind. Aber von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ist die Freundschaft Englands nicht eben ein Kompliment.“

Aus diesen Zeilen könnte man schließen, daß Hisslam, dessen Buch gegen Deutschland gerichtet ist, irgend welche autoritative Bedeutung hätte. Das wäre ein falscher Schluss. Hisslam ist noch ein ganz junger Mann, der seine Kenntnis des Auslandes aus sehr partiischen Quellen geschöpft hat. So zum Beispiel läßt er sich über die deutsche Sozialdemokratie wie folgt aus: „Der antienglische Geist beschränkt sich indes nicht auf die Staatsmänner des Reiches und die offiziellen Publikationen des Flottenvereins oder auf die „inspirierten“ Artikel der Presse. Dieser Geist hat die ganze politische Gedankenwelt Deutschlands durchdrungen, so daß die bekanntesten Führer der sozialistischen Partei kürzlich sagten: „Angesichts der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der die deutschen Seeinteressen wachsen, ist es unmöglich für Deutschland, seine maritime Stellung vom guten Willen Englands abhängig zu lassen.“ (1) Der unlängst verstorbene Karl Blind schrieb vor zwei Jahren: „Auch wenn Deutschland eine Republik wäre, müßte es dieselbe Flottenpolitik treiben.“ Im Dezember 1899, als die Englandfeindschaft auf der Höhe war, haben die „Sozialistischen Monatshefte“, das Organ der deutschen Arbeiterpartei (1), ihre Ideale wie folgt ausgedrückt: „Daß Deutschland bis an die Zähne bewaffnet sein und eine starke Flotte besitzen muß, ist von der größten Wichtigkeit für die Arbeiter. Was unseren Exporthandel schädigt, schädigt auch sie, und Arbeiter haben ein dringendes Interesse, den Außenhandel zur Blüte zu bringen — wenn nötig, auch durch die Macht der Waffen...“ Diese Lektion wurde gelernt; und heute tragen zahlreiche Arbeiterorganisationen zum Fonds des Flottenvereins bei.“

So Hisslam. Er sagt nicht, wer die bekanntesten sozialistischen Führer waren, die sich mit ihm unterhielten. Er zählt ferner Karl Blind zu den Sozialisten! Er schreibt den „Monatsheften“ eine Stellung zu, die sie nicht haben, und mißt ihnen Keuschungen zu, die sie unmöglich gemacht haben können.)

Schließlich kennt er sozialistische Arbeiterorganisationen, die den Flottenverein unterstützen!

Von ähnlichem Kaliber ist seine Kenntnis der französischen Verhältnisse. Hisslam kennt aber auch die englische Politik nicht. England rechnet weder auf die französische Flotte noch auf die französische Armee. Es will nur, daß Frankreich in einem Gegensatz zu Deutschland steht, um letzteres zu veranlassen, einen Teil seines Kriegsetats auf die Armee verwenden zu müssen und um so viel weniger auf die Flotte ausgeben zu können.

So weit unser Korrespondent.

Das ist also die Autorität, auf die sich der Professor Schiemann stützt, um die „deutsch-feindliche“ Stimmung Englands wieder einmal zu beweisen. Das ist die Methode, mit der er systematisch in der „Kreuz-Zeitung“ zum Kriege hetzt. Professor Schiemann hat nicht wie seine Quelle die Entschuldigung bodenloser Unwissenheit und Leichtfertigkeit. Umso härter muß das Urteil über seine Gewissenhaftigkeit ausfallen. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juni 1903.

### Der Raubzug.

Gestern fand im Reichsamte des Innern eine Konferenz über die Reichsfinanzreform statt, an der sich unter dem Vorsitz des Reichsschatzsekretärs Sydow eine größere Zahl von Finanzministern der Bundesstaaten beteiligte. Wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, erklärten sich die meisten Teilnehmer gegen die Einführung der direkten Reichseinkommensteuer, und besonders sprach man sich gegen eine Reichseinkommensteuer aus, die den Interessen der Einzelstaaten widerstrebe. Man war allgemein der Ansicht, daß die Hauptquote der erforderlichen neuen Reichsteuern durch indirekte Steuern ausgebracht werden müsse, und die Vorschläge des Reichsschatzsekretärs fanden im Allgemeinen die Zustimmung der Konferenzteilnehmer.

Das bedeutet also, daß die Erhöhung der Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer sicher ist, daß

(\*) Das Bild Hisslams bezieht sich offenbar auf einen Artikel eines Erich Rother, der in den „Sozial. Monatsh.“ 1899 erschienen ist und worin allerdings gesagt wurde, „was die Exportindustrie trifft, trifft auch die deutsche Arbeiterklasse, und sie hat das dringende Interesse, selbst mit Waffengewalt das weitere Prosperieren des Außenhandels und der Exportindustrie sicher zu stellen.“ Aber selbst Rother tritt für die Ablehnung der damaligen Flottenvorlage ein. Hisslams Bild ist überdies gefälscht. Aber auch sonst ist es eine freche Täuschung, die konfuse Auffassungen eines pseudonymen Jünglings als Auffassungen der Partei hinstellt. Uebrigens hat damals Rantsch im 18. Jahrgang der „Neuen Zeit“ in dem Artikel „Orontano, Schippel und die Flottenvorlage“ das konfuse Zeug als völlig haltlos nachgewiesen. Am. d. Red.

neue Belastungen des Verkehrs und wahrscheinlich auch die Einführung einer Elektrizitätsabgabe kommen werden. Und unterdessen wird die hauswirthliche Hebe mit allen Mitteln angefaßt, um die nötige Kuratstimmung zu erzeugen, in der die Blockmajorität den Raubzug gutheißen wird.

Die freisinnigen Organe aber unterstützen dieses Spiel. Sie beteuern unablässig ihre Bereitwilligkeit an der Reichsfinanzreform mitzuarbeiten, unterlassen es aber vorsichtig, gegen die ungeheure Belastung durch die geplanten indirekten Steuern energischen und unzweideutigen Protest zu erheben. Sie begnügen sich, der Regierung nahezu legen, ihnen die Zustimmung doch zu erleichtern und verlangen Konzessionen im Detail, um im großen die Regierung umso eher unterstützen zu können. Die Sozialdemokratie wird auch in diesem Kampfe gegen die Ausbeutung der Volksmassen allein kämpfen müssen.

### Professor Bernhard abgelehnt!

Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, hat die philosophische Fakultät der Berliner Universität in einer außerordentlichen Sitzung, die am 20. Juni nachmittags stattgefunden hat, beschlossen, die Berufung Professor Bernhards an die Berliner Universität abzulehnen. Die Fakultät hat erklärt, daß gegen die Person des Gelehrten keinerlei Einwendungen erhoben worden seien, daß sie aber unter den „heutigen Umständen“ den Eintritt von Professor Bernhard nicht wünsche, weil seine Berufung nach Berlin ohne Anhörung der Fakultät geschehen ist. Wie die Korrespondenz weiter erzählt, will Professor Bernhard sich ins Privatleben zurückziehen. Interessant ist auch, daß ein großes industrielles Unternehmen sich bemüht, den Rationalökonom zum Eintritt in seinen Betrieb zu bewegen. —

Professor Bernhard hat bekanntlich, als sich Protest erhob gegen seine Berufung über die Köpfe der Professoren hinweg, erklärt, daß er die Stelle nur annehme, wenn die philosophische Fakultät seine Anstellung billigen werde. Dieser Entschluß erschien uns als geschickter Schachzug, da wir nach den bisherigen Erfahrungen mit preussischen Professoren als gewiß ansahen, daß sie nicht gegen den ausgesprochenen Willen der Regierung zu entscheiden wagen würden. Nun ist es doch anders gekommen. Schade, daß die Herren solchen Mannesmut nicht bewiesen haben, als es sich, wie im Fall Arons, um die Freiheit der Wissenschaft handelte. Erst eine Verletzung ihres Rechts, die akademischen Lehrstühle zu besetzen, hat sie auf die Beine gebracht.

### Ein Gelbbuch über britische und deutsche Arbeiterbudgets.

Man schreibt uns: In ihren Studien über die Lage der Schutzollstaaten im Vergleich mit dem freihändlerischen England ließ die Regierung auch die Kosten der Lebenshaltung britischer und deutscher Arbeiter untersuchen. Die Resultate der Untersuchung wurden gestern in einem umfangreichen Gelbbuch veröffentlicht.

Im allgemeinen wird festgestellt, daß ein englischer Arbeiter, der nach Deutschland auswandern und seine alte Lebensweise beibehalten würde, seine Ausgaben für Wohnung, Nahrungsmittel und Heizung um ein Fünftel erhöhen müßte, während ein deutscher Arbeiter, der nach England einwandern und seine alte Lebensweise beibehalten würde, seine Ausgaben um etwa 45 Prozent herabsenken könnte.

Was die deutschen Preise der notwendigen Lebensmittel betrifft, so stellten sie sich im Oktober 1903 wie folgt, wobei die englischen Preise mit 100 angenommen wurden:

Barfzucker . . . . .	119	Schaffelkorn . . . . .	137
Butter . . . . .	105	Schweinefleisch . . . . .	123
Kartoffeln . . . . .	88	Speck . . . . .	123
Weizenmehl . . . . .	140	Sohle . . . . .	124
Milch . . . . .	75	Petroleum . . . . .	135
Rindfleisch . . . . .	122		

Die englischen und deutschen Löhne stellen sich wie 100 : 83; die englische und deutsche Arbeitszeit wie 100 : 111.

### Noch eine Belehrung für die Freisinnigen.

Die staatsrechtliche Belehrung, die wir gestern den Herren Freisinnigen zuteil werden ließen, läßt sich noch durch ein Beispiel veranschaulichen, das vielleicht um so erdrückender wirkt, als die staatsunvollständige Vergünstigung, an die hier erinnert werden soll, einem Sozialdemokraten zugute kam. Am 17. November 1893 erschien nämlich der damalige sozialdemokratische Abgeordnete Dueb plötzlich im Reichstag, obgleich er erst wenige Tage vorher zur Abhängung einer einmonatlichen Gefängnisstrafe in Mülhausen i. E. eingelockt worden war. Auf seinen Antrag hatte aber die Staatsanwaltschaft ihm Urlaub gewährt, damit er seine parlamentarischen Pflichten erfüllen könne.

Wenn dieser Schritt vom Wege reichsdeutscher Engherzigkeit nicht weiter verfolgt wurde, so lag das vielleicht zu einem nicht geringen Teil an der standalösen Art, in der ein liberales Blatt sich damals gegen die Dueb zuteil gewordenen „Vergünstigung“ wandte.

Die „National-Zeitung“ war es nämlich, die „erste Bedenken“ gegen die ungewohnte Achtung erhob, die ein Staatsanwalt der parlamentarischen Wirksamkeit eines „Strafgefangenen“ entgegenbrachte.

„Ob Herr Dueb“, so schrieb das nationalliberale Blatt, „dennoch in Reichstage anwesend ist oder nicht, das ist und gleichgültig. Aber nicht gleichgültig wäre es, wenn die bisher stets festgehaltene Auffassung, daß auf rechtskräftig erkannte Strafen das parlamentarische Vorrecht sich nicht bezieht, verdunkelt würde. Je häufiger dieses Vorrecht neuerdings von Abgeordneten gemißbraucht worden ist, um so bestimmter muß jeder tatfählichen Erweiterung desselben widersprochen werden.“

Eine derartige Unanständigkeit war natürlich Wasser auf die Mühle reaktionärer Behörden. Als die Reichstagsabgeordneten Rehger und Stadthagen, die damals wegen Nomenbeleidigung in Hamburg eine Strafe verbüßten, im März 1894 bei der dortigen Oberstaatsanwaltschaft den Antrag stellten, sie zur Teilnahme an der Abstimmung über den russischen Handelsvertrag zu beurlauben, wurde ihnen dieser Urlaub verweigert. Und bei dieser Praxis ist es, dank der Schloppheit, mit der die Parlamente ihre Rechte wahrnahmen, bis heute geblieben. —

### Christlicher „Antistreichkoller“.

Die katholischen Facharbeiter haben, ihren bischöflich approbierten Anschauungen getreu, auf ihrem jüngsten Verbandstage mit Inbrunst wider den Streik gewettert, der verwerflich und verderblich sei innerhalb wie außerhalb der Kirche. Hierzu bemerkt das Blatt des christlichen Metallarbeiter-Verbandes:

„Wirklich nette Arbeitervertreter. Ihr Antistreichkoller erstikt bei diesen Leuten anheimelnd jedes logische Denken.“

Wie das Blatt des christlichen Holzarbeiter-Verbandes mitteilt, sind die Facharbeiter den jüngst ausständigen christlichen Holzarbeitern in Trier schmähtlich in den Rücken gefallen, indem sie eifrig Streikbrecher spielten.

Wir wollen hinzufügen, daß die katholischen Facharbeiter die gefäßlichen Lieblinge deutscher Bischöfe sind, im Osten des Fürstbischöfs von Breslau, im Westen des Bischofs von Trier, daß weiter der Papst sie mehrfach dafür belobt hat, daß sie die soziale Frage durchaus im Sinne der Kirche auflassen. Es wäre gut, wenn die christlichen Gewerkschaften ihren Unmut gegen diejenigen kirchlichen Stellen richten, die die Rückständigkeit der katholischen Arbeiter ausnützen, indem sie diese zu Verrätern an ihren Klassengenossen erziehen. —

### Der Spiritismus am Kaiserhofe.

In der „Leipz. Abendzeitung“ und der „Neuen Hamb. Zeitung“ werden Ausführungen Gardens über die Eulenburg-Affäre veröffentlicht, die gegenüber Interviewern gefallen sind. Uns interessiert daraus zunächst die folgende Stelle:

„Auch der Spiritismus des Fürsten wirkte höchst schädlich auf die Umgebung des Kaisers. Selbst der Kaiser hat spiritistischen Sitzungen beigewohnt. Er hat lange Zeit in seiner Uhr ein Stück Zeug getragen, das angeblich bei einer Geisteserscheinung zurückgeblieben war.“

Danach hätte der Spiritismus Eulenburgs nicht bloß auf die Umgebung des Kaisers schädlich gewirkt. —

### Lehrerkebelung in Bayern.

Das B. T. V. meldet aus München: Die Abgeordnetenkammer verhandelte heute über eine Interpellation Casselmann (lib.) und Genossen, ob die Regierung die Versaffungsbestimmung über die Freiheit der Meinung dahin auslege, daß gegen Beamte oder Volksschullehrer, die in zweifellos berechtigter Vertretung von Standesinteressen auch scharfe Worte gebrauchten, mit Disziplinaruntersuchung vorgegangen werden solle. Ministerpräsident Freiherr v. Bodewitz und Kultusminister v. Wehner erklärten sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Dr. Casselmann (lib.) begründete die Interpellation besonders mit dem Hinweis auf die Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer Wehl-Würzburg wegen Auslassungen in der von diesem herausgegebenen „Freien Schulzeitung“ und wegen Behauptungen dieses Lehrers in Verhandlungen. Er warf dem Kultusminister vor, dieser habe in früheren Reden dem Parlamente unwahre Angaben gemacht. Ministerpräsident Freiherr v. Bodewitz erklärte: Das Recht der freien Meinungsäußerung sei für die Beamten kein unumjhränktes. Wer sich in den öffentlichen Dienst beuge, dürfe auch bei Vertretung der Standesinteressen die Grenzen nicht überschreiten, die durch die Pflicht zum Gehorsam und zur Treue gezogen würden. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Lehrer Wehl sei geboten gewesen. Es wurde sodann die Besprechung der Interpellation beschlossen. Abg. Segiß (Soz.) warf der Regierung Verletzung der Verfassung vor, weil die Bestimmungen über die Disziplinaruntersuchung nicht auf Lehrer anwendbar seien. Kultusminister v. Wehner erklärte, letzteres sei unrichtig, und betonte, das Vorgehen gegen Wehl sei im Einverständnis mit dem Ministerrat erfolgt. Das Disziplinarverfahren nicht einzuleiten, wäre unkorrekt gewesen. Abg. Dr. Günther (lib.) bemerkte, mit solchen Kleinigkeiten sollte sich das Gesamtministerium nicht abgeben, Repressivmaßnahmen verfehlen ihren Zweck. Abg. Fickler (Z.) erklärte, die Interpellation habe den Zweck der Einkreisung des Kultusministers verfehlt, vielmehr dessen Stellung befestigt. Wenn es der Regierung nicht gelinge, den Radikalismus in der Lehrtätigkeit zu beseitigen, müsse sie das Staatsschulmonopol aufgeben und freie Schule gewähren. Nach weiterer Debatte wurde ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen.

### Für das Koalitionsrecht der Angestellten.

In Dresden protestierte eine stark besuchte Versammlung der technisch-industriellen Beamten gegen den Geheimverlaß der bayerischen Metallindustriellen. Es kam zu lebhaften Verhandlungen. Nach einem Referate des Herrn Dr. Wilschardt über den Geheimverlaß und nachdem der Sekretär des Bundes technisch-industrieller Beamter, Ganzen aus Berlin, das Vorgehen des bayerischen Unternehmerverbandes gekennzeichnet hatte, ergriff Genosse Dr. Gradnauer das Wort, der zunächst den Terrorismus der bayerischen Metallindustriellen geißelte, die verarmten technischen Angestellten aber schließlich darauf verwies, wie die organisierten Arbeiter unter demselben Terrorismus groß und stark geworden seien. Daran sollten sich die technischen Beamten ein Beispiel nehmen und den Schlag gemeinsam und entschieden parieren. Diese Ausführungen unseres Genossen fanden starken Beifall. Nach weiteren Ausführungen verschiedener Redner wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Soldatenshinder. Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier standen ein Vizefeldwebel und ein Unteroffizier vom Infanterieregiment Nr. 161. Der Vizefeldwebel hatte den Unteroffizier beauftragt, eine Anzahl Leute von dessen Abteilung „ordentlich vorzunehmen“, weil er nicht mit den Schiebergeheimnissen zufrieden war. Im Weisem des Vorgelegten ließ der Unteroffizier in einem der Schießstände die Soldaten solange Lauf-, Aniebeuge- und Gewehrübungen machen, bis sie vollkommen ermattet waren. Einer der Maltrattierten fiel vor Entkräftung hin und wurde bewußtlos zum Lazarett getragen, erst nach zehntägiger Pflege wurde er wieder dienstfähig. Das Kriegsgericht verurteilte den Vizefeldwebel zu vier Wochen Gefängnis (1) Arrestes, den Unteroffizier zu drei Wochen Mittelarrest. So „bestraft“ man Menschen, die in bodenloser Brutalität junge Leute in die Gefahr bringen, für ihr ganzes Leben schwere Verkränkungen von den furchtbaren Ueberanstrengungen zu behalten!

### Alte Leute.

Vor dem Kriegsgericht in Breslau hatten sich am 28. Juni die Musketiere Blut und Geris vom dortigen 51. Infanterie-Regiment zu verantworten. Diese beiden hatten in rother Weise Rekruten mißhandelt. Nach dem guten Beispiel vieler Vorgesetzten glaubten sie ein Recht zu solcher erzieherischen Unterdrückung des Unteroffiziers zu haben. Einen Rekruten hatten die beiden eines Tages so geschlagen, daß er bewußtlos liegen blieb. Der Vertreter der Anklage beantragte für Blut sechs und für Geris vier Monate Gefängnis. Tropdem der Verhandlungsleiter betonte, daß gegen derartige Ausschreitungen energisch vorgegangen werden müsse, da sie den Leuten die Lust zum Dienen raubten, verurteilte das Kriegsgericht die beiden Knochens doch nur zu einer recht milden Strafe. Es erkannte gegen Blut auf zwei Monate und gegen Geris auf 48 Tage Gefängnis.

Die Brutalitäten alter Leute gegenüber den jüngeren Kameraden sind das Schrecklichste, was in der preussischen Armee durch das salomische Drillsystem geschäftet wird. Weich doch jeder, der die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, daß jeder Vorgesetzte bei jeder Gelegenheit die Aufforderung an die Kompanie richtet: Wenn Ihr dem nicht Ordnung beibringt, schleiß ich die ganze Kompanie! Die Folge davon sind dann Vorgänge wie die oben geschilderten! —

### Oesterreich.

Das Attentat gegen den galizischen Statthalter. Lemberg, 30. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der Prozeß gegen den Mörder des Statthalters Grafen v. Potoki: Sieghynski. Die Anklage lautet auf Verbrechen des Mordmordes. Die Anklage war ursprünglich auch gegen die Mutter des Angeklagten wegen Anreizung ihres Sohnes zu dem Verbrechen des Mordmordes erhoben worden, sie wurde jedoch später wieder

eingestellt. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und zur Verhinderung von irgendwelchen Attentaten sind die weitgehendsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Es ist ein umfangreicher Polizei- und Justizwachdienst vorbereitet. Militär ist in der Nähe des Schwurgerichts untergebracht, um jederzeit eingreifen zu können.

## Frankreich.

### Eine Rede Vivianis.

Paris, 25. Juni. (Eig. Ber.)

Der Arbeitsminister Viviani hat bekanntlich ebendam der sozialistischen Partei angehört. Aber es wäre ungerichtet, ihn darum seinem Kollegen dem Justizminister gleichzustellen. Seine Zugehörigkeit beruht auf einem Mißverständnis und daher verdient auch seine Lösung nicht mit dem Parteivorstand eines Briand gleichgestellt zu werden, der den übertrabulanten Revolutionär gemittelt hat, bis ihm die Parteimitgliedschaft für den weiteren Aufstieg hinderlich wurde. Viviani ist ein radikaler Sozialreformer mit einer vom Sozialismus beherrschten Ideologie, ein in sozialpolitischen Fragen unterrichteter und arbeitsamer Mann. Zum Unterschied von Briand, der seit dem Beginn seiner Ministerchaft noch kein einziges Mal den Sozialreaktionären Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben, dafür ihnen schon wiederholt freudige Lobspüche abgemommen hat, scheut sich Viviani nicht, gelegentlich den Rühm des Scharfmachertums zu riskieren. So fällt heute das „Journal des Débats“ wütend über die Grabrede her, die er den Opfern der Grubenkatastrophe von Saint-Etienne gehalten hat. Einige ihrer Sätze verdienen wohl die Wiedergabe. Nach einem Vergleich dieser Opfer vom Schlachtfeld der Arbeit mit den verunglückten Matrosen vom Kriegsschiff „Yena“, sagte der Minister: „Ich bin nicht da, um über dieses Drama und über die Verantwortlichkeiten, die ihm entspringen, das Urteil der Regierung abzugeben, die durch die natürlich noch unvollständige Untersuchung noch nicht genügend informiert ist. Ich sage nur, daß man diese Verantwortlichkeiten suchen und feststellen wird. Ich füge hinzu, daß solche Ereignisse die Menschen zu größerer Vorsicht ermahnen. Und weiter füge ich hinzu, daß die Tatsache, daß sich diese schrecklichen Begebenheiten von Zeit zu Zeit in der Welt der Arbeiter wiederholen, und zweifellos auffordert, ihre Situation weniger oberflächlich zu betrachten. Das Proletariat — ich spreche nicht nur von den Bergarbeitern — ist eine Vereinigung von Menschen, die daselbe Fleiß und Blut haben, wie wir, die unsere Schmerzen kennen — aber nicht unsere Freuden; die in einem bemitleidenswerten Zustand festgebunden sind, in jenem ungleichen Zustand des Lohnsystems, wo sie von der Laune der Natur und der Laune der Menschen abhängen. Aber diese Todesopfer wären nicht umsonst gefallen, wenn wir, durch das Mitleid bis zur Gerechtigkeit geführt, die Verantwortung der Tage beschleunigen, wo alle diese Wesen sozial frei sein werden, weil sie uns gleich sein werden. Ich aber lege angesichts dieser Gräber Zeugnis ab, daß diese Opfer nicht vergebens bleiben.“

Das sind freilich vorläufige erst Worte, und man muß abwarten, ob der Minister bei Auffuchen der Schuldfragen der Katastrophe die nötige Energie aufbringen wird. Immerhin überträgt eine solche Rede die Durchschnittsleistungen der Repräsentanten des bürgerlichen Staates bei solchen Anlässen ganz beträchtlich. Das „Journal des Débats“ teilt denn auch, Viviani habe die Majestät der großen Revolution beleidigt, die ja schon die Gleichheit aller paragrafenmäßig festgelegt habe.

### Die Todesstrafe.

Paris, 20. Juni. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Justizminister Briand den Antrag der Kammerkommission auf Aufrechterhaltung der Todesstrafe annehmen, sich jedoch gegen die Heftigkeit der Hinrichtungen aussprechen werde. Außerdem werde der Minister beantragen, daß, falls durch einen Gnadenakt des Präsidenten die Todesstrafe in Justizhaus umgewandelt werde, die Justizstrafe eine Verschärfung erfahren solle.

## Italien.

### Der Agrarstreik.

Das offiziöse Depeschembureau meldet: Parma, 30. Juni. Die Ernte schreitet unter behördlicher Bewachung regelmäßig und schnell fort und ist zurzeit fast beendet. Infolge des Abfalls vieler zur Organisation gehörigen Bauern entschied die Arbeitskammer, daß alle freien Landarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen können. Infolgedessen glaubt man, daß die Associatione agricole die Aussperrung für beendet erklären wird. Der Streik, der am 1. Mai begann, ist tatsächlich zu Ende.

## England.

### Die sozialpolitischen Gesekentwürfe im Parlament.

London, 24. Juni. Das Unterhaus beschäftigte sich diese Woche mit der Vorlage betreffend den Arbeitsvertrag für Bergleute und mit den Alterspensionen. Der Arbeitsvertrag stößt auf große Schwierigkeiten und es wird einer starken Agitation der Bergleute bedürfen, um den Erfolg der Vorlage zu sichern. Die Einwände gegen den Arbeitsvertrag lassen sich auf zwei Momente zurückführen. Die Gegner behaupten, die Verkürzung der Arbeitszeit würde erstens die Kohlenausbeute verringern, zweitens zu höheren Lohnforderungen führen. Das Ergebnis würde eine Preissteigerung der Kohle sein, die sowohl die Industrie wie die Konsumenten schädigen würde. Die Regierung tritt für die Vorlage lebhaft ein; aber sie ist bereit, den Gegnern einige Konzessionen zu machen; sie will die Einführung des Arbeitsvertrages langsam vorbereiten; in den nächsten 5 Jahren soll die Arbeitszeit stufenweise reduziert werden, bis sie im Jahre 1913 nur acht Stunden von Oberfläche zu Oberfläche (Ein- und Ausfahrt also eingeschlossen) betragen soll.

Auch die Alterspensionsvorlage erfährt in der Kommissionsberatung manche Modifikationen, die teils Verbesserung, teils Verschlechterung bedeuten. In ihrer ursprünglichen Fassung sollte jeder männliche und weibliche Bürger im Alter von 70 Jahren und mit einem Einkommen von weniger als 10 Mark die Woche eine Pension von 5 Mark die Woche erhalten; bei einem pensionsberechtigten Ehepaar und zusammen wohnenden Personen nur 3,50 Mark pro Person. Die Regierung stimmte jetzt dem Antrage zu, bei Ehepaaren und zusammen wohnenden Personen keine Ausnahme von der Regel zu machen. Dann wurde die Pension abgestuft. Sie soll nicht mehr allgemein 5 Mark betragen, sondern sie soll nach dem Einkommen eingerichtet werden. Einkommen und Pension sollen im besten Falle nicht mehr als 13 Mark die Woche betragen. Zum Beispiel: wer ein Einkommen von 8 Mark die Woche hat, soll 5 Mark Pension erhalten; bei 9 Mark Einkommen soll die Pension nur 4 Mark betragen. Die Abstufung würde sich etwa wie folgt stellen:

Einkommen	Pension
8 Mark und 5 Mark	5
9	4
10	3
11	2
12	1

Auf jeden Fall soll die Pension aber nicht mehr als 5 Mark die Woche betragen. Das gilt selbstredend nur für die Einkommen bis 8 Mark die Woche, denn erst mit diesem Einkommen beginnt die Abstufung der Pension.

## Schweden.

### Englische Streikbrecher.

Wästern, 20. Juni. Als heute hier 350 englische Arbeitswillige eintrafen, kam es zu großen Straßenunruhen, bei denen die Menge, als die Polizei gegen sie vorging, mit Steinen gegen die Polizei warf. Auch wurden einige Schüsse abgefeuert und mehrere Personen verwundet.

## Rußland.

### Die neue Anleihe.

Petersburg, 20. Juni. In ihrer heutigen Abendssitzung nahm die Reichsduma die Gesetzesvorlage betreffend die innere Anleihe von 200 Millionen Rubel an. Die Sozialdemokraten und die Arbeitergruppe stimmten gegen die Vorlage.

## Persien.

### Der wortbrüchige Schah.

Der Schah, der den Eid auf die Verfassung gebrochen hat, hat natürlich auch das Versprechen, keine weiteren Hinrichtungen vornehmen zu lassen, nicht gehalten. Zwölf Mitglieder des Parlaments sind noch nachträglich vor ein Kriegsgericht gestellt und nach Absolvierung der kurzdauernden Formalität gehängt worden.

In Teheran selbst hat General Diahoff unbeschränkte Vollmacht. Dagegen dauert in der Provinz der Kampf fort und zunächst scheinen die Revolutionäre die Oberhand behalten zu haben. Ueber ganz Persien ist der Kriegszustand verhängt.

### Ein englischer Protest.

London, 30. Juni. (Unterhaus.) In Beantwortung einer Anfrage über die Unruhen in Teheran berichtete Staatssekretär Grey, daß einige Personen in der britischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht hätten und brachte damit die Tatsache zusammen, daß der Schah in der Nähe der Gesandtschaft Truppen aufgestellt habe. Ein häßliches Vorgehen, gegen das die britische Regierung Protest erhoben habe, und aus dem ein Briefwechsel mit der persischen Regierung hervorgegangen sei, da man die Flüchtlinge ohne bindende Garantien für ihr Leibliches Wohl nicht selbst überlassen könne. Aus den Provinzen liegen Nachrichten über Unruhen vor, jedoch stimmen alle darin überein, daß für die Fremden keine Gefahr bestehe. Dillon fragte an, ob die Regierung das Wort des Schahs als Bürgschaft annehmen werde, worauf Staatssekretär Grey erwiderte, daß Erwägungen darüber schweben, welche Garantien zu fordern seien.

## Marokko.

### Eine beschiedene Bitte.

Tetuan, 20. Juni. In der Moschee wurde ein Brief Mulah Hafids verlesen, in dem er der Stadt für die Wahl zum Sultan seinen Dank ausdrückt und die Entsendung einer Deputation nach Fez verlangt, die ein Geschenk von 500 000 Pesetas überbringen soll.

## Mexiko.

### Die Unruhen.

Washington, 30. Juni. Auf Anordnung Präsident Roosevelts hat der Kommandant der in Texas stehenden Truppen Anweisung erhalten, so viele Truppen nach der mexikanischen Grenze zu senden, als dort zur Aufrechterhaltung geordneter Zustände und zur Verhinderung von Grenzverletzungen erforderlich sind.

## Aus der Partei.

### Erklärung.

Im Diebstahl Verlag erschien die deutsche Uebersetzung der Schrift des Genossen Tscherewanin: „Das Proletariat und die russische Revolution“. Diesen ersten Versuch, den deutschen Lesern eine systematische Darstellung der Anschauungen der sozialdemokratischen „menschlichen“ Fraktion, der wir und Genosse Tscherewanin angehören, zu geben begrüßend, müssen wir doch, um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, um Aufnahme folgender Zeilen bitten.

Das Streben, die in der russischen Sozialdemokratie landläufigen Vorstellungen über die Besprechungen der Massen in der russischen Revolution, Vorstellungen, die zuerst so viele Illusionen und nachher so viel Enttäuschungen hervorgerufen haben, einer gründlichen Kritik zu unterwerfen. Dieses Streben, das auch Genossen Tscherewanin bei seiner Arbeit geleitet hat, ist, wie in der Vorbemerkung des Verlags richtig gesagt ist, der ganzen „menschlichen“ Fraktion gemeinsam. Wir müssen aber feststellen, daß die Methode, der Genosse Tscherewanin folgte, ihn zu den Schlüssen brachte, die, soweit uns bekannt, von der Mehrheit der Menschewiki nicht geteilt werden. Dann dieser Methode ist Genosse Tscherewanin geneigt, den ganzen Gang der russischen Revolution und alle ihre Niederlagen aus den vom Proletariat begangenen Fehlern zu erklären, indem er seine Bewegung aus dem ganzen sozialen Willen isoliert. Es sei noch hinzugefügt, daß eine Reihe angelegener russischer Schriftsteller derselben Fraktion, der auch Genosse Tscherewanin angehört, in ihren der Analyse der Revolution gewidmeten Arbeiten zu ganz von ihm abweichenden Schlüssen kamen, und daß Genosse Tscherewanin selbst in seinem neulich erschienenen Buche: „Die jetzige Lage und die mögliche Zukunft“ erklärt, die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß es unmöglich sei, die Niederlage der Revolution nur durch die Fehler des Proletariats zu erklären, und daß dieser Niederlage viel tiefere Ursachen zugrunde liegen.

Mit genossenschaftlichem Gruß  
Die Redaktion der „Stimme des Sozialdemokraten“,  
Genf, den 26. Juni 1908.

Im Auftrage der Redaktion: Th. Dahn.

## Soziales.

### Vom Tiefbau.

Mit der Beendigung des Rechnungsjahres 1907 kann die Tiefbau-Vereinsgenossenschaft auf eine zwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken. Die Verwaltung der Tiefbau-Vereinsgenossenschaft fällt sich ganz als Vertreterin der Interessen der Tiefbauunternehmer. Der Jahresbericht konstatiert mit Genugtuung, daß auch im Jahre 1907 die Lohnsumme gegen das Vorjahr bedeutend gestiegen ist. Seit 1902 zeigen die Lohnsummen eine andauernd steigende Tendenz. Die Lohnsumme stieg zu 1903 um rund 4 Millionen, zu 1904 um 18 1/2, zu 1905 um 16, zu 1906 um 20 und zu 1907 um rund 21 Millionen.

Trotzdem nun die Lohnsumme gegen 1906 um 21 Mill. Mark gestiegen ist, konnte die Gesamtumlage gegen das Vorjahr um 34 500 Mark erniedrigt werden. Es ist dies hauptsächlich ein Erfolg der Bestrebungen, die kleinen Renten bis zu 20 Proz. — von den Juniern „Schnapsrenten“ genannt — zu beseitigen. Die Rentenquetsch-Kommission hat ihre Schuldigkeit. Entgegen der andauernd steigenden Tendenz der im Tiefbau betriebligen Arbeiter und der ausgezahlten Lohnsummen geht die Zahl der gewerblichen Tiefbau-Unter-

nehmer ständig zurück. Gewerbliche Tiefbau-Unternehmer waren vorhanden:

1890 = 3423 mit rund 54 Mill. Mark ausgezahlten Löhnen

1907 = 3158 „ 178 „

Einschließlich der kommunalen Betriebe wurden an ausgezahlten Löhnen nachgewiesen:

1904 = 134 721 000 Mark

1905 = 150 070 000 „, also + 11,39 Proz. gegen das Vorjahr.

1906 = 170 048 000 „ „ + 13,31 „ „ „ „

1907 = 191 458 000 „ „ + 12,61 „ „ „ „

Der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters betrug:

1904 = 1022 Mark

1905 = 1064 „ + 4,11 Proz. gegen Vorjahr

1906 = 1112 „ + 4,51 „ „ „ „

1907 = 1166 „ + 4,88 „ „ „ „

Diese Steigerung der Arbeiterlöhne mocht sich nach der Rechnung der Tiefbau-Vereinsgenossenschaft ganz nett; ist aber nur Nennwert. Die Steigerung des Durchschnittslohnes eines „Vollarbeiters“ ist hauptsächlich auf die ständige Mehrreinstellung qualifizierter Arbeiter zurück zu führen. Die Maschine, in allen nur möglichen Formen, bürzert sich immer mehr im Tiefbauverberbe ein. Einzelne der größten Tiefbauunternehmungen haben einen Gerätepark im Werte von Millionen. Von Jahr zu Jahr wird die Zahl der beschäftigten Monteure, Maschinenisten, Feizer, Lokomotivführer, Maschinen- und Werkmeister größer. Diese Arbeiter werden verhältnismäßig gut bezahlt. Wochenlöhne von 35 bis 60 Mark werden da gezahlt. Es liegt auf der Hand: diese verhältnismäßig hohen Löhne mußten den Durchschnittslohn beeinflussen. Aber schon der Ausdruck „Vollarbeiter“ ist geeignet, Ueberschwänge in einen Jertum zu versetzen. Der „Vollarbeiter“ ist nämlich kein persönlicher Arbeiter; derselbe wird in der Weise herangezogen, daß sämtliche nachgewiesenen Arbeitsstunden durch 300 geteilt werden. Wenn der wirkliche Tiefbauarbeiter in einem Jahre 300 Tage arbeitet, erst dann ist er ein Vollarbeiter. Nun können aber Tiefbauarbeiter im Durchschnitt höchstens 200 Tage im Jahre arbeiten. Der Jahresverdienst eines Tiefbauarbeiters stellt sich mithin — selbst nach den falschen Durchschnittslöhnen des „Vollarbeiters“ — höchstens auf durchschnittlich 777,35 Mark. Dabei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß etwa 75 Proz. der Tiefbauarbeiter gezwungen ist, sich die Arbeitslosgenheit außerhalb ihres Wohnortes zu suchen, wodurch sie viel mehr für ihren Unterhalt aufwenden müssen. Dabei müssen sie noch meistens in menschenunwürdigen Baracken, in Schuppen, Scheunen und verfallenen Ställen — welche für das Vieh nicht mehr gut genug sind — hausen.

Die Unfallziffer ist eine außerordentlich große. Nicht weniger als 13 465 Unfälle wurden 1907 gemeldet; darunter 232 sofortige Todesfälle. Fast 10 Prozent der beschäftigten Vollarbeiter erleiden Unfälle. Dabei kommt ein großer Teil der Unfälle gar nicht und die Hälfte erst verspätet zur Anmeldung. Auch im vorliegenden Jahresbericht wird diese Tatsache festgestellt. Die Unternehmer pfeifen zum Teil auf die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen. Und der Vorstand der Vereinsgenossenschaft bezieht den Unternehmern gegenüber eine große Langmut und Nachsicht. Es ist dies aber auch erklärlich: Die Unternehmer haben die Verwaltung allein in Händen.

Ueber die Unfallverhütung und die Ueberschuldungstätigkeit der Aufsichtsbeamten sagt der Bericht unter anderem:

„Die vorgefundenen Mängel waren im allgemeinen dieselben wie bisher.“

Es ist auch dieses nicht weiter verwunderlich. Wurde doch erst vor kurzer Zeit ein Schachtmeister, welcher den Tod eines Arbeiters verschuldet hatte, freigesprochen, nachdem ein Geheimrat Regierungs-Baurat als Sachverständiger ausfällte:

„Erfahrungsgemäß wird es mit den Unfallverhütungsvorschriften nicht so genau genommen.“

Das erkennende Gericht begründete dann das freisprechende Urteil mit den oben angeführten Worten des Herrn Sachverständigen. Der eigentlich Schuldige — der Unternehmer — war erst gar nicht angeklagt. Derselbe konnte vielmehr als — Zeuge, mit seinem Eide, seine Unschuld — „beweisen“.

Trotzdem nun von den Aufsichtsbeamten berichtet wird: „Die vorgefundenen Mängel — betrefend Betriebssicherheit und Unfallverhütung — waren im allgemeinen dieselben wie bisher“, heißt es gleich darauf:

„Es ist von allen technischen Aufsichtsbeamten mit Genugtuung festgestellt worden, daß das Bestreben, den Unfallverhütungsvorschriften nachzukommen, fast überall sichtbar ist.“

Ein billiges Vergnügen dieses „Bestreben“. Nun können die Unternehmer weiter die Unfallverhütungsvorschriften unbeachtet lassen. Der technische Aufsichtsbeamte wird auch fernherin melden müssen: „Die vorgefundenen Mängel waren im allgemeinen dieselben wie bisher“; aber er wird auch fernherin mit „Genugtuung“ das „Bestreben“ feststellen.

Das eigenartige des ganzen Berichts bietet folgende Stelle:

„Mehr Schwierigkeiten bereitet es indessen, die Arbeiter dazu zu überzeugen, daß die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften auch in ihrem eigenen Interesse liegt, nicht selten stehen die Arbeiter den Unfallverhütungsvorschriften gleichgültig gegenüber, sie verlernen häufig den Zweck derselben, sehen darin nur ein Mittel, die Arbeitsweise zu erschweren und lassen deshalb aus Bequemlichkeit die Vorschriften außer acht. Die Unternehmer stehen in diesen Fällen den Arbeitern, namentlich in Zeiten des Arbeitermangels, machtlos gegenüber, denn Vorwürfe wegen Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften lassen sich die Arbeiter nicht gefallen, sie legen dann einfach die Arbeit nieder.“

Also: die lieben Unternehmer zeigen wenigstens das „Bestreben“; aber die bösen Arbeiter wollen durchaus Kräfte oder gar ins bessere Jenseits befördert werden. Und es ist sich daran hindern lassen, streifen sie.

Zu solch unsinnigen Ansichten würde die Vereinsgenossenschaft nicht gelangt sein, wenn sie z. B. die Länge der Arbeitszeit und das vielfach noch herrschende Akkordsystem als Unfallfaktoren in Rücksicht gezogen hätte.

### Schon wieder ein zärtlicher Chef.

In Breslau ist der Schuhwarenhändler Krojaner, übrigens ein Mitinhaber der Firma Kad u. Co. in Burg, wegen seiner schmachvollen „Aktstudien“, die er mit seinen Verkäuferinnen vornahm, noch in guter Erinnerung. Unser Breslauer Bruderblatt hat den sauberen Herrn wegen verleumderischer Veleidigung verklagen müssen, weil er das Gerücht verbreitete, „er habe die „Goldmad“ wegen der von ihm handelnden Gerichtsberichte verklagt, diese aber habe sich bereit erklärt, 300 Mark Buße an ihn zu zahlen, wenn er die Klage zurückziehe.“

Dieser famose Arbeitgeber hat schon wieder in Breslau einen erfolgreichen Konkurrenten erhalten. Der 48 Jahre alte Immobilienkaufmann Gustav Müller hatte gegen eine von ihm engagierte Maschinenführerin ein Ehelichtheitsverbrechen in seinem Kontor zu verüben gesucht. Als die Sache ruckbar und er in eine Untersuchung verwickelt wurde, bestimmte er seinen Buchhalter Schmähel und die Bedamme Müller durch Versprechung von Geldgeschenken, auf das geschändete Mädchen und deren Schwester dahin einzuwirken, daß sie vor Gericht unter Eid zu seinen Gunsten auszusagen möchten. Daraufhin wurde gegen die drei Anklage wegen Verleitung zum Meineid und Notzucht bezw. Begünstigung erhoben. Die Beweisaufnahme am ersten Verhandlungstage war für Müller so ungünstig, daß er es vorzog, am zweiten Tage eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung sich in seiner Wohnung zu erschließen. Die beiden anderen Angeklagten wurden von der Anklage der Verleitung zum Meineid aus Mangel an Beweisen freigesprochen, wegen Begünstigung erhielten der Buchhalter 150 Mark Geldstrafe, die Bedamme 6 Monate Gefängnis.

# Gewerkchaftliches.

Wieder ein Staatsanwalt, der die Gewerkschaften für politisch erklärt.

Wir hatten seinerzeit berichtet, daß der schlesische Gewerkschaften des Gemeindeförder-Verbandes, Gen. Mehrlein-Dreslau, für die Abhaltung einer nicht polizeilich angemeldeten Betriebsbesprechung der städtischen Gasarbeiter in Sagan zusammen mit dem Einberufer und dem betreffenden Gastwirt ein polizeiliches Strafmandat über 30 M. erhalten hatte, das am 1. Mai vom Saganer Schöffengericht bestätigt worden war. Es wurde darauf Berufung eingelegt, über die am 24. Juni die Strafkammer zu befinden hatte.

Inzwischen ist das Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten, und dieses mußte Anwendung finden, weil es gegenüber der alten preussischen Verordnung die mildere Bestimmung enthält, daß gewerkchaftliche Versammlungen unter keinen Umständen mehr anmeldspflichtig sind. Doch der Herr Staatsanwalt hatte sich die Sache grundsätzlich überlegt, und er glaubte einen Ausweg gefunden zu haben. Er führte aus:

„Es ist gerichtsnotorisch, daß die freien Gewerkschaften bemächtigt sind, und zwar mit positivem Erfolge, Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen, so z. B. beim Arbeiterbeschutz, bei der Versicherungsreformierung usw. Daraus ergibt sich, daß diese Gewerkschaften politischer Natur sind, und deshalb muß wenigstens Mehrlein bestraft werden.“

Ausdrücklich hob der Anklagevertreter hervor, daß diese Verteilung von prinzipieller Bedeutung für die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes sein werde. Der Wirt allerdings sei nach diesem Gesetze nicht mehr straffällig, er also müsse freigesprochen werden, ebenso der Einberufer, weil dieser bereits eine Polizeistrafe wegen Verteilens der Einladungszettel erhalten habe und damit wegen derselben Tat bereits bestraft sei.

Die ausdrücklichen Hinweise der Verteidiger wie des Genossen Mehrlein auf die Erklärungen des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg im Reichstage, daß die Gewerkschaften nicht als politische Vereine betrachtet werden sollten, machten auch auf die Richter wenig Eindruck. Zwar sprachen sie den Genossen Mehrlein frei, aber mit folgender Begründung: „Die Gewerkschaften der freien Richtung sind sozialdemokratisch; ebenso ist es gerichtsnotorisch, daß sie Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen versuchen.“ Aber obgleich Mehrlein als sozialdemokratischer Agitator bekannt sei, habe er doch freigesprochen werden müssen, weil ihm nicht nachzuweisen gewesen sei, daß er in der fraglichen Versammlung politische Angelegenheiten erörtert habe. So lange aber das nicht der Fall sei, könne er nicht für die Tätigkeit der obersten Gewerkschaftsleitungen verantwortlich gemacht werden.

## Berlin und Umgegend.

### Kammergericht und Tarifvertrag.

Wie Weltfremd unsere Kammergerichte sind, zeigte sich wieder einmal an einem Urteil, das am 27. Juni vom Kammergericht in einem Streitpostenprozeß gefällt wurde. Alle Welt weiß, daß Lohn- und Arbeitsbedingungen, die — sei es durch Einzelvertrag, sei es durch Kollektivvertrag — festgelegt sind, gegenüber nicht vertragsmäßig festgelegten günstigeren sind. Sogar Richter sollten wissen, daß jedes vertraglich stipulierte Verhältnis zwischen Personen oder Personennmehrheiten schon insofern günstiger ist, als der vertragslose Zustand, da der Vertrag ein klagesbares Recht garantiert. Unsere Kammergerichte haben in ihrer naiven Auffassung von Welt und Menschen entschieden, der vertragslose Zustand sei der günstigere.

Während der großen Holzarbeiterausperrung im vorigen Jahre sollte sich der Richter S. in Berlin gegen den § 153 der Gewerbeordnung vergangen haben. Es wurde ihm vorgeworfen, er habe einen anderen durch Ehrverletzung und Drohung zu bestimmen versucht, Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu leisten. Bekanntlich waren die Verhandlungen auf Abschluß eines neuen Tarifvertrags in der Holzindustrie, der an Stelle des Anfang 1907 ablaufenden treten sollte, daran gescheitert, daß der Arbeitgeberverband nicht nur alle Wünsche des Holzarbeiterverbandes ablehnte, sondern auch den bisherigen Vertrag auf mehrere Jahre festlegen wollte. Der Holzarbeiterverband wollte statt solcher Bindung lieber eine tariflose Zeit. Der Arbeitgeberverband ließ nun jedoch die Aussperrung eintreten, worauf der Holzarbeiterverband mit der Behauptung der Sperre über die in Betracht kommenden Firmen antwortete. In diese Zeit fällt das angeblide Vergehen des S. Das Landgericht verurteilte ihn, nachdem die Sache schon bis zum Kammergericht war, wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung im Sinne der Anklage zu einer Woche Gefängnis. Die Ehrverletzung fand es wieder einmal in dem Gebrauch des Wortes „Streitbrecher“. In dem Urteil wurde ausgeführt: „Es liege eine Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen vor. Denn die dem Holzarbeiterverband angehörenden Holzarbeiter wollten nicht zu den alten, sondern nur für die vorteilhafteren Bedingungen weiterarbeiten, sei es nun, daß diese besseren Bedingungen durch einen mehrjährigen Vertrag festgelegt würden, oder daß wenigstens der alte abgelaufene Vertrag nicht wieder auf mehrere Jahre abgeschlossen würde. Auch im letzteren Falle ständen sich die Arbeitnehmer günstiger, da wenigstens die Möglichkeit offen blieb, von Fall zu Fall in einzelnen günstige Arbeitsverträge und am Ende doch noch einen allgemeinen Verbandsvertrag mit vorteilhaften Bedingungen durchzusetzen.“

Der Angeklagte legte Revision ein und sein Vertreter, Rechtsanwalt Th. Siebknecht, machte u. a. namentlich geltend, daß es sich bei Behauptung der Sperre seitens der Arbeiter gar nicht mehr um eine Bestrebung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt habe. Die Sperre sei nur ein Gegenschlag gegen die Aussperrung gewesen, gegen den Versuch der Arbeitgeber, die mehrjährige Verlängerung des alten Vertrages zu erzwingen. Die Arbeitnehmer hätten zu der Zeit lediglich mit dem Eintritt einer tariflosen Zeit gerechnet. Nach Entscheidungen des Reichsgerichts könnten als Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nur entsprechende positive Bestrebungen in Frage kommen, nicht aber das bloße Bestreben eine tariflose Zeit zu sichern. Auch müßte sich nach dem Reichsgericht das Vorgehen unmittelbar auf die Erlangung der besseren Bedingungen richten. Die bloße Hoffnung auf eine spätere Möglichkeit, eine Verbesserung herbeizuführen, genüge nicht. Nur das wäre mit einer tariflosen Zeit eingetreten. Schon deshalb sei das Urteil unhaltbar.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg verwarf jedoch am 24. Juni die Revision mit der Begründung: Es sei festgestellt, daß die Sperre als Gegenmaßregel gegen die Aussperrung beschlossen gewesen sei und daß der Angeklagte einen Kollegen nötigen wollte, die Sperrvorschriften zu befolgen. Es sei der Fall des § 153 der Gewerbeordnung.

Ein Eingehen auf die gewiß beachtenswerten Darlegungen des Anwalts unterließ gänzlich in der Publikation. Dagegen zeichnete sich diese durch eine unangenehme Schärfe des Tons aus, die sich gegen den Anwalt richtete.

Wie sollen nicht untersuchen, Meißel dieses Urteil formal juristisch eine weitere Prüfung zu bestehen vermöchte, vor der ja die Herren Landgerichtsräte sicher sind. Endlich ist das Urteil von einer so geringen Kenntnis unserer tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse diktiert, daß man es humoristisch aufnehmen könnte, wenn es nicht so traurige Folgen haben könnte.

Was sagen unsere Sozialpolitiker zu den „günstigeren“ Vertragslohn- und Arbeitsbedingungen?

### Lohnbewegung der Wäschearbeiter in Sicht.

Im Anschluß an den Streik der Wäschearbeiter und -Arbeiterinnen im Jahre 1906 schloß die Organisation der Arbeiter mit dem Arbeitgeberverein für jede Wäscheabteilung einen Tarifvertrag ab. Die Verträge hatten Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1908. Nun sind seitens des Vereins Berliner Wäscheabteilungen im Namen seiner Mitglieder diese Tarifverträge gekündigt. Seitens des Verbandes der Arbeiter ist zu heute abend 8 Uhr eine öffentliche Versammlung nach den Mühlentälern, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18m, einberufen, zu der besonders alle Heimarbeiterinnen eingeladen sind. Zu Donnerstag nachmittag 8 Uhr ist auf Veranlassung des Berliner Gewerbegerichts eine Sitzung der bisherigen Schlichtungskommission einberufen.

### Deutsches Reich.

#### Die Konferenz für das deutsche Baugewerbe

begann Dienstag vor dem Berliner Gewerbegericht. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Die Leitung hat das Kollegium der Unparteiischen in Händen, Magistratsrat von Schulz als Vorsitzender und Dr. Prentner-München nebst Dr. Rietfeld-Essen als Beisitzer. Die an verschiedenen Orten noch bestehenden Differenzen sind zu erledigen, besonders aber die Frage der Arbeitsnachweise, die von den Unternehmern ausgestellt worden ist. Gegen die Errichtung eigener Arbeitsnachweise, wie sie die Unternehmer wünschen, machen die Arbeiter schwere Bedenken geltend.

#### Fortschritte der Tarifbewegung.

Die „Metallarbeiter-Ztg.“ berichtet, daß für 1907 123 Orte und Bezirke zu verzeichnen seien, wo Tarife für Metallarbeiter in Geltung waren, gegen 105 Orte für 1906. Folgende Tabelle erläutert den Fortschritt noch näher:

	Tarife für Betriebe	mit Personen
Ende 1906 bestanden	306	9 294 82 500
Nicht wieder erneuert wurden	72	390 8 178
1907 wurden neu abgeschlossen	234	8 904 74 384
	155	2 707 22 645
	389	11 611 97 029
Veränderung im Geltungsbereich der weiterbestehenden Tarife	—	- 175 + 3 428
Ende 1907	389	11 436 100 457

Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt:  
Ende 1907 bestanden . . . 389 11 436 100 457  
1906 . . . 306 9 294 82 500  
Zunahme 1907 . . . 83 2 142 17 957  
1907 . . . 27,12% 23,05% 21,67%

Von den 389 am Ende 1907 bestandenen Tarifverträgen (einschließlich Akkordtarifen) regelten 337 die Arbeitszeit, 314 die Mindestlöhne, 104 die Garantie des Lohnes bei Akkordarbeiten, 317 Zuschläge bei Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten, 156 Zuschläge bei Montagearbeiten und 55 Zuschläge bei schmutzigen und gefährlichen Arbeiten. In 282 Tarifen ist die Geltungsdauer, in 261 die Kündigungsfrist des Vertrages und in 251 eine Bestimmung über die stillschweigende Weiterdauer des Tarifes, wenn keine Kündigung erfolgt, vereinbart.

Die tägliche Arbeitszeit wurde in den Tarifen für 10 693 Betriebe mit 22 343 Arbeitern festgelegt (gleich 91,9 Prozent der Arbeiter) und schwankt zwischen 8 und 10 1/2 Stunden; 9,9% und 10stündige Arbeitszeit ist überwiegend: nach 82 resp. 133, resp. 96 Tarifverträgen gleich 311 von den 337 die Arbeitszeit regeln. Dennoch haben aber weit über die Hälfte der tariflich entlohnten Arbeiter, nämlich 52 900 = 57,29 Prozent, eine täglich neunstündige und kürzere, nur 6291 = 6,81 Prozent eine zehnständige und längere Arbeitszeit.

Beachtenswert ist auch, daß eine große Anzahl Tarife Bestimmungen enthalten, wonach die Arbeitszeit bei Arbeitsmangel bis auf 6 Stunden pro Tag verkürzt werden soll, bevor Entlassungen vorgenommen werden.

Die Maler und Anstreicher in Hann. Münden befinden sich bereits die siebente Woche im Ausstande, da die Arbeitgeber sich weigern, den in Berlin vor dem Einigungsamt am 30. April gefällten Schiedsspruch anzuerkennen. Der Arbeitgeberverband für das Malergewerbe hat bis jetzt ruhig diesem Kampfe mit zugehört; er scheint also keinen Einfluß auf seine Mitglieder in Münden ausüben zu können.

**Achtung, Arbeiter!** Die Firma „Widingsche Industrie“ in Düsseldorf hat ihren Arbeitern den im vorigen Jahre mit der Organisation der Hosenarbeiter abgeschlossenen Lohnvertrag zum 1. Juli gekündigt, um Lohnabzüge in Höhe von 10 Proz. vorzunehmen, wodurch der Firma ein Profit von circa 4500 M. erwachsen würde. Neben dieser Lohnreduzierung soll auch noch die Arbeitszeit verlängert werden, durch welche Maßnahme der Firma ein weiterer Vorteil entstehen würde. Alles nur „im Interesse der Arbeiter“, da sonst angeblich der Betrieb stillgelegt werden müßte. Die Firma versucht nun, durch Agenten eheliche Arbeiter zu verführen, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Kollegen, weilt diese Streikbrecheragenten und Angestellten der Firma energisch zurück, folgt ihren Lockungen nicht und fällt Euren kämpfenden Arbeitsbrüdern nicht in den Rücken.

### Verband der Hosenarbeiter. J. A.: Die Kommission.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein interessanter Schwindelprozeß.

Wegen einer genialen Schwindelerei wurde am 20. März in Köln ein wegen Hochsapelei Vorbestrafter verhaftet. Er nannte sich Baron von Fode, heißt tatsächlich Georg Fode, und gab sich für einen natürlichen Sohn des verstorbenen Erzherzogs Josef von Oesterreich aus. Ende des vorigen Jahres erschwandelte er von der hiesigen Vertriebsstelle der Mercedes-Automobile einen Wagen im Preise von 32 000 M. Fode behauptete, nach dem Tode seiner Mutter stände ihm eine Erbschaft von 1 Million Mark zu, die ihm eine Budapester Gesellschaft mit 500 000 M. Anfang dieses Jahres beileihen wollte und zwar zu Händen des in Charlottenburg domizilierten Rechtsanwalts und Notars Niehl.

Dieser Rechtsanwalt und Notar gab der genannten Automobilfirma über Fode auch eine geradezu glänzende Auskunft und erbat sich zum Abschluß der Beleihung, mit Fode nach Budapest zu reisen, wenn man ihm die zur Erlangung der Testamentsabschrift nötigen 5000 M. und 1500 M. Reisepfesen vorstrecken würde.

Der Notar Niehl erhielt beides und reiste mit Fode nach Budapest. Die Fode den Notar an der Zuse herumgeführt hat, wird wohl die Verhandlung ergeben. Interessant ist die Sache jedenfalls. Fode hat keine Erbschaft zu erwarten, ist auch mit dem Hause Habsburg weder verwandt noch verwägert. Die Gesellschaft zur Beleihung der Erbschaft existiert auch nicht, obgleich der Herr Notar bei seiner Rückkehr von Budapest erklärte, er hätte die Testamentsabschrift besorgt und diese dem Bevollmächtigten der Budapester Gesellschaft zum Zwecke der Beleihung übergeben. Alles wäre in Ordnung, und das Automobilgeschäft könnte abgeschlossen werden. Die 500 000 M. würden Mitte Januar in

seine (des Notars) Händen sein. Im März aber stellte sich heraus, daß die Erbschaft im — Monde liegt.

Fode reiste nach Uebernahme des Wagens nach Spaa und Köln, wo er den Wagen einmal für 8000 M. lombardierte und an einer anderen Stelle für den gleichen Preis verkaufte. Er verbuchte alles, bis auf 3 M., die man bei ihm nach seiner Verhaftung vorfand. Und gerade war er wieder dabei einen neuen Genieschwindel zu inszenieren. Das Opfer war ein Kölner Kunsthändler, der beinahe eine Anzahl Gemälde im Werte von 40 000 M. verloren hätte. Infolge der Auskunft, die Notar Niehl über Fode gegeben hat, wurden in Berlin noch mehrere Firmen, unter anderen auch das Kaufhaus Adam in der Friedrichstraße, um namhafte Beträge geschädigt. Eine Zivilklage gegen Niehl wegen Schadenersatz ist von der Automobilfirma angehängt worden. Im ersten Termin in dieser Sache wurde beschloffen, zu einer späteren Verhandlung die Akten des Strafprozesses gegen Fode einzufordern.

### Zahlungsfrist der Versicherungsgesellschaft.

Es lagen in einem Rechtsstreit die Erben eines Gastwirts Jipf zu Heidelberg gegen die Erste Oesterreichische Allgemeine Unfallversicherungsgesellschaft zu Wien, wofür Jipf gegen körperliche Unfälle versichert war. Im August 1904 wurde J. von Dr. V. in Heidelberg wegen einer Anschwellung unterhalb des Knies behandelt, die er auf einen Stoh gegen ein Bierfass zurückführte. Da keine Besserung eintrat, wurde er in die chirurgische Klinik zu Heidelberg aufgenommen und wurde dort das Vorhandensein eines Sarkoms festgestellt. Am 10. Oktober erfolgte die Amputation des rechten Beines und am 13. März 1905 verstarb J. infolge Lungenentzündung und dadurch herbeigeführter Herzlähmung. Die von J. schon bei Lebzeiten gegen die Versicherungsgesellschaft erhobene Klage auf Zahlungen von Renten, führten seine Erben nach dem Tode des J. weiter mit dem Antrage auf Auszahlung der vereinbarten Versicherungssumme von 5000 M. und weiter 1000 M. als Entschädigung für die während 300 Tagen bestandene Arbeitsunfähigkeit.

Das Landgericht Heidelberg verurteilte die Beklagte zur Zahlung von 430 M. (5 M. für 90 Tage abzüglich 20 M. Kosten der Schadensregulierung) und wies im übrigen die Klage ab. Auf die Berufung der Kläger erkannte das Oberlandesgericht zu Karlsruhe auf Verurteilung der Versicherungsgesellschaft zur Zahlung der Versicherungssumme von 5000 M. nebst weiteren 1000 M. abzüglich der bereits ausgesprochenen 430 M.

Gegen dieses Urteil hatte die Versicherungsgesellschaft Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der VII. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Verhaftung eines Brandstifters!

Die Berliner Kriminalpolizei hat gestern (Dienstag) einen Mann verhaftet, von dem sie annimmt, daß er in der letzten Zeit im Norden der Stadt verschiedene unbeaufsichtigte Wohnungen erbrochen und in Brand gesteckt habe. Verhängnisvoll wurde dem Verhafteten, einem früheren Kaufmann namens Paul Heidgen, ein als Uhranhänger dienendes Medaillon, durch das die Polizei auf die Fährte des Mannes kam.

In den letzten Monaten haben, wie wir mehrmals berichtet, im Norden Berlins Wohnungsbrände stattgefunden, die nach den polizeilichen Ermittlungen ganz zweifellos auf Einbrecher zurückzuführen waren. In allen diesen Fällen war aber kein greifbares Resultat über den oder die Urheber zu erlangen, weil die Spuren durch das Feuer verwischt waren.

Am 21. Juni wurde im Hause Lothringer Straße 55 wieder eine Wohnung erbrochen und in Brand gesteckt. Zwei vor sogenannten Brandkommission der Kriminalpolizei gehörende Kommissare fanden nun in einem Wäschekorb, der erbrochen, aber vom Feuer verschont geblieben war, ein kleines, ausklappbares Medaillon in Buchform mit zwei farbigen Photographien, und es gelang, den Eigentümer dieses Medaillons eben in der Person jenes Heidgen festzustellen, der nur wenige Häuser von der Brandstelle (Lothringer Straße) entfernt wohnt! (Heidgen ist wegen Einbruchs bereits wiederholt vorbestraft.) Der Verhaftete muß das Medaillon wohl während der Durchstöberung des Wäschekorbes unabsichtlich verloren haben, denn an der Stelle seiner Uhrkette, an der sich das Anhänger befand, sind Abdrücke früherer Brandstellen in jener Gegend unmittelbar nach dem Ausbruch des Feuers gesehen worden.

Bei dem Verhafteten wurden 150 M. bares Geld gefunden, über dessen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte. . . .

### Gerüstbruch.

Chemnitz, 30. Juni. (B. S.) Heute mittag stürzte im Saale des Restaurants „Stadt Mannheim“ in der Kochligerstraße infolge Ueberlastung das zur Renovierung des Raumes benutzte Gerüst ein. Sechs Maler, die darauf beschäftigt waren, stürzten in die Tiefe und erlitten teils schwere, teils leichtere Verletzungen. Sie wurden ins Krankenhaus geschafft, wo einer von ihnen bereits gestorben ist. Der Verstorbene war verheiratet.

### Zug-Zusammenstoß.

Greifeld, 30. Juni. (Amtliche Meldung.) Heute vormittag kurz nach 11 Uhr stieß zwischen Block Nordkanal und Güterbahnhof Neuh ein von Holzheim kommender Güterzug mit einem auf falschem Gleise von Neuh abgelaufenen Arbeitszug zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden etwa 15 Bedienstete und Arbeiter leicht und schwer verletzt, jedoch niemand lebensgefährlich. Ueber die Ursache des Unfalls ist Untersuchung eingeleitet.

### Die Pest in Australien.

Sidney, 30. Juni. (B. S.) Hier ist ein neuer Befall vorgekommen.

### Erdbeben.

Bobö (Rottwegen), 30. Juni. (B. L. V.) Heute früh wurde hier ein starkes Erdbeben in östlicher Richtung verspürt. Um 5 Uhr erfolgte ein schwächerer Stoß, dem um 6 Uhr ein härterer mit unterirdischem Getöse folgte. Das mehrere Minuten andauernde Erdbeben wurde auch an anderen Orten wahrgenommen.

### Frevelhaftes Spiel mit Menschenleben.

London, 30. Juni. (B. S.) Aus Durban wird gemeldet: Anlässlich einer Übung der Durbaner Feuerwehrgesellschaft für diesen Zweck ein Haus errichtet worden, welches in Brand gesteckt werden sollte. Um die Sache etwas dramatischer zu gestalten, hatte man im zweiten Stockwerk zwei Knaben und ein Mädchen untergebracht, die während des Brandes gerettet werden sollten. Der Brandstifter hatte aber das Feuer zu früh angelegt, als die Feuerwehrgesellschaft nicht zum Eingreifen bereit war. Die drei Kinder sind deshalb elendiglich in den Flammen umgekommen.

### Ein Vergnügen eigener Art.

Serajowo (Bosnien), 30. Juni. (B. S.) Bei den gestern und vorgestern in Jibge abgehaltenen Wettbewerben stürzten 9 Reiter. Einer blieb tot, einer wurde schwer verletzt, drei leichter verundet.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom Dienstag, den 30. Juni 1908, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertische: Halle.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Erhebung neuer Kirchensteuern für das Etatsjahr 1908.

Abg. Ströbel (Soz.)

(von der Rechten mit Lachen und Applaus empfangen): Ich möchte meine Ausführungen einleiten mit einigen Bemerkungen gegen die Rede des Freiherrn v. Rheinbaben vom 27. Juni. Freiherr v. Rheinbaben hat auf meine Bemerkung, daß es den Unterbeamten nicht möglich sei, aus der Landeskrise auszutreten, weil ihnen daraus Unannehmlichkeiten erwachsen könnten, bestritten, daß ein solcher Terror überhaupt geübt würde. Er hätte das in sehr einfacher Weise widerlegen können, wenn er kurz und bündig namens der Regierung die Erklärung abgegeben hätte, daß die Unterbeamten künftig ohne jeden Schaden der Landeskrise den Rücken drehen können. Das wäre eine sehr schöne, und durchaus befriedigende Erklärung gewesen. Herr v. Rheinbaben hat das aber nicht getan, sondern vorgezogen, gegen meine Partei zu polemisieren und zu behaupten, wir übten den Terror. (Sehr wahr! rechts.) Er hat auch das schöne Wort wiederholt, daß die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt stünde: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein!“ (Lautes Sehr wahr! rechts.) Das Wort ist nicht sehr neu und wird durch die Wiederholung durchaus nicht richtiger. Es stammt aus der großen französischen Revolution, wurde dann für die bürgerliche Revolution von 1848 umgeworfen und wieder in Kurs gesetzt, schließlich vom Kaiser Wilhelm ausgegriffen und auch dem Herrn v. Rheinbaben vererbt. Die Sozialdemokratie hat damit durchaus nichts zu tun, es ist durchaus keine Devise der Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Sozialdemokratie aber bei der letzten Landtagswahlkampagne Terror geübt hat, so hat sie durchaus

in Notwehr

gehandelt und das Recht auf Notwehr läßt sie sich durch keine schönen Redensarten nehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Beseitigen Sie die öffentliche Stimmung abgäbe, dann verschwindet auch der Terror! Der Terror wird aber zuerst und am schlimmsten geübt von Ihnen, von der Regierung! Da ist es doppelt unbegreiflich, wie Herr von Rheinbaben...

Präsident v. Kröcher: Es widerspricht zwar eigentlich nicht der Geschäftsordnung, aber es ist allgemein üblich in diesem Hause, die Herren von der Regierung mit ihrem Amtstitel zu bezeichnen. (Weiterleil.)

Abg. Ströbel (Soz.)

(fortfahrend): Also der Herr Finanzminister Hr. v. Rheinbaben hat, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, den Mut gehabt, der Sozialdemokratie Terrorismus vorzuwerfen, während er doch genau weiß, welcher Terrorismus von der Regierung gegenüber den abhängigen Beamten geübt wird. Doch darüber werden wir uns ein andermal recht gründlich unterhalten. (Zurufe rechts: Ein andermal! Sehr gut!) Ich will heute nur daran erinnern, daß der Eisenbahnminister Breitenbach noch vor kurzem erklärt hat, es dürfe unter keinen Umständen gebuldet werden, daß ein Eisenbahnarbeiter oder „Beamter sich zur Sozialdemokratie bekenne.“ (Stürmischer Beifall rechts.) Aber ist das nicht Terror, ist das nicht allerhöchster Gewissenszwang?

Ich möchte gerade das Zentrum daran erinnern, daß Windthorst, als von der Rechten eine ähnliche Forderung aufgestellt wurde, erklärte, das ginge zu weit, das sei unverschämlich, das sei die Anrechnung des freien Mannes, das sei nichts anderes als

Sklaverei.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das hat Windthorst gesagt und das trifft auch heute noch zu. Weil der allerhöchste Terrorismus von der Regierung geübt wird, hätte der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben allen Grund gehabt, vor seiner eigenen Tür zu kehren.

In welcher Weise von der Regierung Terror geübt wird, dafür will ich hier ganz kurz einige Beispiele anführen. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“, kein sozialdemokratisches Blatt, auch kein Blatt der freien Gewerkschaften, hat in diesen Tagen mitgeteilt, daß der Vorsitzende einer Zentralstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes

deshalb nicht zum Unteroffizier befördert worden ist, weil der Bürgermeister des Ortes einen Urlassbrief an die Militärbehörde schrieb, er sei kein Patriot und den Behörden nicht wohlgesinnt. Das ist genau dieselbe wunderbare Meinung, die auch der Finanzminister zu haben scheint, als seien die Behörden dazu da, daß das Volk vor ihnen auf den Knien läge. Umgekehrt: die Behörden sind des Volkes wegen da, und das Wort Minister heißt ja zu deutsch: Diener. Somit nicht gesagt sein soll, daß die Minister Fürstenlakaien sein sollen! Sie sollten Diener des Volkes sein. Ebenso wurden jüngst

zwei Lehrer gemafregelt,

der eine, weil er in einer Festrede auf Kaiser Wilhelm II. einige Worte gegen den Hyperbuzantismus hatte einfließen lassen und den Krieg vom Standpunkt des 20. Jahrhunderts aus für eine Kulturschande erklärt hatte. (Unruhe rechts.) Das wird jeder, der die Weltanschauung des 20. Jahrhunderts hat, zugeben müssen, daß der Krieg, mag man ihn nun für notwendig halten oder nicht, eine Kulturschande ist.

Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter, Sie schweifen ein bißchen weit von der Sache ab. (Stürmischer Beifall rechts.) Ich kann Sie ja in der Polemik gegen die Rede des Finanzministers nicht bestrafen, aber Sie schweifen doch auch etwas sehr weit von der Rede des Herrn Finanzministers ab.

Abg. Ströbel (Soz.): Ich weise nur den Vorwurf des Terrors zurück, den der Minister uns gemacht hat.

Präsident v. Kröcher: Ich bitte jetzt fortzufahren.

Abg. Ströbel (Soz.):

Wegen dieser heillosen Bemerkungen wurde also der Lehrer gemafregelt. (Stürmische Rufe rechts: Zur Sache! Zur Sache!) Bei dem anderen Lehrer (Walter Darm rechts) lagen ganz ähnliche Gründe vor. Der Finanzminister hat weiter behauptet, es sei unrichtig, wenn ich gesagt hätte, daß die Löhne der preussischen Unterbeamten erbärmlich seien. Wenn wir feststellen können, daß die Löhne der Forstarbeiter 10—27 Pf. pro Stunde betragen, daß die Löhne der staatlichen Vergarbeiter viel niedriger sind als die der Vergarbeiter in der Privatindustrie, daß der Schichtlohn der staatlichen Vergarbeiter im Saarrevier seit 1891 um ganze 13 Pf. gestiegen ist (andauernde große Unruhe rechts) so haben wir wohl ein Recht, den erbärmlichen Löhnen zu sprechen. Der Finanzminister hat sich darauf berufen, daß die Löhne im letzten Jahrzehnt gestiegen seien. Es wäre ja auch unverschämlich, wenn die große Masse der Staatsarbeiter, die die 700 Millionen Betriebsüberschüsse schaffen, gar keinen Anteil an dem steigenden Reichtum hätten! Aber wie ungeheuer der Reichtum der Besitzenden gestiegen ist, dafür nur einige Zahlen. (Wärmende Unterbrechungen rechts.) Nach der amtlichen Einkommenstatistik betragen in Preußen...

Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Sache! (Bravo! Sehr gut! rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich bin danach leider nicht in der Lage, Ihnen zahlenmäßig nachzuweisen zu können, daß das Einkommen der Staatsarbeiter bei weitem nicht gestiegen ist im Verhältnis zum vorausgehenden Reichtumsanstieg der besitzenden Klassen. Wir werden Ihnen den Beweis ein andermal zahlenmäßig erbringen. Einstweilen halten wir uns durchaus für berechtigt, von den

Zammergehnen der preussischen Staatsarbeiter

zu sprechen und werden Sie auch künftig recht häufig auf das Gend dieser Staatsproletarier hinweisen, damit es auch hier durch unsere Kritik allmählich besser wird.

Nun noch einige Worte zu dem Gesetz selbst. (Lachen rechts.) Man hat behauptet, ich hätte den Sinn des Gesetzes nicht verstanden. Wer sich die Mühe gegeben hat, zuzuhören, wird finden, daß ich ihn sehr genau verstanden habe. Man will mir entgegenhalten, die Erhöhung der Umlagen sei eine rein kirchliche Steuer, aber sie ist dem Gesetze nach in Weisen eine Staatssteuer, weil der Staat sie erst bewilligen muß und weil sie dann in derselben Weise erhoben wird, wie die Staatssteuern. Es ist auch gar nicht richtig, wenn geltend gemacht wird, daß die anderen Beamten Kotzulagen bekämen — Kotzulagen, die übrigens zum Teil noch nicht ausbezahlt sind — und daß man deshalb auch die kirchlichen Behörden in die Möglichkeit versetzen müsse, den Geistlichen Kotzulagen zu geben. Darum handelt es sich hier gar nicht, das ist nicht der Kern der Sache. Gerade der konservative Abg. Windler hat gesagt, daß die Kotzulagen für die bedürftigen Geistlichen nur ein Neben Zweck der Vorlage seien, in der Hauptsache

handele es sich um eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Geistlichen. Damit ist zugegeben, daß ich durchaus recht gehabt habe, wenn ich sagte, daß diese Vorlage eine allgemeine Verbesserung der Befolgung der Geistlichen bedeute, und daß sie deshalb auf den Herbst bis zur allgemeinen Beratung der Beamtenbefolgungsreform verschoben werden müsse. Wenn jetzt dieses Gesetz vorher durchgeführt wird, so wird eine Beamtenkategorie zum Schaden der anderen herausgegriffen. Das ist sich nicht um eine Kotzulage für die bedürftigen Geistlichen handelt, geht auch hervor aus dem Bericht des Oberkirchenrates Voigt auf der fünften General Synode. Er erklärte da, daß die Witwen- und Waisenversicherung keine neuen Umlagen erfordere, daß aber die allgemeinen Befolgungsverhältnisse der Geistlichen aufgebessert werden sollten, und dann führte er aus — das ist auch ein sehr interessantes Moment —, daß man dann auch

neue Geistlichenstellen gründen

könne! Es handelt sich also in Wirklichkeit um eine allgemeine Verbesserung der Gehälter der Geistlichen und um die Schaffung neuer Stellen für Geistliche! Ich meine aber, daß an Geistlichen wirklich kein Mangel in Preußen ist, während 3000 Lehrstellen unbesetzt sind! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da sollte man vor allen Dingen einmal dafür sorgen, daß durch eine Verbesserung der Lehrgelälter endlich die Lücke in der Befolgung der Lehrstellen ausgefüllt wird und nicht damit bis zum Herbst oder noch länger warten. Sie aber wollen hier nur die Gehälter der Geistlichen aufbessern und die Möglichkeit schaffen, die Zahl der Geistlichen noch zu vermehren. Das ist des Pudels Kern, wie ich Ihnen dokumentarisch nachgewiesen habe. Wir geben uns natürlich gleichwohl nicht der Zuvorsicht hin, daß Sie das Gesetz nicht bewilligen werden. (Lachen und Sehr wahr! rechts.) Bewilligen Sie es nur, sorgen Sie nur dafür, daß die Unzufriedenheit der Beamten, die jetzt schon sehr groß ist, bis zum Ueberlaufen wächst, sorgen Sie nur dafür, daß das erschütterte Vertrauen der Beamten zu Ihnen vollständig über den Haufen geworfen wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kultusminister Dr. Halle: Auf die Angriffe des Vorredners auf den abwesenden Herrn Finanzminister will ich nicht eingehen, sondern mich lediglich darauf beschränken, festzustellen, daß ich aus den heutigen Ausführungen die Ueberzeugung entnommen habe, daß die Erklärung des Finanzministers vom 27. Juni schlagend gewesen ist und in jeder Beziehung das Richtige getroffen hat. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Rp.): Diese Vorlage scheint mir kein geeigneter Tummelplatz für Auseinandersetzungen über Arbeitsverhältnisse und Lohnbedingungen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Darauf können wir ja später beim Etat noch ausführlich genug eingehen. Terrorismus hat die Sozialdemokratie im letzten Wahlkampf in Sonderheit uns gegenüber in der schärfsten Weise geübt. Dieser Terrorismus und Boykott von sozialdemokratischer Seite ist ebenso scharf und entschieden zu verurteilen, wie Wahlbeeinflussungen von anderer Seite. Das Wort von der Notwehr ist lediglich ein heidevolles Schlagwort. Wahlbeeinflussung von der anderen Seite rechtfertigt noch nicht den Terrorismus und Boykott der Sozialdemokratie gegen harmlose, von ihr abhängige Gewerbetreibende. Es gereicht der Sozialdemokratie wahrlich nicht zum Ruhme, daß diese Art von Wahlbeeinflussungen vorgekommen ist und hier im Hause noch beschönigt und verteidigt wird. (Sehr wahr! rechts.) Die Vorlage selbst ist juristisch und inhaltlich ganz unzulässig. Sie wird die anderen Beamten verstimmen, und wäre deshalb besser erst im Herbst in einwandfreier Form verabschiedet worden, dann hätten wir ihr einmütig zugestimmt.

Kultusminister Dr. Halle wiederholt die Behauptung, daß es sich um rein kirchliche Mittel handele und daß die Vorlage allen gesetzlichen Anforderungen entspreche.

Abg. Iderhoff (fl.) verzichtet aufs Wort. Ein Schlußantrag, der dem Abg. Hoffmann (Soz.) das Wort abschneidet, wird angenommen, der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident v. Kröcher teilt das Einladungsschreiben zur gemeinsamen Eröffnung des Landtages mit, die mittags 12 Uhr im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses stattfindet, und schließt, nachdem die Sozialdemokraten den Saal verlassen haben, die erste Session des neuen Landtages mit dem üblichen Kaiserhoch. Schluß vor 11 Uhr.

Schlusssitzung.

Am Ministertische Ministerpräsident Fürst Billow, v. Bethmann-Hollweg, Weseler, Breitenbach.

Kleines feuilleton.

Die Sternwärterscheinungen im Juli. Nachdem wir am 21. Juni schon wieder den längsten Tag abgelebt haben, geht es astronomisch mit dem Sommer bereits wieder abwärts, allerdings noch sehr langsam, so daß wir es kaum merken. In Wirklichkeit aber beginnt jetzt erst der eigentliche Sommer. Die Sonne sendet täglich ihre Licht- und Wärmestrahlung fast 18 Stunden lang über unseren Horizont und bringt alle Vegetationsformen zur vollen Entfaltung. Die Wärme setzt erst jetzt richtig ein, obwohl wir im verflochtenen Monat schon Proben davon bekommen haben. Im neuen Monat erreicht die Erde wiederum einen ganz besonderen Punkt ihrer jährlichen Umlaufbewegung um das Muttergestirn, die Sonne. Am 2. Juli wird die Sonne am weitesten von uns entfernt sein und die Erde beginnt wieder, sich ihr zu nähern. Das geschieht übrigens gerade in diesem Teile der Erdbahn besonders schnell, weil hier die Krümmung der Bahn am stärksten ist. Mit Ende des Juli beginnt auch die Sonnenbahn sich stärker zum Himmelsäquator zu neigen. Am 26. Juli bereits verdrängt wieder die mittelmäßige Dämmerung und an ihre Stelle tritt eine kurze aber stetig an Dauer zunehmende Nacht. Das ist das erste sichere Anzeichen, daß die Sonne ihren nördlichen Wendepunkt überschritten hat und sich im absteigenden Teile ihrer Bahn befindet. Dadurch erleidet auch die Dauer der Sonnenstrahlung eine erhebliche Einbuße, die gegen den Monatsanfang 2 1/2 Stunden beträgt.

In den ersten beiden Wochen des Monats gestaltet sich die Beobachtung des Mondes recht lohnend. Vom 6. ab geht er erst wieder nach Mitternacht unter, diesen Untergang immer mehr verspätend. Am 13. um 11 Uhr abends tritt Vollmond ein, so daß in der Zeit vom 11. bis 16. mit Oberflächenbeobachtungen nicht viel zu machen ist. Wenn die Beobachtungsverhältnisse nach dem Vollmond wieder günstig werden, d. h. wenn die Beleuchtung des Mondes nicht mehr allzu groß ist und sich fast dem letzten Viertel nähert, dann geht der Mond erst wieder sehr spät auf, und der Anfang verspätet sich von Tag zu Tag immer mehr.

Der Halleische Komet, der im Mai 1910 seine Sonnennähe erreichte, befindet sich gegenwärtig im Bereiche zwischen Jupiter und Saturn. Die Herren Conell und Crommelin haben jetzt ihre Rechnungen über diesen Kometen, der alle 76 bis 77 Jahre einen Umlauf um die Sonne vollendet, bis zum Jahre 760 rückwärts fortgesetzt. Der 760 beobachtete Komet war schon von Laugier als mit dem Halleischen identisch erkannt worden. Die danach nächste Erscheinung fiel mit der Sonnennähe auf den 1. März 837 und ist durch chinesische Beobachtungen bekannt und festgesetzt. Ueber die Erscheinung von 912 sind keine Nachrichten vorhanden, dagegen wieder über die dann folgende von 989. In der Folge sind dann alle Wiedererscheinungen des Kometen durch Beobachtungen belegt und festgestellt. Diese steten Kontrollen des

Wahns des Kometen sind äußerst wertvoll; zeigen sie doch, als sicher an, daß der Halleische Komet höchstens ganz geringe durch die Schwerkraft nicht zu erklärende Abweichungen in seiner Bewegung erfahren haben könnte. Diese wären vielleicht auf Einwirkungen der Ausströmungen des Sterns oder der Schweifbildung zurückzuführen. — Beim Ende des Kometen, der am 27. Mai auf der Sternwarte Kapstadt wiedergefunden wurde, ist die Abweichung des wirklichen Ortes von dem berechneten in der jetzigen Erscheinung weit größer als seitens der Berechner vorhergesehen wurde. Damit ist auch noch nicht entschieden, ob die Heibergberger Beobachtungen vom Januar d. J., von denen wir damals berichteten, dem Ende des Kometen angehören oder nicht. — Wertwürdige Beobachtungen werden noch über den Danwellschen Kometen bekannt. Dr. Horn in Catania hat auf 50 photographischen Aufnahmen die Schweifstrahlung des Kometen ausgemessen und kam zu dem Ergebnis, daß die Schweifschwäche eine periodische Bewegung ausweist, die etwa 16 Stunden dauerte. Die Ausnahmen umfassen 78 periodische Notationen. Außerdem werden auf den photographischen Platten eine Menge Schweife sichtbar, die in den Fernrohren mit dem bloßen Auge nicht zu sehen waren. Man kann sich das so erklären, daß die Schweifstrahlen offenbar aus violetten oder ultravioletten Strahlungen bestanden, die photographisch außerordentlich wirksam sind, von denen aber das Auge selbst nichts wahrzunehmen vermag.

Humor und Satire.

Zirkusphilosophie. Wir leben im Zeitalter allgemeiner Veredlung und Verfeinerung. Die Zingel-Zängel sind Stätten nationaler Erziehung geworden. In den Kolportageromanen steht, so man Julius Hart glauben darf, ein ungeahnter Schatz ästhetischer Bildungsmöglichkeiten. Und nun erst der Zirkus! Ein Zirkusdirektor, der Weglar entzückte, hat nach der „Frankf. Ztg.“ ein philosophisches Programm erlassen, das alle Scharf-Bestrebten zu Stimulieren macht. Das Programm dieses Zirkus lautet: „aufsteigend und verschwindend wie ein Meteor, glänzend, strahlend und schon wie dieses und trotz der Kürze des Verweilens so nachhaltigen Eindruck hinterlassend.“ Denn „der künge Künstler wird vom Schaulustig seiner künstlerischen Tätigkeit zurücktreten, wenn er noch im Pent seiner Größe steht. Nur der Unkluge oder der, bei dem die Kunst nach dem täglichen Grote geht, wird bleiben, bis die viellöufige, oft gegen die einstigen Lieblinge grauwame Hydra, Publikum genannt, dem einst gefeierten Künstler gegenüber lau wird.“ Der Zirkus bietet neben den großartigen Leistungen aller Art auch etwas für den „Arbeiter“, da es heutzutage nun einmal nicht mehr geht, ohne daß es etwas gibt, woran man erproben kann, ob man ein Nervensystem aus Schiffstauen oder aus Spinnweben“ besitzt. Daneben wirkt der Witz im Zirkus wie eine lästliche Würze, wie der schäumende Sekt. Dann laßt ein Corps de Ballet ein Divertissement, wie — ein Gebicht. Kurzum, dieser Zirkus will das Zirkuswesen wieder auf die Höhe erheben, auf der es im klassischen Altertum stand. „Unter den Tisaren erwarb in Rom ein starkes und schönes Menschengeschlecht,

Das waren die Gladiatoren anders als die Vollendung einer edlen, natürlichen Schönheit und Gesundheit. Die Statuen des klassischen Altertums von Latium und Griechenland reden überzeugend davon. Kulturelle Zwecke zu fördern, auf dem dem Volke leicht eingehenden Wege „ad oculos demonstrandum est“, heute würde man sagen „behördlich“, das war der Grund, das Westreden, das einige Früchte der Schönheit, edler Menschenschönheit, getragen hat!“

Notizen.

Die öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, die während des Umzuges von der Ringstraße 11 nach Rungestr. 25/27 einige Tage geschlossen war, wird am Mittwoch, den 1. Juli, wieder eröffnet. Besetzt wie bisher, Wochentags von 12—3 und 6—10 Uhr, Sonntags 1/2 10—1 und 5—10 Uhr.

Des Pudels Kern. Der alte Taler wurde abgeschafft — das neue Dreimarstück soll nun dafür eingeführt werden. Man fragt, wozu die Umstände? Und erfährt aus dem „Total-Anzeiger“ (ist er wieder hoffähig?): Die neuen Dreimarstücke, deren Einführung in der Landesratsitzung am letzten Freitag beschlossen wurde, werden völlig in den Rahmen des alten Talers gehalten sein. Sie werden aber das Bild Kaiser Wilhelms II. tragen. — So, so.

Eine neue Austauschgelegenheit. In der italienischen Kammer, die wegen der großen Hitze mit Ungeduld der letzten Sitzung am Dienstag entgegen sah, gab es große Ständalagen, die in ein Invektivenduell zwischen dem Präsidenten und dem sozialistischen Abbotaten Giacomo Ferri ausarteten, als letzterer erklärte, er werde gegen die Gehaltsaufbesserung der Universitätsprofessoren stimmen, da diese doch nur zu schwänzen pflegten. Auf diese Bemerkung hin entstand natürlich ein heidnämiger Spektakel, die Sitzung mußte aufgehoben werden. Welch prächtige Gelegenheit bietet sich da für Deutschland, solche schwänzenden Professoren einzutauschen. Die von besseren Verbindungen bevorzugten Universitäten haben Ueberflus an schwänzenden Studenten. Man gebe ihnen endlich die dazu passenden schwänzenden Professoren!

Die Darwin-Ballace-Debatte. Bei der Gedächtnisfeier, die zu Ehren von Darwin und Wallace in Erinnerung an die fünfzigjährige Wiederkehr der von beiden Forschern abgehaltenen ersten Vorträge über die Entwicklung der Arten in der Linnaeischen Gesellschaft zu London begangen werden soll, wird auch eine Verteilung von besonders für diesen Zweck geeigneten goldenen Medaillen stattfinden. Als erster erhält selbstverständlich der greise Alfred Russel Wallace, der im Gegensatz zu Darwin diese Lehre noch selbst wird erleben dürfen, die Medaille, ferner der gleichfalls bereits im Alter von 91 Jahren stehende Botaniker Joseph Hooker, dann der zurzeit bedeutendste englische Anthropologe Francis Galton und der Zoolog Max Lanaster. Außerdem ergötzen die gleiche Auszeichnung Ernst Haeckel, E. Straßburger und der Freiburger Zoolog August Weismann.

Das Präsidium führt Herr v. Mantuffel. Er eröffnet die Sitzung kurz nach 12 Uhr und gibt das Wort dem Fürsten Bischof von Bielefeld, der die Landtagswahl, durch die die Landtagswahl am 30. Juni geschlossen wird. Darauf bringt er wiederum die übliche Kaiserrede aus.

Die Sozialdemokraten wohnen der Schulung nicht bei.

## Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie.

Der neunte Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie wurde Sonntag, den 28. Juni, in München von Genossen Segig im Namen des Landesvorstandes eröffnet. Er begrüßte die Delegierten und bedauerte, daß zwei der bewährtesten Kämpfer, die Genossen Söllmar und Ehrhart durch Krankheit am Erscheinen verhindert sind. Doch konnte Segig unter dem lebhaften Beifall des Parteitagessitzungsteilnehmers, daß in beider Befinden eine entschiedene Besserung eingetreten ist.

Zu Vorgesetzten wurden Segig und Anierim-München gewählt.

Als Gäste sind anwesend Genosse Ebert-Berlin als Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Wagner als Vertreter der württembergischen Partei und Genosse Rudolph-Frankfurt als Vertreter des hessisch-bayerischen Gau.

Genosse Ebert drückt dem Parteitag die Grüße des Parteivorstandes aus. Die Tagesordnung enthält wichtige Punkte, die auch für die Gesamtpartei von Bedeutung seien, weshalb der Parteivorstand eine Delegation für notwendig erachtet habe. Ebert wies dann auf den Erfolg bei den preussischen Landtagswahlen hin, der das Marschieren der Sozialdemokratie beweise. Die süddeutschen Parteigenossen, besonders die bayerischen, sind im Wahlrechtskampf den norddeutschen vorausgegangen und haben auch die preussischen Genossen in ihrem schweren Kampf unterstützt und sie dadurch gestärkt, weiter zu kämpfen, bis auch für Preußen ein gerechtes Wahlrecht erreicht wird. Mit dem Wunsch, daß die Beratungen des bayerischen Landesparteitages auch für die gesamte Partei fruchtbar tragen mögen, schloß der Redner unter lebhaftem Beifall, auch die Genossen Wagner-Württemberg und Rudolph-Frankfurt begrüßte den Parteitag.

Sodann erstattete Gen. Anier den Bericht des Landesvorstandes.

Er ergibt, daß die Zahl der organisierten Genossen in 23 Monaten von 31 318 auf 47 749 gestiegen ist. Das gleiche ist in der Entwicklung der Presse zu konstatieren. Die Abonnentenzahl ist erheblich in die Höhe gestiegen. Die „Münch. Post“ beziehe eben ihr neues, eigenes Heim und im Herbst wird die „Freiwillige Tagespost“ das gleiche tun. Der Kassenbericht ergibt 49 554,32 M. Einnahme, 47 882,78 M. Ausgabe, somit einen Kassenbestand von 1871,54 M.

Für die kommenden Gemeindevahlen beabsichtigt der Landesvorstand eine Broschüre herauszugeben, ein weiteres für die Provinz bestimmtes Flugblatt wird in populärer Darstellung das Wesen der Sozialdemokratie schildern, eine Reihe anderer Flugblätter ist für bestimmte Arbeiterkategorien (Wahlberechtigte) bestimmt. In der letzten Zeit hat der Landesvorstand im Verein mit der Fraktion und der „Münchener Post“ eine Stelle geschaffen, die das politische Tagesmaterial zu sammeln und zu sichten hat. Im Gau Nordbayern wurde ein zweiter Sekretär, im Gau Südbayern ein Sekretär angestellt.

Von einer Neuerteilung der Gaus soll vorerst abgesehen werden. Die drei Gaus Nordbayern, Südbayern, Pfalz sollen vorläufig weiter bestehen bleiben. Die Wahlkreise Schaffhausen und Bahr, die bisher zu Frankfurt gehörten, sollen dem Gau Nordbayern zugewiesen werden.

Der Landesvorstand schlägt dem Parteitag vor, den Landesvorstand zu beauftragen, zu gegebener Zeit einen Programm-entwurf für die Landtagswahlen und zwar so zeitig zu veröffentlichen, daß die Genossen vor dem Parteitag die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen.

In der Debatte wurden verschiedene Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Genosse Profit-Rudwigshafen forderte, der Parteitag solle die Parteileitung beauftragen, eine allgemeine Agitation gegen die Reichsratskammer einzuleiten. Genosse Eisner-München wies den Landesvorstand die Aufgabe zu, „auswärtige Politik“, d. h. Politik gegen Preußen zu machen. Der freiwirtschaftliche Entwurf des Söbden siehe scharf gegen Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht. Dieser Zustand werde sich noch verschärfen, wenn das neue bayerische Gemeindevahlrecht eingeführt sei. Wie die Regierungen der süddeutschen Staaten untereinander Fühlung nehmen zu gemeinsamen politischen Aktionen (Vollzugsbestimmungen zum Vereinsrecht), so sollen sich auch die sozialdemokratischen Landesparteien zusammenschließen, ein Bedürfnis, das bereits die Würzburger Konferenz anerkannt habe. Eine enge Verbindung der süddeutschen Parteigenossen sei dringend notwendig; es sei dafür ein ständiges Organ zu schaffen und notwendig, eine Kraft zu gewinnen, die von Verunsicherung wegen die gemeinsamen süddeutschen Verhältnisse übersehe und zu bearbeiten imstande ist.

Den Bericht der Landtagsfraktion erstatteten die Genossen Adolf Müller-München und Segig-Fürth. Müller berichtete über die allgemeine politische Tätigkeit der Fraktion. Die ihr gebührende Vertretung im Landtagspräsidium wurde der Fraktion verweigert, weil sie sich weigerte, ihre Vertreter zur „Wahlhüterei“, d. h. zu Kandidaturen bei sämtlichen Prinzen des Hauses Wittelsbach zu verpflichten. Die Fraktion hat auf allen Gebieten der Landespolitik eifrig gearbeitet; mit Ausnahme der rein kirchlichen Dinge im Kulturbereich trägt jeder Einzelne, jeder Vorgesetzter, jede Vorlage die Spuren der ersten sozialdemokratischen Mitarbeit.

Segig, der speziell über die Tätigkeit auf sozialpolitischen Gebieten sprach, zeigte, was die Fraktion für die Verbesserung der Lage der Staatsarbeiter und der Arbeiter überhaupt getan hat. In beiden Reden wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Kampf gegen die Reichsratskammer aufzunehmen, die in rückwärtsgeringer Weise die Wünsche der Zweiten Kammer des Landtags mißachtet und alle ihre sozialpolitischen Entwürfe unter den Tisch geworfen hat. Die Diskussion ergab im allgemeinen völlige Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Fraktion. Genosse Eisner-München bemängelte, daß die Fraktion nicht aus Anlaß der Döberinger Kaiserrede eine Interpellation eingebracht habe. Der Alarm diene nur dazu, der Reichsfinanzreform die Wege zu bereiten und dem mißliche entgegengeordnet werden. Genosse Müller erwiderte, daß die Fraktion nach reiflicher Erwägung von einer Interpellation Abstand genommen habe, sie werde aber die Sache gründlich behandeln gelegentlich der Besprechung der Reichsfinanzreform, zu der sie ja einen Antrag gegen die drohende Elektrizitätsabgabe eingebracht habe.

Nach Beendigung der Diskussion und Erledigung der Anträge und Resolutionen wurde die Verhandlung vertagt.

Am Montag referierte Genosse Limm-München über das neue Vereinsgesetz. Dem Referat schloß sich die Beratung der Anträge auf Änderung des Organisationsstatuts an. Genosse Limm brachte dazu eine Resolution ein, in der er für die weiblichen Mitglieder niedrigere Ortszuschläge als für die männlichen Mitglieder empfiehlt. Die Diskussion war recht lebhaft. Die Anträge wurden sämtlich der Satzungscommission übergeben.

## Eulenburg vor den Geschworenen.

Schon lange vor Beginn der Dienstag-Verhandlung hatten sich vor dem Hauptportal des Moabitischen Kriminalgerichts Neugierige eingefunden, die sich auf dem gegenüberliegenden Trottoir aufstellten und mit einer bewundernswürdigen Geduld der Dinge harren, die da kommen solten. Die Abferrungsmaschine

wurden von den zahlreichen Zuschauern streng durchgeführt. Gegen 11 Uhr wird der Angeklagte in einer Tragbahre in den Saal getragen. Von den Zeugen sind heute auch der Oberlandesgerichtsrat Meyer aus München und der Baron v. Rothschild aus Wien erschienen. Der Zeuge Riedel erscheint schon in etwas aufgeregtem Zustande vor Beginn der Verhandlung und erucht den Gerichtsdienner, einen Brief, den er in der Hand hält, dem Oberstaatsanwalt zu übergeben. Die Herr Riedel in seinem schwer verständlichen bayerischen Dialekt den Umstehenden erklärte, soll es ein Drohbrief sein, den er erhalten hat.

Die heutige Vormittagssitzung wurde noch ausschließlich durch die Vernehmung des Angeklagten ausgefüllt. Ueber den Inhalt seiner Bekundungen ist bei dem hermetischen Ausschluß der Öffentlichkeit zuverlässiges natürlich nicht mitzuteilen, und was gelegentlich durchsickert, ist völlig unkontrollierbar. Dem Vernehmen nach bestreitet der Angeklagte nach wie vor mit aller Entschiedenheit, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Er habe durch seinen Eid in Abrede gestellt, strafbare Handlungen im Sinne des § 175 begangen zu haben; mit „Schmutzereien“ habe er nur alles das gemeint, was strafbar sei, er bestreite aber heute noch, sich strafbar gemacht zu haben. Auf die Frage, wie denn aber beispielsweise der Zeuge Ernst zu seiner belästigenden Aussage komme, soll der Angeklagte geantwortet haben, daß ihm das ein Rätsel sei. Auf die weitere Frage des Vorsitzenden, wie denn die intimen vertraulichen Briefe zu erklären seien, die er an Ernst geschrieben, soll der Fürst geantwortet haben: er habe mit ihm viel gesprochen, gerubelt, gestiftet, sei fast täglich mit ihm zusammen gewesen und habe ihn eben lieb gewonnen. Ständesunterschiede zu machen, sei überhaupt niemals seine Gewohnheit gewesen. Als dem Angeklagten die Frage vorgelegt wurde, ob er perverts empfunden habe oder noch perverts empfinde, soll er mit einem entschiedenen „Niemals“ geantwortet haben. Wie wiederholen aber hierbei nochmals, daß irgendeine Gewähr für derartige Mitteilungen nicht zu übernehmen ist, da die Presse ja auf den nicht ganz würdigen Standpunkt gedrängt worden ist, einzelne Daten aus diesem, die ganze Welt in Spannung haltenden hochwichtigen Prozesse nur vom Hörensagen mitzuteilen.

Dem Vernehmen nach soll der Vorsitzende den Zeugen haben mitteilen lassen, daß ihre Wünsche nicht berücksichtigt werden können, um nicht die Einheit und den gleichmäßigen Verlauf des Prozesses zu stören. Das Verdict beschloß ferner, sämtliche Zeugen bis 1/2 Uhr zu entlassen, da bis 1 Uhr noch die Vernehmung des Angeklagten währte und dann eine halbstündige Pause gemacht werden soll.

Nach dieser Pause soll die objektive Feststellung des Eides stattfinden. Hierbei wird Justizrat Bernheim vernommen werden, der, wie der Oberstaatsanwalt ausgeführt haben soll, das größte Interesse daran hat, möglichst der ganzen Verhandlung beizuwohnen. Es sollen ferner die Zeugen Ernst und Riedel sowie der Professor Seig von der Münchener Akademie vernommen werden. Letzterer ist von der Verteidigung geladen. Er stand mit dem Fürsten in sehr lebhaftem Verkehr und soll bekunden, daß er nie — auch nicht gerüchweise — in München oder Starnberg etwas über eine angebliche Vernehmung anormalen Triebes bei dem Fürsten vernommen hat.

Am 1/2 Uhr wurde eine halbstündige Pause gemacht. Die persönliche Vernehmung des Angeklagten war bis dahin noch nicht beendet. Der Vorsitzende gibt dem Angeklagten Gelegenheit, sich in umfangreichem Maße über seine Lebensgewohnheiten, seine Charaktereigenschaften, seine künstlerischen Neigungen, seine positiven Schöpfungen und noch vieles andere zu äußern, was mit dem von ihm geleisteten Eid in nur sehr losem Zusammenhang steht, und der Angeklagte soll von dieser Verfügung reichlichen Gebrauch machen. Was das punctum saliens betrifft, so bleibt er auf wiederholten Vorhalt immer wieder dabei, daß er nichts Falsches beschworen habe. Auch die Tatsache, daß er den Zeugen Ernst plötzlich als Diener mit auf Reisen genommen, suchte er ganz harmlos zu erklären. Er soll in dieser Beziehung gesagt haben, daß er in einer augenblicklichen Verlegenheit wegen eines Dieners gewesen sei und deshalb auf Anraten seiner Gattin den Ernst engagiert habe. Nach Beendigung der Pause wurde die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt. Sie dürfte noch längere Zeit dauern, denn als Medizinalrat Dr. Hoffmann anregte, möglichst schnell den Sanitätsrat Gennrich, den Hausarzt des Angeklagten, als Zeugen zu vernehmen, damit er, der Medizinalrat Hoffmann, stellenweise seinen anderen Berufspflichten nachgehen könne und doch ein Arzt in der Nähe des Angeklagten bleibe, wurde dies als unmöglich erklärt, da die Vernehmung des Angeklagten noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde.

Die Vernehmung des Angeklagten mußte infolge der körperlichen Erschöpfung desselben abgebrochen werden und soll, dem Vernehmen nach, Mittwoch fortgesetzt werden. Nach der Pause wurden der Baron Albert v. Rothschild, Professor Seig-München und ein Zeuge Taubl vernommen. Letzterer war einige Zeit bei dem Hofrat Jögler als Diener angestellt gewesen und sollte einen Vorfall bekunden, aus welchem eine angebliche Pervertiertheit des Fürsten hervorgehen sollte. Welcher Art die Aussage des Zeugen war, ließ sich auch nicht annähernd feststellen. Die Vernehmung dieser Zeugen zog sich bis gegen 8 Uhr hin, dann öffneten sich plötzlich und ganz unerwartet die Saaltüren, die Verhandlung war wegen des Gesundheitszustandes des Fürsten abgebrochen worden.

## Aus Industrie und Handel.

### International.

Wenn Arbeiter sich international verdröben, und zwar zum Schutze von Gesundheit und Leben der Lohnslaven, dann getert das Unternehmertum und sein Anhang über Vaterlandslosigkeit usw. Darin liegt eine gewisse Logik; die „Nationalität“ der kapitalistischen Kreise entspricht der Dialektik des Kapitalismus. Diesem ist alles, was gemeinhin unter dem Begriff „National“ verstanden wird, eine Sache der Geschäftspraxis. Er gebärtet sich „national“ und betätigt sich international. Weil er sich hierin, das heißt in der internationalen Ausbeutung der Arbeitskraft, nicht fügen lassen will, darum verdammt er den Internationalismus der — Arbeiter. Einen Beitrag zu diesem Kapitel hat die letzte Generalversammlung von Siemens u. Halske A.-G. Auf der Tagesordnung stand der Punkt: Erhöhung des Aktienkapitals um nominell 8 600 000 M.

Zur Begründung des Antrages wurde vom Vorsitzenden folgendes ausgeführt: Wir haben den Antrag gestellt, unser Aktienkapital um nominell 8 600 000 M. zu erhöhen, in der Absicht, die Kapitalerhöhung ausschließlich dazu zu verwenden, unseren Besitz an Aktien unserer ausländischen Häuser zu vergrößern. Die ausländischen Gesellschaften bilden einen wesentlichen Teil unseres Gesamtvermögens, dessen Bedeutung darauf beruht, daß es auf dem Gesamtmarkt eine ausschlaggebende Stellung einnimmt. Es ist daher nötig, daß die Entwicklung der einzelnen Teile in gleichmäßig erfolgreicher Weise vor sich geht. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, unserem Gesamtvermögen eine einheitlichere und wirksamere Organisation als bisher zu geben, unbeschadet der nationalen Selbstständigkeit in den einzelnen Ländern. Die fortschreitende Entwicklung der Industrie bedarf sich fast überall in der Bildung größerer Verbände und Zusammenschlüsse. In gleicher Weise läßt die fortschreitende Entwicklung unseres Unternehmens es angezeigt erscheinen, auch in unserem eigenen Kreise die vorhandenen Kräfte und Hilfsmittel möglichst wirksam zu organisieren. Nachdem wir vor einigen Jahren dahin geführt worden sind, in Deutschland für unser Starkstromgeschäft eine besondere Organisation in den Siemens-Schneiderwerken zu begründen, ist es nun geboten, unsere Gesamtorganisation hiermit in größerem Umfang zu bringen. Aus diesen Gründen empfiehlt sich die Vereinigung eines größeren Aktienbestandes in unseren Händen und wir glauben, daß der richtige Zeitpunkt für die Transaktion jetzt eingetreten ist. Von unserer Einladung zum Umtausch ihrer Aktien ist seitens der Aktionäre der ausländischen Gesellschaften in genügender Weise Gebrauch gemacht worden.

Die Familie von Siemens hat sich bereit erklärt, aus ihrem Besitz Aktien der ausländischen Häuser bis zu dem Umfange abzutreten, daß die in Umtausch von uns auszugebenden neuen Aktien 8 600 000 Mark betragen. Wenn unsere Erwartungen zutreffen, so bedeutet der vereinbarte Umtauschwert von annähernd 1:2 für uns gleichzeitig eine Verstärkung unserer inneren Reserven, welche einer späteren Zeit zugute kommen werden. Von einer Belanngabe weiterer Details der einzelnen Transaktionen bitten wir die Herren Aktionäre im Interesse der Geschäftspolizei Abstand nehmen zu wollen.

### Eine Katastrophe.

Die Fälle, daß erfolgreiche Industrielle, die als Ingenieure und Organisatoren nicht unbedeutendes leisteten, schließlich finanziell zusammenbrechen, sind nicht selten in der Geschichte eines jeden Industrielandes. Der Betätigungsdrang, das Streben nach weiteren Erfolgen, oft auch die reine Jagd nach Reichtum, verleiten noch umfassenden Unternehmungen und damit zu finanziellen Engagements, deren Lösung in der Regel mit einer Krise zusammenfällt, und zwar unfehlbar, katastrophenartig erfolgt. Diese Fälle werden jetzt anscheinend um einen neuen vermehrt. Es handelt sich um den Schöpfer der bekannten Internationalen Bohrergesellschaft, Rath, der dem Unternehmen durch seine Erfindung des Diamantbohrers eine breite Operationsbasis schaffte und zu glänzenden finanziellen Erfolgen verhalf. Das Hauptgeschäft, welches die letztjährige Dividendenzahlung von 600 Proz. ermöglichte, machte die Gesellschaft mit dem Verkauf umfassender Bohrgerätschaften an die Rheinisch-westfälische Bergwerks-Gesellschaft S. m. b. H. Wie verlautet, soll die Internationale Bohrergesellschaft durch spekulative Unternehmungen (vorwiegend im Auslande), in die sie Rath verwickelt hat, trotz ihrer Millionenreserven, in hohe Verlegenheiten gebracht worden sein. Auch der Schaffhauser Bankverein soll schwer hiten müssen. Nach Mitteilungen der „N.-Westf. Zig.“ hat sich Rath auch persönlich in allerhand Unternehmungen in Rumänien, Rußland usw. gestürzt. Am ersten Juli vergangenen Jahres legte Rath sein Amt als Vorstand der Internationalen Bohrergesellschaft nieder, um sich, wie damals die Gesellschaft mitteilte, in erster Linie den mit der Gesellschaft zusammenhängenden ausländischen Unternehmungen, insbesondere auf dem Gebiete der Petroleumindustrie, welche eine große Bedeutung gewonnen hätte, und seine vielfache Abwesenheit von Deutschland bedingten, zu widmen. Allmählich muß aber die Gesellschaft ein Haar in der Betätigung des Herrn Rath gefunden haben; denn derselbe Aufsichtsrat, der noch im September 1907 Herrn Rath den Dank der Gesellschaft für seine aufopfernde und so erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen hatte, sorgte bald dafür, daß Herr Rath auch sein Aufsichtsratsmandat, das ihm im Juli übertragen worden war, niederlegte. Seitdem hat man von Herrn Rath nur noch wenig gehört. Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß Herr Rath dem A. Schaffhauser Bankverein sehr hohe Summen schulde. Auf eine vor einiger Zeit an die Bank gerichtete Anfrage erklärte diese, daß sie gebet sei. Wie das Blatt weiter mitteilt, harzt in Wenzberg (bei Erfelden) eine schloßartige Besitzung des Einzuges ihres Erbauers Rath; sie wird vergeblich harrert. Der einstige Millionär ist durch seine Extrabagagen dazu verurteilt, in Ostegg in Wälschen ein bescheidenes Dasein zu führen.

Kapitalistische Sumpfpflanze. Wie werden darauf aufmerksam gemacht, daß die „Victoria“, die Ende 1907 rund 3 1/2 Millionen Markversicherungen abgeschlossen hatte, vor einigen Jahren auch die Quittungsgebühren von 10 Pf. pro Jahr eingeführt hat. Wenn die von der „Victoria“ Versicherten sich die Abgabe haben aufzwingen lassen, dann liegt natürlich für die von der „Friedrich-Wilhelm“ Bewohlfahrten dazu kein Anlaß vor, der Gesellschaft das Namtschgeßäft ebenfalls machen zu lassen. Gerade die Volksversicherung sollte der Gesetzgebung Anlaß geben, dem Privatkapital diese auf Kosten der Armen fliehende Profitquelle zu verschließen. Die gesamte Versicherung sollte eine nur gemeinnützige, von Erwerbszwecken losgelöste Funktion sein und das ausführende, leitende Organ der Staat oder die Kommune.

### Eine Handelskammer gegen die Regierungspolitik.

Der Jahresbericht der Handelskammer für den Regierungsbezirk Bromberg für 1907 enthält in seiner Einleitung unter anderem folgende, der Regierung und verschiedenen Provinzen wohl nicht gerade angenehme berührende, die Lage und den Gang von Handel und Gewerbe im Regierungsbezirk Bromberg charakterisierende Mitteilungen:

„... Angesichts der ungünstigen Lage der Holzindustrie müssen wir auch an dieser Stelle unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Staatsregierung ungeachtet unseres lebhaften, eingehend begründeten Einspruchs gerade diese Industrie, die sich auf gesunder Grundlage aus eigener Kraft und von kleinen Anfängen zu einer bedeutungsvollen Höhe entwickelt hat, neuerdings mit einer Abgabe belastet hat, die sie in ihrer Konkurrenzfähigkeit schwer beeinträchtigen muß. Es stehen der Holzindustrie Brombergs im Gegensatz zu ihrer westlichen Konkurrenz keine ausgedehnten Wasserläufe zur Verfügung. Sie ist daher auf den allgemeinen Schutthafen bei Brachemünde angewiesen. Die Hafengebühren sind am 1. Oktober 1907 für längeres Lager in einer die Interessen der Holzindustrie schwer schädigenden Weise erhöht worden. Gegenüber den Bestrebungen, die Industrie im Osten zu fördern, bedeutet diese Maßnahme gerade das Gegenteil. ... An dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Wasserstraßen wird viel zu langsam gearbeitet. Obwohl die sogenannte Kanalvorlage, die eine Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Weichsel und Oder vorsieht, vom 1. April 1905 datiert, ist bis heute noch kein Spatenstich geschieden. Wenn dies auch zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß seitens der Regierung inzwischen das Projekt des sogenannten „Umgehungskanals“ ausgearbeitet worden ist, so kann dieser Umstand doch nicht hinreichend Kamenlich kann die für die Förderung des Geschäftserfolges Brombergs so wichtige Umschlagsstelle (Uferbahn) nicht eher gebaut werden, ehe das Kanalprojekt erledigt ist. ... So werden Bestrebungen auf tarifliche Gleichstellung ähnlicher Industriezweige mit der konkurrierenden Industrie des Westens hinsichtlich des Bezuges ihrer Rohstoffe und dergleichen nicht gefördert, da ein allgemeines Verkehrsbedürfnis nicht vorliegt.“

„... Sehr wenig entgegenkommend zeigte sich auch die Regierung gegenüber den Bestrebungen, für die Zukunft von Handel und Gewerbe durch eine bessere Ausbildung der heranwachsenden Jugend Sorge zu tragen. Schon seit Jahren haben wir immer wieder die Notwendigkeit einer Handelschule in Bromberg hervorgehoben. Die der Förderung des Gewerbes dienende Kunst- und Gewerbeschule, für welche die Stadt Bromberg erhebliche Opfer bringen wollte, konnte bisher nicht zustande kommen, weil der Staat es bisher abgelehnt hat, die hierfür erforderlichen Opfer zu bringen.“

„Algen darüber, daß die Behörden, die immer viel Aufhebens von der „Ostmark“ machen, diese in verschiedenen Beziehungen vernachlässigt, führen auch die ostpreussischen Industriellen in ihrem letzten Jahresbericht. Daß die jüngst geschaffenen Gesetze gegen die Polen noch weiteres Unheil anrichten werden, befürchten auch, wie aus den Einzelberichten hervorgeht, verschiedene Unternehmer, die der Handelskammer angeschlossen sind.“

## Verfammlungen.

Eine Versammlung der Arbeiter der Stadt Berlin. Im großen Saale des Gewerkschaftshauses fand am Montagabend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Ein Veteran der internationalen Arbeiterbewegung, Genosse Grunlich aus Fürth, war von dem Verband

der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Ortsverwaltung Berlin) eingeladen worden, einen Vortrag zu halten. Das Thema lautete: Die Entwicklung der städtischen Arbeitsverhältnisse in Zürich. Bedner überbrachte zuerst die Grüße von Schweizer Genossen, und besprach dann unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung die Lage der städtischen Arbeiter in Zürich in den letzten 16 Jahren. Früher hatten die Arbeiter dort keine Organisation. Als 1893 eine neue Gemeindeordnung für die Stadt beraten wurde, da sahen auch die Arbeiter die Notwendigkeit ein, ihre Interessen bei der neuen Ordnung der Dinge zu wahren. Die Vertreter der Arbeiter verstanden, eine Reihe günstiger Bestimmungen durchzusetzen. So wurde ein Mindestlohn von 4 Frank bei 10stündiger Arbeitszeit für ungelernete und ein Mindestlohn von 4 1/2 Frank für gelernte Arbeiter festgesetzt. Am 1. Januar 1893 wurde die Gemeindeordnung eingeführt, und ein Vierteljahr später kam es zu einer festen Organisation der städtischen Arbeiter, welche energisch für eine stete Verbesserung der Verhältnisse sorgte. Damals verlangte man noch Arbeiterausschüsse, heute verlangt man, daß die Stadt mit der Organisation der Arbeiter direkt verhandelt. Das Verlangen ist darauf gerichtet, die städtischen Arbeiter mit den Beamten der Stadt gleichzustellen. Unsere Genossen haben mit Erfolg, wenn auch unter heftigem Widerstande der Behörden, dahin gewirkt, daß den Arbeitern viele Zugeständnisse gemacht wurden. Das ist freilich in Zürich, wo demokratisch regiert wird, wo das Volk eine Stimme hat, die gehört werden muß, leichter als in deutschen Städten. Sozialdemokraten sind in der Verwaltung und auch an den Gerichten tätig. Es besteht keine offizielle politische Meinung, die von den Angestellten in Staat und Gemeinde verlangt wird. Die 1 1/2 Jahre wurde die Gemeindeordnung revidiert, die Arbeiter waren stärker vertreten, ihre Organisation machte sich geltend und die Folge war, daß neue Fortschritte erzielt wurden. Der Reu-ni- und entag wurde eingeführt, der Mindestlohn für ungelernete Arbeiter auf 5 Frank festgesetzt. Ein Hauptbestreben ging dahin, für die unterste, für die am schlechtesten gestellte Klasse am besten zu sorgen. Genosse Br. Ulrich erwähnte auch, daß der 1. Mai überall freigegeben wird, wo es der Dienst erlaubt. Der 1. Mai ist als Feiertag anerkannt. Was aber bisher erlangt ist, soll nur ein Uebergangsstadium zu besseren Verhältnissen sein. Die Gemeinde sollte, als Arbeitgeberin, als Vorbild und Muster gelten, und dazu müssen die Arbeiter das Ihrige tun, indem sie die Solidarität allgemein werden lassen und beharrlich ihre Rechte geltend machen. (E. Arter Beifall.)

Nach einer kurzen Diskussion und einem feurigen Appell wurde beschlossen, die Unorganisierten, sich dem Verbands anzuschließen, ging die Versammlung zum zweiten Punkt der Tagesordnung über, nämlich: Die Antwort des Berliner Magistrats auf unsere diesjährigen Anträge zum 1. Mai. In jeder dieser vier Antworten, die kurz und bündig lautete: Auf das uns im Auftrage einer Versammlung städtischer Handwerker und Arbeiter überreichte Schreiben vom 11. April dieses Jahres teilen wir Ihnen mit, daß die uns im Vorjahre überreichten Anträge auf Erhöhung des Arbeitslohnes usw. durch die Befristung des städtischen Etats pro 1908 ihre Erledigung gerätlich haben. Wir sind nicht in der Lage, zurzeit in eine erneute Prüfung der Anträge einzutreten. (Beifall.)

Zusammengefaßt diese Antwort scharf und unterbreitete den Versammelten folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: Die im Gewerkschaftshause tagende, überaus zahlreich besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter Berlins nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der ablehnenden Antwort des Magistrats auf die erneute Einreichung der Lohnforderungen im April d. J. Die Versammelten sind über diese Abweisung um so mehr empört, als die Gründe, welche für diese sehr bescheidenen Forderungen maßgebend waren, von Magistrat und Stadtdirektoraten- versammlung dadurch — mit Recht — anerkannt wurden, daß die städtischen Beamten in Rücksicht auf die immer schwieriger werdenden Existenzbedingungen Gehaltsaufbesserungen zugewilligt erhielten. Unter der gleichen wirtschaftlichen Notlage leiden in noch erheblicherem Maße die schlecht entlohnten städtischen Arbeiter mit ihren Familien, und erheben die Versammelten daher energisch Protest gegen die durch nicht zu rechtfertigende abweichende Behandlung bezw. Nichtbeachtung der Arbeiterwünsche.

Die Versammelten erheben ferner Einspruch gegen die Art, wie die Stadtverordnetenversammlung die oben erwähnte Eingabe der Arbeiter abgelehnt hat; denn weder eine Nachprüfung der Anträge, noch eine Antwort ist erfolgt. Sie erblicken darin eine Nichtachtung, gegen die sie sich entschieden wehren. In der Erwägung, daß die Lebenslage der städtischen Arbeiter durch die andauernde Teuerung der Existenzmittel eine unverschiebbar unhaltbare ist und eine Lohnaufbesserung unumgänglich nötig macht, halten die Versammelten an den aufgestellten Forderungen unbedingt fest und beauftragen die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeindearbeiter, unverzüglich mit den Arbeitervertretern im Roten Hause — der sozialdemokratischen Fraktion — in Verbindung zu treten, um mit deren Unterstützung die baldmöglichste Durchführung der beantragten Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen zu erreichen.

Aus der eingangs gekennzeichneten Art der Behandlung ihrer Forderungen aber erkennen die Versammelten, daß zur Erreichung günstiger Existenzbedingungen es der energischen Anwendung der Selbsthilfe, der in der gewerkschaftlichen Organisation liegenden Macht bedarf. Sie appellieren daher eindringlich an das Solidaritätsgefühl aller in den städtischen Betrieben Berlins beschäftigten Arbeiter und ermahnen von ihnen, daß sie ohne Ausnahme dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter beitreten und in diesem gemeinsam den Kampf um die Hebung ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage führen werden.

**Erklärung.**

Nach dem Bericht über die Versammlung der Krankenkassenangestellten in der Nr. 148 des „Vorwärts“ ist gegen die Arbeit-

nehmervertreter der Ortskrankenkasse des Maurergewerbes der Vorwurf erhoben, sie handelten gegen die gewerkschaftlichen Grund-sätze, weil sie dem in Düsseldorf zwischen Krankenkassen und Kassen-beamten getroffenen Abkommen nicht ihre unbedingte Zustimmung erteilt haben.

Die Unterzeichneten erklären, daß sie für Abschließung von Tarifverträgen sind, die Anerkennung von Tarifverträgen unter allen Umständen und in jeder Form als gewerkschaftlichen Grund-satz aber nicht anerkennen können. Da einzelne Bestimmungen des in Frage kommenden Vertrages der genannten Kasse bei ihrem fluktuierenden Mitgliederbestande außerordentliche Lasten auferlegen und die Durchführung ihrer sonstigen Verpflichtungen in Frage stellen, so hat die Kassenvertretung (Vorstand und Generalversammlung) diese Anstellungs- und Abkündigungsbedingungen fast einstimmig abgelehnt, weil hier einseitig den Kassenmitgliedern Ver-pflichtungen auferlegt werden, welche bei den diesseitigen Mitglieds-verhältnissen schwer schädigend wirken.

Andererseits ist die Kassenvertretung bei Normierung der Gehälter beim Anfangsgehalt über die Höhe des Tarifs hinaus-gegangen. Sie hat kürzere Fristen für die Erreichung der Höchst-gehälter eingeführt, sie gewährt den Angestellten Urlaub von ein bis zwei Wochen; es ist ein Angestellten-Ausschuss und zur Erledi-gung von Streitigkeiten ein Schiedsgericht vorgelesen. Da die Schieds- und Einzelvorgänge bei den gepflogenen Unterhand-lungen zu weit führen würde, so sei nur noch erwähnt, daß der jetzt zwischen der Kasse und den Angestellten bestehende Vertrag in gemeinsamer Beratung zwischen Vorstand und sämtlichen Ange-stellten (auch des Vertrauensmannes Rudolph) festgesetzt und von beiden Seiten ohne Widerspruch anerkannt ist.

Unrichtig wiedergegeben ist auch der Vorgang, welcher dem Kollegen Simonowski zur Last gelegt wird. Die Verhandlungen über den vom Vorstand vorgelegten Vertrag waren im November vorigen Jahres zum Stillstand gekommen, weil die Angestellten erklärten, sie benötigten erst der Beratungen unter sich, würden aber dem Vorstande umgehend ihre eventuellen Abänderungsvorschläge unterbreiten. Da bis Ende Januar 1908 die von der General-versammlung auf Grund der abzuschließenden Verträge zu ge-währenden zweijährigen Gehaltszulagen fällig wurden, eine Neufer-tigung der Angestellten zum Verträge aber immer noch nicht vorlag, so ist den beiden Vertrauensmännern der Angestellten vom Vor-sitzenden und Schriftführer des Vorstandes im Beisein des Kassen-rendanten mitgeteilt worden, daß der Vorstand nun umgehend eine Neufer-tigung der Angestellten zum Verträge erwarte, da er sonst dem Beschluß der Generalversammlung nicht nachkommen könne. Diese Neufer-tigung ist auch in wenigen Tagen durch Vorlegung der Ab-änderungsvorschläge erfolgt und daraufhin die Sache glatt erledigt. Die Behauptung in der Versammlung, es sei die Unterzeichnung des Vertrages von den Angestellten vor Auszahlung der Zulagen gefordert worden, ist ebenfalls unrichtig.

Ferner wird noch dem Kassenvorstande der Vorwurf gemacht, er habe zwei der Angestellten unterdrückterweise entlassen; es bedeute dies bei dem Vertrauensmann Rudolph eine Maßregelung. Der Kassenvorstand weist diese Verdächtigung ganz entschieden zurück. Die Kasse hat seit dem vorigen Jahr von ihrem mehr denn 19 000 Personen betragenden Mitgliederbestande über 8000 ein-gestellt, so daß selbst jetzt im Späthommer nur noch zirka 13 000 vorhanden sind. Da die Zahl der Angestellten 19 betrug, so war es selbst bei wohlwollendster Berücksichtigung der Interessen der Ange-stellten notwendig, einige zu entlassen. Der Vorstand hatte die Frage schon im Winter erwogen, hoffte aber immer noch auf Besse-rung. Den jüngeren Beamten ist dies auch bereits längere Zeit vor der Abkündigungsfrist mitgeteilt worden, damit sie evtl. Gelegenheit zur Erlangung anderer Stellen benutzen konnten. Auch kann nachgewiesen werden, daß der Vorsitzende der Kasse sich selbst bemüht hat, um die zu Entlassenden in anderen Kassen unterzubringen.

Der eine der Entlassenen war der Jungstangehülfe, nicht, wie im Bericht steht, daß er noch drei hinter sich hatte. Rudolph war allerdings, der Reihe nach, nicht der nächstfolgende. Seine Entlassung ist erfolgt aus verwaltungstechnischen Gründen, auf Beschluß des Gesamtvorstandes, hat aber mit seiner Stellung als Vertrauensmann nicht das geringste gemein.

Wir werden die Angelegenheit auch in der am 9. Juli d. J. stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung der Kasse zur Sprache bringen, um den Delegierten Gelegenheit zur Aus-sprache zu geben und ihr Urteil zu hören. Auch kann es uns nur erwünscht sein, wenn wir in die Lage versetzt werden, unseren gewerkschaftlichen Organisationen Rechenschaft über unsere Maß-nahmen zu geben.

Der Gesamtvorstand der Ortskrankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.  
J. A. A. Döhne, Vorsitzender. E. Simonowski, Schriftführer.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Dienstbotenloß.**

Vor der Strafkammer in Breslau hatte sich der Dienstherr Franz Hopsiedynski zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 15. Februar seinem 15jährigen Dienstmädchen gekündigt, verweigerte ihm aber sein Dienstbuch. Schließlich wendete sich das Mädchen an einen Schutzmann, der ihm den Rat gab, sich an das Kommissariat zu wenden. Dabon machte das Mädchen ihrem Dienstherrn Mit-teilung, worauf dieser in Wut geriet und es ansah: „Wer heißt Dich denn zum Schutzmann laufen, verfluchte katholische Sch... verfluchtes katholisches Sch...“ Dabei sah er das Kind und schleuderte es an den Wasserhahn, so daß es eine blutende Kopf-wunde davontrug. Hierauf verließ er die Tür und sperrte das Mädchen ein. Vom Vorsitzenden befragt, wie er dazu komme, erwiderte der Angeklagte: „So etwas kommt in Breslau oft vor!“ Das Gericht verurteilte den famosen Herrn zu — 30 Mark Geldstrafe und wegen Freiheitsberaubung zu einem Tag Gefängnis. Dienstbotenloß!

**Frauenarbeit in Frankreich.**

Nach einer zwecks Materialsammlung für einen Gelehrten veranstalteten Erhebung, gibt es in Frankreich 6 804 810 arbeitende Frauen, d. h. 33 v. H. der gesamten weiblichen Bevölkerung d. Landes. Frankreich ist demnach die dritte unter den Nationen, die die größte Anzahl arbeitender Frauen haben. Die erste ist Desterreich mit 47 v. H. der gesamten weiblichen Bevölkerung, die zweite Italien mit 40 v. H. Es muß aber ausdrücklich bemerkt werden, daß die obige Gesamtsumme der Frauen, die durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen, nicht einschließt: die gelehrten Berufe, die Staatsbeamtinnen (Telephonistinnen, Telegraphistinnen usw.) und die Dienstmädchen. Die meisten Frauen beschäftigt in Frankreich die Textilindustrie: 850 000 Arbeiterinnen und 431 249 Bureauamen, Verkäuferinnen usw. Es folgen die Industrie mit 200 000 Frauen, die Lederindustrie mit 50 000 die Korbweberindustrie mit 20 000 usw.; in der Nahrungsmittelbranche und in der Holzindustrie sind zusammen 125 000 Frauen beschäftigt. Die Arbeiterinnen verdienen in der Textilindustrie 3—5 Frank pro Tag, die Korbweberinnen 2—6 Frank, die Näherinnen 2—5 Frank; andere weibliche Arbeitskräfte verdienen gewöhnlich 4 Frank pro Tag. Im ganzen beziehen die französischen Frauen nach der Statistik an Löhnen und Gehältern jedes Jahr 3 Milliarden und 120 Millionen Frank.

**Versammlungen — Veranstaltungen.**

Berlin-Moabit. Donnerstag, 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder des Frauenwahlvereins in den Arminius-Gallen, Bremer Straße 70/71. Vortrag. Beitragszahlung.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markt- und Viehverwaltung. (Großhandel.) Schafschaf 1a 66—71 dr. 100 Pfd., 1a 64—67, 1a 54—57, Vossenschaf 1a 63—69, 1a 52—57, Rinde, fett 49—59, do. mager 39—49, Ferkel 60—58, Vossenschaf 40—54, Rindfleisch, Doppelender 105—109, Rindfleisch 1a 75—85, Rindfleisch ger. 55—69, do. hoch 52—57, Hammelfleisch, Rindfleisch 77—80, Hammel 1a 71—74, 1a 63—69, ungar. 0,00, Schaf 56—61, Schweinefleisch 57—63, Rebhuhn 1a per Pfd. 0,60—0,75, 1a 0,47 bis 0,58, Rotwild m. Wildsch. per Pfd. 0,50—0,57, Damwild 0,00, Wildschwein, per Pfd. 0,40, Ferkel pro Pfd. 0,00, Gans 1a per Stück 1,50 bis 2,00, dito 1a Stück 1,00—1,40, dito junge, Stück 0,50—1,10, Gansburger Hühner, Stück 0,80, Poulet 0,70—1,10, Kapaunen, braun, per Stück 0,00, Lauben, junge, per Stück 0,40—0,50, dito alte 0,00, dito italien. 0,00, Enten, per Pfd. 0,00, dito per Stück 1,50—2,40, dito Hamburger, per Stück 2,25—3,00, Gänse per Pfd. junge 0,50—0,80, dito per Stück 2,00—3,50, dito, Hamburger, junge, per Pfd. 0,00, Döbste per 100 Pfd. 90—110, do. matt 76—96, do. groß 0,00, do. groß-mittel 88, do. klein 0,00, Rander 0,00, Schale, Mate, groß-mittel 100—118, do. mittel 111, do. groß 100—110, do. klein-mittel 90—99, do. unsort. 96—104, klein 66—74, Karpen, 40er 96—108, Röhmer 0,00, Karpen 61—70, do. klein 50, Preis 41, Bunte Fische 60—74, do. matt 0,00, Barbe 0,00, do. klein 0,00, Aelch, matt 56, Winter-Rheinlaich, pr. 100 Pfd. 0,00, Amerikaner Laich 1a, pr. 100 Pfd. 0,00, do. 1a 0,00, Seelachs, pr. 100 Pfd. 0,00, 10—15, Hummern, Meier, Stiege 1a 2—6, do. halbe Rille 0,00, do. Gomb. Stiege 3—5, halbe Rille 2—3, pomme. Schod 1,00—8,00, Bäcklinge, dünn, pr. Maß 3—4,50, Meier 0,00, Bornholmer 0,00, Straußener 4,00—5,50, Spotteln, Danziger, Rille 0,00, do. Rügenwalder, 0,00, Kalle, groß per Pfd. 1,10—1,50, do. mittelgroß 0,90—1,10, klein 0,60—0,90, Heringe per Stück 5,00—9,00, Schellfische, Rille 4,00—5,00, dito 1/2, Rille 2,00—2,50, Sardellen, 1902 er per Kiste 0,00, 1904 er 102, 1905 er 102, 1906 er 100, Schattliche Korbheringe 1905 0,00, large 40—44, fall. 35—40, med. 35—42, deutsche 30—40, Heringe, neue Rilles, per 1/2, 1a, 0,00, Sardinien, russ., Maß 1,00—1,50, Bratheringe Maß 1,20—1,40, do. Bähse (4 Eier) 1,40—1,70, Neumann, Schod 8, do. kleine 4—5, do. Riesen-10, Krebse per Schod große 25,50, do. mittelgroß 12—14, do. klein-mittel 6—9,50, do. kleine 4,50, do. unsortiert 6,50—11,50, Gaisler, groß 15—16,50, do. mittel 9,50, Seemuscheln, 100 Stück 1,00, Eier, Land, unsortiert per Schod 3,30—3,50, do. große 3,75—4,00, Butter, per 100 Pfd. 1a 114—117, 1a 110—114, 111a 104—110, ablaufende 100—104, Sauer Gurken, per Schod 4,50—5, Westergurken Schod 4,50—5, Kartoffeln, per 100 Pfd. Magdeburger, blaue 6—8, do. Daberse 3,25—3,80, do. weiße runde 2,75—3,25, do. mag. bon. 3,25—3,57, do. Herbst 6,25—8,50, Borree, per Schod 0,75—1,25, Meerrettich, per Schod 8—12, Spinat per 100 Pfd. 12—20, Sellerie, grün, per Schod 0,80—1,25, Zwiebeln, per 100 Pfd. 0,00, Petersilie, grün, per Schod 1,00—2,00, Petersilienwurzel, per Schod 6—7, Schnittlauch, Schod 0,50—0,80, Kerne, dänischer, junger, per 100 Stück 6—8, Rohrdorn, Schod 1,60—2,75, do. holländ., per 100 Pfd. 5—10, Radieschen, per Schod 1,50, Tomaten, Maß per 100 Pfd. 18—20, Rhabarber 100 Pfd. 1,50—3,00, Rahmungen 0,00, Rübchen 0,00, Waldmeister, Rind 0,25—0,50, Worcheln 0,00, Spinat, Schod 1—2, do. Gubener 0,00, Kohlrabi, Schod 0,70—1,10, Spargel, 1 per Schod 30—45, do. II 15—25, do. III 8—12, do. unsortiert 0,00, Karotten, Schod 3—8, Schoten, 1 Pfd. 0,00—0,15, Bohnen, Schod 6—8, Weizhohn, per Schod 5—10, Champignons, per Pfd. 0,50—1,00, Steinpilze 0,30—0,40, Pfefferlinge, per Pfd. 0,25—0,30, Blumenkohl, Pflanz, pr. 100 Stück 10—14, do. Hamburger 12—14, Bohnen, grüne, pr. 100 Pfd. 40, do. Voss 3—4, do. ung. 15—20, do. Maß 15—25, Kerbel in Stücken per 100 Pfd., Koch 0,00, Kroler 0,00, Australer, 8—15, Italiener, lose, 100 Pfd. 0,00, do. in Stücken per 100 Pfd. 0,00, do. in Stücken 0,00, Rischen, Maß, 100 Pfd. 20—25, do. schwarze, 100 Pfd. 0,00, do. Gubener 15—20, do. Berdorsche 15—20, do. Schellfische 4—15, do. Ratten, ung. 25—40, do. Maß 30—35, do. Thüringer 9—18, do. Glas 10—18, Erdbeeren, französisch, per 100 Pfd. 0,00, holländische 20—27, Pfeffer per 100 Pfd. 12—25, Pfeffer 15—25, Wald-, Pfeffer 25—50.

**Blumen- und Franzbinderrei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.**  
**Dr. Schönemann**  
Spezial-Arzt für 35292 Haut- und Halsleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schlegelstr. 10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr

Allen Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß unser geliebter Vater **Hermann Hintze** nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet heute nachmittags 1/2 Uhr vom Wipborfer Friedhof, Marienbäcker Weg, anstatt. Die trauernden Hinterbliebenen.

**Verkauf der aus der Jacques Cohn'schen Konkursmasse Müllerstr. 182/183 erworbenen und anderen Waren. Müllerstr. 182/183**

5000 Mtr. Stickereien 8—20 cm breit 0,95 1,35 1,75 2,25, 2,95 3,40  
4 1/2 Motor  
2000 Mtr. Valenciennespitzen 6—12 cm breit 3/4 Motor 0,48 0,65 0,95  
Goldgummigürtel . . . . . 0,95 1,25  
Goldgürtel mit bunter Stickerei . . . . . 0,48  
Weiße gemusterte Waschgürtel . . . . . 0,48  
Filetstoffe für Blusen . . . . . Motor 0,65 0,75 0,95  
Tüllspachtelstoffe für Blusen . . . . . Motor 0,75 0,95 1,25

Spachtelstoffe für Blusen . . . . . Motor 1,25 1,75 1,95  
Weiße Wasch- u. Batist-Blusen . . . . . 0,95 1,25 1,65 2,25  
Helle u. dunkle Kinderwaschkleider 45—60 cm lang 0,95 1,45  
Knaben-Waschblusen . . . . . 0,75 0,95 1,25  
Knaben-Wasch-Anzüge . . . . . 1,35 1,75 1,95  
Lüstre-Jacketts . . . . . 3,50  
Jacquard-Reisedecken 3,75 Frottiertücher . . . 0,68 0,75

**Auf alle Artikel 5 Proz. Rabatt oder Nordenmarken.**

# Zu den Ferien!

## Für Knaben

Wasch-Anzüge von 1.20 M. an

Wasch-Blusen von 50 Pf. an

Wasch-Hosen von 70 Pf. an

Stoff-Anzüge von 2.50 M. an

Loden-Capes von 4.50 M. an

Kiel-Paletots von 4.25 M. an

Tiroler Anzüge von 6.50 M. an



## Für Jünglinge

Wasch-Anzüge von 2 M. an

Wasch-Joppen von 75 Pf. an

Lüster-Jackets von 2 M. an

Loden Anzüge von 9 M. an

Loden-Pe'erinen von 6 M. an

Rucksäcke von 1.25 M. an

Westen-Gürtel von 95 Pf. an

# Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes  
Chausseestrasse 29-30 □ 11 Brückenstrasse 11  
Gr. Frankfurterstr. 20

Der HAUPT-KATALOG No. 34 kostenlos und portofrei

# Auf sämtliche Waren heute und folgende Tage

# 10 Prozent

oder

# doppelte Marken

# Kaufhaus

# Wilhelm Joseph

Berlin W., Schöneberg,  
Gr. Görseherstr. 1. Hauptstraße 163.

## Verkäufe.

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 60. 2903R\*

Federbetten, Stand 11.00, große 16.00, Schlafdecken 1.15, Pfandleihhaus, Köpferstr. 7. 9105\*

Teppiche (Leibschaffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odeischer Markt 4, Bahnhof Ober. 954/11\*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf veralteter Wänder, Herrenschränke, Gardinen, Aussteuerkäse, Schmuckstücken, Betten, Teppiche, Uhren. \*

Nähmaschinen. Teilzahlung. Vergütet bis 20.00, wer kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden.

Steppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 29005\*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Damen von 1.50, Gebrochene von 12.00, Pracht von 2.50, sowie für torulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verlassene Sachen kauft man am billigsten bei Rag. Rulandstr. 14.

Adressbücher prachtvolle Metallbetten, Kinderbetten, hochparisier Kinderwagen sofort spottbillig Rappold, Ritterstr. 90. 8875\*

Tischdecken (reich gestickt), in Viktorien 1.85-3 Mark, in Velour 4.85-5.65, Saison-Extrapreise. Teppichhaus Emil Lesfère, Oranienstr. 158. 9195\*

Läden Baumaterialien, gebraucht und neue, wie: Kautschuk, Bretter, Balken, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl, billigt, Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 25205\*

5.00 prachtvolle Betten, 9.00 Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstr. 38. 9335\*

Laubheit, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, spottbillig 18.00, große Laten 1.00, Pfandleihe Andreasstr. 38. 9345\*

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Besorgung, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hinzengr. nur Rollenkaufstr. 10. 268/12\*

Gumboldleihan, Brunnenstr. 58, Schaas Etalunderstr. Spottbilliger Verkauf, Pfandleihen, Aussteuerkäse, Steppdecken, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, staunend billige Herrenanzüge, goldene Damenschürzen, Herrenhosen, Möbelstücke. Sonntags geöffnet. 9145\*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27.00, Pfandleihe Andreasstr. 38. Fahrgeld wird vergütet. \*

Vittauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00, gebrauchte, spottbillig, Wienerstr. 1-6, Warkauerstr. 67. 80175

Gasföcherband !!! Zweifachgasföcher! 3.00, Geschlossene Spargasföcher! 5.00, Einlochgasföcher! 0.80, Gasföcherapparate! spottbillig! Gaszuglampen! 9.00, Gasdrehregler! 1 1/2, Bohler, Ballnertheaterstr. 32.

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Gebraucht! Pfandleihen! Herrenhosen! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Pfandleihen! Steppdecken! Bettdecken! Nähmaschinen! Weißblechstele! allerbilligste Einkaufsquelle! Sonntags ebenfalls geöffnet. +188\*

Gardinen, Steppdecken, Liebergardinen, Standbetten, Pfandleihen billig. Hoffmann, Raunhoferstr. 52.

Kinderwagen, gut erhalten, Gummiräder, zu verkaufen. Große Frankfurterstr. 122, Hof I. Burda.

Billig!!! Glasföcher, 8 Regale, 2 Fenstervorhänge, Robert Schmidt, Rixdorf, Boddinstraße 9. +105\*

## Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft, NW, billig verlässlich, Gut! Käfers Salzmedelersche, Vorwärts-Expedition.

Restaurations, Parteilgeschäft, im Vorort, anderer Unternehmungen halber zu verkaufen. Offerten D. 1. Expeditions Lindenstraße 69. +108\*

Restaurations verlässlich, Rixdorfstr. 59b. +94\*

Parteilgeschäft, aufgehend, große Zukunft, billige Werte, wegen Todesfall sofort verlässlich. Zu erfragen: Reiseurgeschäft, Schöneberg, Ebersstraße 29. +43

Gemutiges Restaurant, Berlin, umständehalber, Noentaxpreis. Erfragen: Wiedemannstr. 10. 3965

Wittgensteins, gute Gegenstände, sämtliche Gegenstände, verkauft! Sprengelstr. 42. +84

Zigarrengeschäft, Stube, Erlangen für einzelne Leute, verkauft! Rixdorfstr. 33. +140/12

Billig!!! Ein besseres Teilungsgeschäft ist wegen Krankheit der Frau sofort zu verkaufen. Robert Schmidt, Rixdorf, Boddinstraße 9. +108\*

## Möbel.

Teilzahlung, Möbelausstattung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verleihen gewollte Möbel spottbillig. „Berolina“, Kottbusstr. 49. 29126\*

Vaneelblüschsofa, funktionsfähig, antischandisch, Stickermuster 40.00, Chaiselongue, Rulandstr. 30.00, Kleiderständer, Berlin 20.00, Regulatoruhren, Silber, Auszugstische 15.00, Sofa 10.00, Schreibtische, Teppiche, Probierverkauf, auch Sonntag, Schlegelstr. 31, Vorderhaus I.

Wegen Räumung sollen sämtliche Möbel billig verkauft werden. Kleiderständer 24 Mark, Rulandstr. 30, Tisch 9, Rulandstr. 30, Kleiderständer, Kommode 15, Rulandstr. 30, Marmorplatte 24, Spiegel 12, Sofa 19, Schreibtisch, Garderobenschrank 32, Säulentrucan 36, Bettstelle mit Matratze 18, Tisch 45, Kleiderständer 20, Rulandstr. 30, Kleiderständer mit Federmatratzen 38, Rulandstr. 30, Kleiderständer, Lederhülle 9, auch Teilzahlung, Transport in Berlin und Vorort frei. Neue Rulandstr. 29, nahe Alexanderplatz.

## Fahrräder.

Fahrräder, Teilzahlung, Invalidenstr. 20, Talferstr. 40, 3205\*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5.-, 10.-, 15.-, 20.-, 25.-, Sämtliche Marken und Systeme, Brennabor, Dürkopp, Adler, Opel, Wanderer, Adler, Henschel, Büchtemann, Gelegenheits für Händler, Pfandleihen, Rulandstr. 29, Rixdorf, Boddinstraße 14.

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Fahrräder, modern, spottbillig, Heine, Brüderstraße 16b. 9255\*

Notenbank, Wechsel, Gültigkeit, 91a. 2555R\*

Kunstoperette von Frau Koloski, Schlegelstr. 31, III.

Verstärkte Mutterprache beiderseits! Erfolgreich, leicht, täglicher Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Günstige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Handelsakademie Moabit, Gewerkschafts-Ausbildung, Madrodt, Turmstr. 85, Arminiusplatz. 3455

Gesellschaftshaus Trebbin (Stroszelton), Empfehle meine modernen großen Säle, herrlichen Garten, Regelpark, Spielplatz, Ausspannung (80 Pferde), Partien und Vereine bitte vorher anzumelden. Emil Schulze.

Pfandleihe Marktstr. 27. \*

## Vermietungen.

Laden zur Schuhmacherei mit zweifelhaftem Zimmer, Küche, 450 Mark, zum 1. Oktober. Seit 4 Jahren gangbare Schuhmacherei darin. Großhändler W., Dahlemerstr. 10.

## Wohnungen.

Prächtige Ein- und Zweizimmerwohnungen sofort Goldbierstr. 32/34.

Umzugsvermittlung: Billige Wohnungen Rixdorf, Beigand-Über 10. \*

Goldbierstr. 9, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stender.

Goldbierstr. 8, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stender.

Grünhalderstr. 42, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stender.

Kleine Wohnungen, Stube, Küche, sofort und später zu vermieten. Großhändler W., Dahlemerstr. 10. \*

Billige Kleinwohnungen Wälschstr. 37 (Warkauerbrücke). +125\*

## Zimmer.

Balkonzimmer, möbliert, einen oder zwei Herren. Mathäus, Rixdorf, Hohenschlagstr. 80. +108

Möbliertes Zimmer, Wiedemann, Rulandstr. 16, vorn III, rechter Aufgang. 30195

Möbliertes Zimmer für Genossen bei Bundes, Weichselstr. 13. +108

Möbliertes Zimmer, einen auch zwei Herren, auch Schlafstelle, sofort Rulandstr. 28, Rixdorf, Oranienplatz. 30205

Für Meister Rixdorf Hotel, Klosterstr. 97, 3 Minuten Bahnhof Alexanderplatz, Zimmer von 1.50 Mark an. 29245\*

## Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn, Rulandstr. 101 III. Rang. +79

Möblierte Schlafstelle, repariert Eingang, Frau Ruland, Oranienstr. 180 II. +22

Schlafstelle, Rangstr. 25, vorn II. 140/13

Möblierte Schlafstelle für Herren, Springer, Strahburgerstr. 59, Ecke Lothringersstr. 20145

Möblierte Schlafstelle, repariert, Alexandrinenstr. 31, vorn I rechts. +22

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Barchfeldstr. 65, I rechts. +22

Separate Schlafstelle, Eisenbahnstr. 31, vorn IV, Dreuer. +22

Kleiner Herr findet (auch) Nelm. Anna Dreier, Rixdorfstr. 13, vorn. +59

Schlafstelle, allein, 8.00, Barchfeldstr. 67, Schubgesch. +128

Möblierte Schlafstelle vermietet Witwe, Raunhoferstr. 80, vorn I links. 14685

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

Blinder Buchbinder mittel um Arbeit, Stühle werden abgeholt und zurückgeschickt. H. Gilder, Rulandstr. 27. 14685

### Stellenangebote.

Kolonnenführer auf Larmeng-Gitter und Ären verlangt, Schillerstr. 97, Charlottenburg, Schillerstr. 97. +126\*

Tüchtiger Schlosser als Fahrer und Reparatur sofort gesucht. Oranienstr. 16/17. 212/4

Hausdiener im Restaurant, welcher mit Frau Weidlich weiß, verlangt Rixdorf, Rixdorfstr. 12. +108

Radschlepper, 17-18 Jahre alt, mit eigenem Zweirad, finden dauernde Stellung. Schillerstr. 23/24. Arbeitszeit: 4-11 1/2 Uhr vormittags, 4-7 nachmittags. 140/11

Mädchen für alles, 3 Zimmer, 3 Kinder, sucht Witt, Charlottenburg, Ballstr. 32. +126

Handnagel-Nähmaschinen verlangt Rixdorf, Rixdorfstr. 12. +108

Möbliertes Zimmer, einen auch zwei Herren, auch Schlafstelle, sofort Rulandstr. 28, Rixdorf, Oranienplatz. 30205

## Wickelmeister,

der für Dynamo und Elektromotor verschiedener Systeme genügend sachkundig ist, eventuell Arbeiter oder Hilfsarbeiter, der zum Wickelmeister avanciert, bei hohem Gehalt für Bremen zu engagieren gesucht. Kurze Angaben der Adresse mit bisheriger Tätigkeit und Gehaltsansprüchen unter G. 1 Expedition des „Vorwärts“.

## Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum: Fritz Rufe, Kaiserstr. 89. H. Gabelsch, Auguststr. 50.

Westen: G. Schmidt, Rixdorfstr. 14.

Osten: W. Mann, Peterburgerplatz 4. R. Wengel, Rixdorfstr. 3. Gustav Vogel, Rixdorfstr. 83.

Nordosten: E. Jucht, Inmannellstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden: G. Rasche, Rixdorfstr. 36. F. Trapp, Stettinestr. 10. Karl Wase, Lichtenstr. 123. Karl Weide, Rixdorfstr. 49. E. Dechand, Rixdorfstr. 24. G. Vogel, Rixdorfstr. 37. H. Tich, Invalidenstr. 124.

Nordwesten: Karl Anders, Rixdorfstr. 8. W. Scholle, Gogolowstr. 29.

Südwesten: G. Werner, Gogolowstr. 72. G. Schröder, Gogolowstr. 37.

Süden: St. Fris, Rixdorfstr. 31. F. Gutschmidt, Rixdorfstr. 8.

Südosten: Paul Wöhr, Rixdorfstr. 14/15. P. Horich, Engelstr. 15.

Charlottenburg: G. Scharsberg, Eisenbahnstr. 1.

Friedrichshagen: C. Zeitel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf: W. Sehnitz, Rixdorfstr. 7. Courad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg: H. Rojentrans, Rixdorfstr. 55.

Schöneberg: W. Wäcker, Rixdorfstr. 51.

Weißensee: A. Fuhrmann, Sehnitzstr. 105. Jul. Schiller, Rixdorfstr. 33a.

Reinickendorf: P. Gurisch, Rixdorfstr. 45.

Treptow: 245/2. R. Gramenz, Rixdorfstr. 412.



Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal von Voelke, Alt-Stralau 5, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und des Kassierers, Landtagswahl, Ersatzwahl und Neuwahl zum Vorstand, Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Die Ausbeutung der Stellunglosen

wird von gewissen Leuten systematisch betrieben. Der Inseratenteil gewisser Zeitungen gibt zunächst gewissen Geschäftsleuten Gelegenheit, Leute anzulocken, um sie dann gehörig zu nassführen und ihnen ihre letzten Groschen abzuschmeißen. Seit einiger Zeit findet man beispielsweise in dem vom Annoncenkönig Scherl täglich gratis auf den Straßen verteilten „Arbeitsmarkt“ des „Lokal-Anzeiger“ Inserate, die ihrer Form nach als offene Stellen für Beschäftigungslose aufzufassen sind. Zum Beispiel:

Hausdiener verlangt Apotheker nach auswärts. Offerten unter Nr. 25 Postamt 20.

Statt der erhofften Arbeit erhält der auf diese Annonce Hineingefallene eine Karte als Drucksache zugesandt mit folgendem reklamehaften Inhalt:

Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Bank-Konto: Deutsche Bank.

Berlin S. 14, Datum des Poststempels Alte Jakobstraße 79 I. 3 Minuten vom Spittelmarkt, direkte Verbindungen nach allen Gegenden der Stadt.

Wir bitten um Ihren werten Besuch behufs näherer Rücksprache der in Auftrag habenden offenen und evtl. für Sie passenden Stellen in der Zeit vormittags 9 bis abends 7 Uhr. Auswärtige bitte um schriftliche Anfrage.

Hochachtungsvoll Central-Organ „Erfahrung“

Alte Jakobstraße 79, Hof 1 Treppe rechts. Geöffnet: Vorm. 9 Uhr bis abends 7 Uhr.

Der nach Arbeit Verlangende glaubt doch nun sicherlich, durch diese „nähere Rücksprache“ endlich eine Brotstelle zugewiesen zu erhalten, aber die Herren von der „Erfahrung“ haben's nicht so eilig. Zunächst muten sie dem Betreffenden zu, eine Abbonnementsgebühr von vierteljährlich sechs Mark zu entrichten, ehe sie mit ihren Balancen heraustrücken. Das scheint uns denn doch der Gipfel der Unberücksichtigung zu sein, aus der Notlage Arbeitssuchender in so unverschämter Manier Kapital zu schlagen. Aber wie sieht es nun mit den Balancen selbst aus? Da kommt und die Sache höchst verdächtig vor. Respektanten, die sich beispielsweise als Kassenbote bei den Firmen Eugen Schneider, Warschauer Straße 45, oder F. Keimel, Brangelstraße 7, vorstellen, durch Vermittlung des Zentralorgans „Erfahrung“, wurde ertuldet, daß man eines solchen gar nicht bedürfe; ähnlich bei der Firma Charlottenburger Finanz- und Handelsauskunft, Wilmersdorferstr. 20, die angeblich einen Kassierer brauchte, bei der Vorstellung der Respektanten dies aber verneinte, sie hätte ganz was anderes verlangt. Schließlich werden noch hohe Kautionsgebühren verlangt, die der Arbeitssuchende natürlich nicht zahlen kann. Man könnte versucht sein zu der Annahme, daß sich die Herren vom „Zentralorgan „Erfahrung“ einige Firmen sicherten, um etwaigen „Konsequenzen“, die aus ihrer nichts weniger als lauterer Vermittlungstätigkeit entspringen könnten, zu begegnen, wenn man nicht noch anderen Vermittlungen Raum geben will.

Wie es aber auch sein mag, jedenfalls ist diesen gekennzeichneten Praktiken gegenüber die größte Vorsicht und Zurückhaltung geboten, und die Stellungsuchenden seien gewarnt, unkontrollierbaren Vermittlungsbureaus, die die blühendste Reklame nicht scheuen, ihre letzten Markstücke hinzuwerfen. Dort wird zwar viel gesprochen, aber wenig gehalten!

E. S. A. Erste Vorort-Ausstellung nennt sich ein Unternehmen, das gestern in der Potsdamer Straße 4 eröffnet wurde und den Zweck verfolgt, die Kenntnis der Verhältnisse der Vororte weiteren Kreisen zu vermitteln. Von zahlreichen Gemeinden sind Bewohnungspläne, soweit solche existieren, ausgelegt worden sowie statistische Tabellen über die einzelnen Orte, deren Verkehrs-, Bau-, Steuer-, Post-, Schul-, Kirchen- und ärztliche Verhältnisse. Vor allem fällt in der Ausstellung die Reklame der Terraingesellschaften auf, die zahlreiche Pläne, Bilder, Zeichnungen ausgelegt haben und die beweist, daß diese Gesellschaften das größte Interesse an der Ausstellung haben. Zwar ist dieselbe vom Verlag von Wädeler und Röderer arrangiert, in Wirklichkeit scheinen aber die genannten Terraingesellschaften dahinter zu stehen. Die Ausstellung beschränkt sich gewissermaßen darauf, in Bild und Modell über die Vororte das wiederzugeben, was bereits schriftlich in dem kürzlich in demselben Verlag erschienenen Handbuch: „Die Berliner Vororte“ niedergelegt ist.

Die Ausstellung soll eine dauernde sein. Ein Vortragsaal ist eingerichtet, um auf die Vororte bezügliche Fragen zu behandeln, eine Auskunftsstelle soll Reisenden Auskunft geben, während in einem Lesesaal alle wichtigeren Zeitungen und Zeitschriften ausgelegt werden sollen.

Mit der Speisung bedürftiger Schulkinder hatte sich am Montag die Armenverwaltung in einer besonders zu diesem Zweck einberufenen Sitzung zu beschäftigen. Stadtrat Münsterberg erstattete den Bericht der Verhandlungen der eingesetzten Kommission, zu welcher unser Genosse Ewald und Stadtv. Rosenow wesentlich nicht geladen seien. Die Kommission sowie der Magistrat seien der Meinung, daß die Armenverwaltung bei der Schulspeisung zu beteiligen sei, da die Kinder zu bedauern wären, wenn es mit der Schulspeisung allein abgetan wäre, es müßte eine weitergehende Prüfung der inneren Verhältnisse solcher bedürftigen Familien Platz greifen. Die Direktoren, Lehrer und Schulkommissionen hätten die Anleitung zu geben, dagegen müßte die Ausführung der Speisung und Nachprüfung der Bedürftigkeit den Organen der Armenverwaltung überlassen bleiben.

Das Wahlrecht soll auf keinen Fall angetastet werden, denn die Mittel könnten ja, wie bei Entsendung von Kindern in Heimsstätten, in den Etat 49 eingestellt werden; die Eltern seien, wo die Verhältnisse es gestatten, ersparnisfähig. Auf eine kurze Dauer von 8 bis 14 Tagen solle auf Vorschlag der Schulvorstände auch ohne Nachprüfung gepeist werden können.

Der Herr Stadtrat führte dann zum Schluß aus, daß er sich anscheinend durch Ueberreifer eine erhebliche Last auferlegt habe. Dies wurde dem Herrn, der übrigens in viel ruhigerer und sachlicherer Weise als wie in der Stadtverordneten-Versammlung obige Ausführungen machte, durch unsere Genossen Hinge, Ewald und durch Stadtverordneten Rosenow bestätigt. Diese wiesen namentlich darauf hin, daß ein Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom Dezember 1907 vorliege, nach welchem die Speisung der Kinder in den Schulen zu erfolgen habe. Durch die Beteiligung der Armenverwaltung würde auch diese bestehende Hilfe als Armenunterstützung angesehen sein. Direktoren, Lehrer, Schulkommission, welche die Notwendigkeit der Unterstützung festgestellt hätten, brauchten nicht noch

durch die Armenverwaltung kontrolliert werden, es liege hierin ein ganz unbedeutendes Mißtrauen gegen die Schulverwaltung. Sowie die Vergabe unentgeltlicher Lehrmittel könne die Schule auch die Speisung der Kinder durchführen; die Probe hierfür ist ja auch bereits in den Monaten Februar und März gemacht und hat zu Klagen keine Veranlassung gegeben. Auf alle Fälle aber sei ein Beschluß anzusetzen, bis die Vertreter des Magistrats und der Armenverwaltung, welche zum Studium dieser Frage nach anderen Städten entsandt seien, zurückgekehrt und über ihre Erfahrungen Bericht erstattet hätten. Diese Ausführungen machte die große Mehrheit der Armenverwaltung dadurch zu den ihrigen, daß ein Antrag auf Vertagung angenommen wurde.

Das letzte Wort, ob Schule oder Armenverwaltung die Speisung durchzuführen habe, ist also noch nicht gesprochen. Dem Ueberreifer des Herrn Stadtrat Münsterberg sind wenigstens vorläufig Schranken gesetzt worden.

Eröffnung einer neuen Straßenbahnlinie. Die neue Straßenbahnlinie 50 Ringbahnhof Schönhauser Allee—Wartburgplatz, die wir schon vor längerer Zeit angekündigt haben, wird von der Großen Berliner Straßenbahn in Gemeinschaft mit der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn am 1. Juli eröffnet. Sie stellt vor allem eine angenehme Verbindung durch den Tiergarten her. Die Linie geht durch die Schönhauser und Kastanien-Allee, über den Rindfleischplatz die Veteranen- und Invalidentrasse, über den Pappelplatz, den Platz am Reuen Tor, über den Luisenplatz, die Luisenstrasse, den Karlsplatz, die Neue Wilhelm-, Dorotheen- und Sommerstraße bis zum Brandenburger Tor, durch den Tiergarten über die Charlottenburger Chaussee bis zum Großen Stern, durch die Hofjäger-Allee, die Friedrich-Wilhelm-Strasse, über den Lützowplatz, durch die Raupenstraße zum Rollendorplatz und endlich von diesem durch die Moq- und Martin-Luther-Strasse bis zum Wartburgplatz. Die ganze Strecke kostet 10 Pf. Der Betrieb beginnt Werktags von der Schönhauser Allee 6,35, vom Wartburgplatz 6,57. Der letzte Wagen geht im Westen 10,20, im Norden 10,21. Sonntags sind die Abfahrtszeiten im Westen und Norden 8,32 bis 12,17. Gleichzeitig wird die Einfahrtslinie 51 E, die ebenfalls zur Entlastung der Linien 51 und 57, aber über die Potsdamer Straße dient, bis zur Pappelallee, Ecke der Schönhauser Allee verlängert.

Bermehrte Verkehrssicherheit auf den Straßen.

Der Polizeipräsident veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Und allen Kreisen der Bevölkerung höre ich den Wunsch nach vermehrter Sicherheit des öffentlichen Verkehrs auf den Straßen Berlins. Ich erkenne diesen Wunsch als berechtigt an.“

An Vorschriften zur Regelung des Verkehrs fehlt es nicht; trotzdem ist eine zweckmäßige Gestaltung desselben in den belebten Straßen nur dann möglich, wenn alle Beteiligten die durch den großstädtischen Verkehr gezogenen Grenzen und Richtlinien respektieren und die mit der Regelung des Verkehrs beauftragten Exekutivbeamten in willigen Zusammenwirken unterstützen. Der ständig zunehmende Verkehr verlangt Bewachung und Erziehung des einzelnen zur Befolgung gewisser Grundzüge, ohne welche eine leibliche Abwidelung des Verkehrs und die Sicherheit des einzelnen in verkehrstechnischen Straßen von der Polizei nie erreicht werden kann. Die wichtigsten Grundzüge stelle ich nachfolgend zusammen und richte an die Bevölkerung Berlins die dringende Bitte, ihnen Beachtung zu schenken:

- 1. Der Straßendamm ist in erster Linie für den Fahrzeugverkehr bestimmt, deshalb vermeide der Fußgänger jedes überflüssige Verweilen auf demselben, überdies trete ihn nur auf dem kürzesten Wege, das heißt senkrecht zur Straße und nicht in der Diagonale und auch in belebten Straßen nicht an jeder beliebigen Stelle, sondern nur an einer Straßenkreuzung. 2. Jeder Wagenfahrer soll im Interesse des eigenen Fortkommens für sein Gefährt nicht mehr Raum von dem Straßendamm in Anspruch nehmen, als er notwendig gebraucht. Hierzu gehört, daß er scharf rechts an der Vordachswelle fährt und beim Einbiegen in eine linke Seitenstraße die Erde ausfährt, das heißt die Erde nicht in der Diagonale, sondern in voll ausgefahrenem Bogen nimmt. Kein Pferdewagen darf mit lose hängendem Jagel fahren, weil er sonst in belebten Straßen das Pferd nicht rechtzeitig zu lenken vermag. 3. Die gefährdende Geschwindigkeit der Kraftwagen muß in belebten Straßen durchweg gemäßigt werden: Ganz besonders ist ein langsames Fahren erforderlich beim Kreuzen der Straßen und beim Umbiegen um Ecken. Das schnelle Fahren der leeren Automobile, die aus den Außenbezirken der Stadt in das Innere zurückkehren, wie dies ganz besonders im Westen der Stadt auf dem Kurfürstendamm, in der Potsdamerstraße, auf der Charlottenburger Chaussee und in den Straßen längs des Landwehrkanals zu beobachten ist, hat die Gefahr eines Unfalls angenommen, dem unbedingt Einhalt geboten werden muß.

Jedermann aus der Bevölkerung wolle, soweit es ihn angeht, diese einfachen, im Interesse des einzelnen wie der Gesamtheit liegenden und bei gutem Willen leicht zu befolgenden Vorschriften beherzigen. Jeden bitte ich, an seinem Teil mit Ueberlegung, Rücksichtnahme und Geduld dem Streben der Polizei entgegenzukommen, angehts des wachsenden Verkehrs der Großstadt auch bessere Bedingungen für die Sicherheit des Verkehrs zu schaffen. Berlin, den 27. Juni 1908. Der Polizeipräsident, von Stubenrauch.“

Das Märkische Museum (am Märkischen Platz) wird vom 1. Juli ab an allen Tagen mit Ausnahme der Sonntage von 10—3 Uhr geöffnet sein. Der Eintritt ist unentgeltlich. Ein kurzer „Führer“ durch die Sammlungen ist im Vorraum für 10 Pf. zu haben.

Selbstporträt eines verdienstvollen Mannes.

Dem Herrn Lieberenz, dem Gemeindevorsteher, Armenkommissionsvorsitzer, Hauswartführer usw. in Roabit, haben wir schon öfters eine Besprechung widmen müssen. Kürzlich meldete mir (in Nr. 137), es sei um die Lage zugegangen, daß an der 31. Knaben-Gemeinschaft (Alt-Roabit 23), die seit anderthalb Jahren den besagten Herrn Lieberenz zum Rektor hat, die Freizeiten für die Fluhbadeanstalten unserer Stadt jetzt mit geringerer Vereinnahmung als bisher ausgeteilt würden. Wir warfen die Frage auf, ob es sich hier um eine für ganz Berlin angeordnete Maßregel handele, oder ob nur Herr Lieberenz plötzlich entbedt habe, daß mit der Vergabe dieser Freizeiten kein Luxus getrieben werden dürfe. Wir fügten hinzu, man könne einem Mann wie Lieberenz, der in allem, was irgendwie nach Unterstützung aussieht, die Bedürftigkeitsfrage zu verneinen leicht bereit sei, es wohl zutrauen, daß er ganz aus eigenem Antriebe sich demühe, auch den Umfang der unentgeltlichen Benutzung der Fluhbadeanstalten möglichst einzuschränken. Als Antwort auf jene Notiz haben wir nun von Herrn Lieberenz den folgenden Brief erhalten, den wir trotz seiner Länge unverkürzt wiedergeben:

Berlin, den 25. Juni 1908.

An die Redaktion des „Vorwärts“

Hier. Wie ich nachträglich erfahre, haben Sie sich in Nr. 137 Ihres Blattes wieder einmal mit meiner Person „beschäftigt“. Da mich eine Zeitung, wie es der „Vorwärts“ ist, nicht beleidigen kann, Ihre Pamphlete mir auch nicht schaden können, weil jeder Mensch die Tendenz Ihres Blattes kennt, so habe ich Sie nicht verklagt und Ihnen gern das Vergnügen gegönnt, mich zu beschimpfen, da

ich mir sagte: Nun, die Menschen wollen auch leben, und wenn da sie auch bedauern muß, ihr Brot auf eine so krauige Weise verdienen zu müssen, so haben sie doch wieder mal ein paar Groschen durch dich verdient.“ — Der Gedanke, daß Sie etwa die Wohlige und anerkennenswerte Absicht hatten, bestehenden Uebelständen ab-zuhelfen, konnte mir nicht kommen, da es zur Erreichung dieses Zweckes ein viel einfacheres, anständigeres und wirksames Mittel gab, nämlich eine Beschwerde bei den zuständigen Behörden. Allerdings trifft diese Erwägung auch für den vorliegenden Fall in Nr. 137 zu; aber da Sie diesmal in stiller Enttäuschung ausdrücklich schreiben: Wir haben uns mit diesem Herrn ja schon mehrfach beschäftigt „müssen“, so nehme ich nunmehr doch zu Ihrer Ehre an, daß Sie die ehrenwerte Absicht haben, zu bessern! Um Ihnen nun nicht unnötige Arbeit und Aufregung zu bereiten, erkläre ich Ihnen hierdurch, daß ein Blatt wie der „Vorwärts“ nicht imstande ist, meine Ansichten zu ändern und mich in meinen Entschlüssen zu beeinflussen, zumal ich mit dem Resultat meiner bisherigen amtlichen und außeramtlichen Tätigkeit sehr zufrieden sein kann. Der Umstand, daß ich in 15jähriger Tätigkeit an ein und derselben Schule niemals mit meinen Vorgesetzten in Konflikt geraten bin, daß ich in dieser langen Zeit nur ein einziges Mal mit einer Mutter eines Schülers (der Vater war noch auf meiner Seite!) einen Konflikt hatte, der Umstand ferner, daß mich heute noch zahlreiche ehemalige Schüler — unter ihnen auch Söhne von „zielbewußten“ Sozialdemokraten — besuchen und Rat erbitten, beweist mir, daß meine amtliche Tätigkeit nicht verwerflich gewesen sein muß. Und was ich außeramtlich in 17jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit als Armenkommissionsvorsitzer, Bezirksvorsitzer-Stellvertreter, stellvertretender Bezirksratsvorsitzender, Vorsitzender der 1. Abteilung des Weihnachtsbescherungsvereins, Schriftführer des gesamten Vereins, Vorsitzender des Lokalkomitees für Ferienkolonien, als Mitglied des Vereins gegen Verarmung, als Vorstandsmitglied des Jugendfürsorgeverbandes der Berliner Lehrerschaft, des Zentralvereins für Jugendfürsorge, Mitglied des Vereins „Kinderhort“ usw. für die Kollektenden getan habe, das ist nach meiner festen Ueberzeugung vielmehr, als alle Redakteure des „Vorwärts“ und alle Führer der Sozialdemokraten zusammen je für dieselben getan haben. Ich habe selbstverständlich niemals auf Dank oder Anerkennung gerechnet, am allerwenigsten seitens des „Vorwärts“. Aber welche eine Befriedigung muß doch dazu gehören, den angeführten Tatsachen zum Hohn die Ehre eines Mannes öffentlich in den Schmutz zu ziehen, ohne die Pflicht zu fühlen, sich vorher genügend zu informieren! —

Daß ich in der langen Reihe von Jahren gelernt habe, wahre Bedürftigkeit von simulierter zu unterscheiden, und daher gemäßigter Bettler und arbeitsscheue Trinker bei mir wenig Glad mit ihren Gesuchen haben, ist erklärlich. Daß so viele Leuter in meiner Hand bereinigt sind, mag für diese Art Mitteltäter ja sehr unangenehm sein; im Interesse einer geregelten Armenpflege aber ist dieses sehr erwünscht. Es ist zu verstehen, wenn die von mir gekannten resp. erkannten unwürdigen Mitteltäter in ihrem Hoß gegen mich sich an den „Vorwärts“ wenden, dessen Redakteure den bewilligen Denunziationen willig Gehör geben, wiewohl ihnen Hunderte, ja Tausende genau des Gegenteils begegnen würden. In dieser Weise ist auch im vorliegenden Falle (Nr. 137) natürlich wieder verfahren; denn mein gesamtes Kollegium — ja, sogar meine 1. Klasse — ist Reue, daß ich nicht auf dem Standpunkte der Verfügung der Städtischen Schulpflegschaft vom 4. April d. J., die Baderarten „nur an solche Schüler zu verabsorgen, deren Angehörigen die Entrichtung des Eintrittsgeldes von 5 Pf. nach ihren Verhältnissen zu schmer fallen würde“ — welche Bestimmung vielfach außer acht gelassen sei! — stand resp. stehe. —

Nun, Ihre Handlungsweise entspricht ganz meiner Auffassung von den Führern der Sozialdemokratie und deshalb werde ich dem mir feinerzeit von Ihnen beigelegten Ehrenkittel „Sozialistenböter“ jederzeit alle Ehre machen, wozu mir die Unwahrscheinlichkeit in den Angriffen des „Vorwärts“ gegen mich wieder günstige Gelegenheit bietet.

Hochachtungsvoll G. S. Lieberenz, Rektor, Spenerstraße 21.

Herr Lieberenz hatte zu unseren früheren Veröffentlichungen geschwiegen, diesmal also hat er das Bedürfnis gefühlt, zu antworten. Die Begründung, die er für diese Abweichung von seiner Regel gibt, ist ein bißel konfus. Nur soviel ist herauszumerkeln, daß er bei Unerwartung darüber empfindet, diesmal erklären zu können, er sei zu Unrecht angegriffen worden. Da müßte er denn doch endlich mal sein qualvolles Herz ausschütten. Ihm hat es nicht genügt, kurz und bündig zu antworten: die Schulpflegschaft sei es, die angeordnet habe, fortan die Baderartenkreiskarten weniger willig zu verteilen, er selber aber halte das nicht für richtig. Er wollte die Gelegenheit benutzen, es uns einmal ordentlich zu geben. Bis hier hatte er ja nur vor seinen Schülern auf die Sozials im allgemeinen und auf den „Vorwärts“ im besonderen geschimpft, jetzt aber sollte der „Vorwärts“ selber ihn mal kennen lernen. Zugleich schien es ihm wünschenswert, den sozialdemokratischen Zeitungsschreibern zu zeigen, ein wie verdienstvoller Mann und guter Kerl er, der Herr Rektor ist. Es freut uns, unseren Lesern sein von ihm selber entworfenes Porträt bieten zu können. Dieser Brief ist in der Tat ganz Lieberenz! Wir hängen sein Selbstbildnis niedriger, damit alle Welt es genauer betrachten kann. Möge man nun prüfen, ob er „getroffen“ ist. Die Schule, in der Herr Lieberenz 16 Jahre hindurch als Lehrer tätig war, ist die 172. Knaben-Gemeinschaft (Dremer Straße).

Zur Sache wollen wir schließlich noch darauf aufmerksam machen, daß unsere Redung, es werde bei der Verteilung der Baderartenkreiskarten jetzt strenger als bisher die Bedürftigkeitsfrage geprüft, durch Herrn Lieberenz nicht widerlegt, sondern selber bestätigt worden ist. Wenn diese Maßregel sich nicht auf die Schule des Herrn Lieberenz beschränkt, und nicht ein bloßer Willkürakt dieses Mannes ist, sondern für ganz Berlin durch die Schulpflegschaft angeordnet worden ist, so ist das um so bedauerlicher.

Straßenbahn-Statistik. Im Zeichen der Statistik steht seit Sonntag wieder mal der Verkehr der „Elektrischen“. Jeder Schaffner führt für drei Tage eine Liste mit, in die er jeden Abkommen, jeden Soldaten, Post- und Polizeibeamten, auch die Schüler einzeln mit einem Strich eintragen muß. Er hat ferner die Aufgabe, an der Abfahrtsliste sowie an den frequenteren Zwischenhaltstellen zu zählen, wieviel Personen wegen Ueberfüllung des Wagens zurückbleiben müßten. Bei dem schönen Wetter am letzten Sonntag ist diese Frage vielfach mit „unabhängig“ beantwortet worden. Auch solche Haltestellen, die regelmäßig wenig Fahrgäste aufweisen, sollen besonders kenntlich gemacht werden. Die Schaffner schimpfen wieder über diese neue Geduldsprobe, obwohl sie nur drei Tage anhält. Sie kann, wie wir gern zugeben wollen, in einigen Punkten gute Erfolge zeitigen, wenn die richtige Lehre aus dem gesammelten Material gezogen wird. Vielleicht läßt die „Gruke“ bei der nächsten dieser statistischen Feststellungen, die jetzt jedes halbe Jahr wiederholt werden sollen, auch die Offiziere und Schulleute miteinziehen, welche trotz Ueberfüllung des Wagens anstandslos noch mitgenommen werden, während man im selben Falle Arbeiter glatt zurückweist.

Die Direktion der städtischen Gaswerke will, da der Gasverbrauch während des Monats Juni erfahrungsgemäß geringer ist, als in den anderen Monaten des Jahres, verhältnismäßig im laufenden Jahre von denjenigen Gasabnehmern, welche die Rechnungen monatlich begleichen, den Betrag für den Verbrauch im Juni und Juli d. J. durch eine Rechnung einzusehen lassen. Diese Rechnungen werden Anfang August d. J. zur Zahlung vorgelegt werden. — Im Monat

...habe die Gasabnehmer demnach keine Gasrechnungen zu erwarten.

### Der Zoologische Garten und das Aquarium.

In der Generalversammlung des Aktienvereins Zoologischer Garten kam es zu einer längeren Auseinandersetzung über den Vorschlag des Vorstandes, einen Geländeteil des Gartens zur Erweiterung des Aquariums abzutreten.

Die Stadtverordneten Räte und Bamberg rieten dringend, die Erörterung der Angelegenheit zu vertagen, um die Verhandlungen des Stadtverordneten Ausschusses, die sich noch im ersten Stadium befinden, nicht zu durchkreuzen.

In die Spree gesprungen und ertrunken ist gestern nachmittag ein unbekannter etwa 30 Jahre alter Mann. Der Lebensmüde war am Reichstagsufer fortwährend auf- und abgelaufen, so daß er schließlich die Aufmerksamkeit der Passanten erregte.

Von einem Kohlenwagen überfahren wurde gestern der Schüler Körner in der Seestraße. Die Räder gingen dem Bedauernswerten über die Brust. Schwer verletzt wurde der Kleine von der Unglücksstelle fortgetragen.

Unter den eignen Wagen gerast und totgefahren. Das Opfer eines bedauerlichen Unglücksfalles ist der russische Herrmann Vahle aus der Sendelstraße 25 geworden.

Platz für die Erstklässigen. Ein Leser schreibt uns: Ich begab mich gestern 1/10 Uhr vormittags auf den Perron des Sächsischen Bahnhofes, um den Zug nach Erkner zu benutzen.

Wir waren schon der Meinung, es sei ein Unglück passiert, als der Zug einbrach und ihm aus einem besonders angehängten Wagen zwei höhere Offiziere entstiegen, welche unter Kommandos der Beamten den Bahnsteig verließen.

Im Freibad Grünau ertranken ist am Sonntagnachmittag oberhalb ein neunzehnjähriger junger Mann, nachdem dort bereits vor vierzehn Tagen ein gleicher Unglücksfall zu verzeichnen war.

Ein Wäskewagen mit Pferd, Geschirr und Wäsche ist gestern mittag einem Kutscher in Charlottenburg, Eosanderstraße gestohlen worden. Der Wagen ist gelblich gestrichen mit Firmenstempel an Deckplatte.

## Vorort-Nachrichten.

### Gültigkeit der Baupolizeiverordnung für die Vororte Berlins.

Eine wahre Volksversammlung von Hausbesitzern aus Friedrichshagen und Karlsruh fand sich am Dienstag im Verhandlungslokal des 8. Senats des Oberverwaltungsgerichts zusammen. Die Herren waren gekommen, um den Ausgang des Prozesses abzuwarten, den eine Anzahl Hausbesitzer und Mieter aus Friedrichshagen wegen der massenhaften Verfügen auf Räumung der Parterrewohnungen angestrengt hatten.

Wir rechtsgültig. Sie hätten beachtet werden müssen. Der Senat könne nichts an dem gültigen Baurecht ändern, wenn er auch anerkennen müsse, daß es die Interessenten hart treffe.

### Schöneberg.

#### Die Liberalen am Pranger.

Eine ebenso wohlverdiente wie gründliche Abfertigung holten sich gestern unsere „entschieden liberalen“ Freisinnsmänner in der von der „Demokratischen Vereinigung“ einberufenen Versammlung in der Schloßbrauerei, in welcher Dr. Barth referierte.

Den Höhepunkt der Erregung erreichte die Versammlung, als der gereizte „rote Jodel“ sich unvorsichtigerweise in albernem Geschimpf auf die Sozialdemokratie einließ.

### Wilmerdorf.

Ueber die Gewährung der Feuerungszulage an die städtischen Beamten, Lehrer und Arbeiter hatte die letzte Stadtverordnetenversammlung noch zu beraten. Hierüber entspann sich eine längere Debatte.

### Rahnsdorf.

Selbstmord auf den Schienen. Kurz vor dem Bahnhof Rahnsdorf warf sich gestern abend ein junger Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, in selbstmörderischer Absicht vor einen heranrollenden Schnellzug.

### Köpenick.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte der Vorsteher- Stellvertreter zunächst einen Antrag des Herrn Wilhelm Hilliges zur Verlesung, in welchem derselbe im Namen der hiesigen freireligiösen Gemeinde um die Errichtung eines städtischen Begräbnisplatzes ersucht.

## Vermischtes.

Ueber das furchtbare Automobilunglück im Taunus wird in Frankfurter Wätern eine eingehende Darstellung gegeben. Der Hergang ist folgender: Am Sonntag war in Eppenhain ein Waldfest. Dortin fuhr in der Frühe zwei Lastautomobile der Bürgerbrauerei Frankfurt.

angetreten. Einige Bewohner der benachbarten Orte Rupperts- hain und Fischbach hatten die Chaussee, sie mitzunehmen. Es fuhr nun etwa fünf Personen von Eppenhain aus mit. In Rupperts- hain wurde Rast gemacht und in der Wirtshaus zum „Grünen Wald“ eingeleitet.

Der Chauffeur — er blieb unverletzt —, der 25jährige be- heiratete Valentin Eichenbach, Offenbacher Landstraße 36 in Sachsen- haufen wohnhaft, wurde sofort verhaftet, da ihn die Schuld an dem Unglück treffen soll.

Wegen einer gestohlenen Uniform erschossen. Der Einjährig- freiwillige Jander hat sich in Blankenburg a. H., wo er diente, erschossen. Jander besaß sich Fingerringe auf Urlaub in Niyahn, wo ihm seine Uniform gestohlen wurde.

Mit ihren Kindern ertränkt. Nach einer Meldung aus Bahr hat sich in Wittenweiler die 25 Jahre alte Ehefrau des Randwirts Wilhelm Schweizer mit ihren drei Kindern, Mädchen im Alter von vier Monaten bis drei Jahren in der Elz ertränkt.

Gekrandet. Brest, 30. Juni. Der mit einer Gerstenladung nach Hamburg bestimmte Dampfer „Orion“ standete, wie aus Brest gemeldet wird, gestern früh 4 Uhr auf der Höhe von Quessant.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung XV.) Heute abend 8 Uhr bei Ohnesorge, Markgrafstr. 102. — Abteilung Weihensee. Heute abend 8 Uhr bei Weber, Friedländerstr. 37.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

J. W. 12. 1. Sie möchten sich mit Ihren Witterben verständigen, eventuell gegen dieselben klagen. 2. Auch mit diesen möchte eine Verständigung herbeigeführt werden.

### Witterungsübersicht vom 30. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wasser- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temp. in C
Eutinende	768.0	0	1	17	6	17	6
Nürnberg	768.2	0	1	15	1	15	6
Berlin	767.0	0	1	15	1	15	6
Frankfurt	766.0	0	1	19	1	19	6
München	765.0	0	1	20	1	20	6
Wien	764.0	0	1	22	1	22	6

Witterungsprognose für Mittwoch, den 1. Juli 1908. Vorwiegend heiter und trocken, am Tage wärmer bei mäßigen nord- östlichen Winden.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 29. 6.	seit 29. 6.	Wasserstand	am 29. 6.	seit 29. 6.
Remel, Mühl	102.0	0	Soale, Gochsh	112.0	0
Regel, Mühl	7.0	0	Habel, Spandau	61.0	0
Beisel, Thon	66.0	0	Havel, Rathenow	128.0	0
Ober, Mühl	88.0	0	Spree, Spremberg	86.0	0
Kroffen	75.0	0	Beetow	128.0	0
Frankfurt	75.0	0	Best, Runden	96.0	0
Barthe, Sarnum	12.0	0	Rinden	20.0	0
Landenberg	2.0	0	Rhein, Reginillandau	—	0
Rehe, Sordam	13.0	0	Raub	274.0	0
Elbe, Lütowitz	44.0	0	Rubin	291.0	0
Dresden	152.0	0	Redar, Dellbrunn	59.0	0
Barby	102.0	0	Rain, Wertheim	125.0	0
Magdeburg	106.0	0	Wosel, Lier	62.0	0

+) bedeutet Hoch, —) Tief, —) Unterpegel.



# N. Berliner Landtags - Wahlkreis.

Freitag, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

## Volkversammlung

in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 149.

Tages-Ordnung:

1. Die Entrechtung der preussischen Wähler.  
Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel.

2. Diskussion.

227/18\*

In dieser Versammlung sind alle Wähler freundlichst eingeladen.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Einberufer: H. Sauerweier, Magstr. 16.

### Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Donnerstag, den 2. Juli 1908, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause  
(Saal 5), Engel-Ufer 15:

#### Versammlung

1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Kassenangelegenheiten.  
Die Ortsverwaltung.

### Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Donnerstag, den 9. Juli 1908, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstr. 59-59:

#### Außerordentliche General-Versammlung

der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.  
Tages-Ordnung:  
1. Beschlußfassung über die vom Oberpräsidenten unterm 25. Mai 1908 angeordnete Abänderung des § 30 des Kassenstatuts betreffend Erhöhung der Beiträge. 2. Verschiedenes.

Berlin, den 29. Juni 1908.

Der Vorstand.

H. Daehne, Vorsitzender. E. Simonow 311, Schriftführer.

### Konsum-Verein für Tegel und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)  
Donnerstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, bei G & H in Tegel,  
Schloßstr. 7-8:

#### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht. 2. Berichtserstattung vom Verbandstag und Genossenschaftstag. 3. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern. 4. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats. 5. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat.

Schwarzer

Friedrichsberg,  
Fechtsprecher Nr. 8.



Adler

Frankfurter  
Chaussee 5.

Jeden Mittwoch:

#### Großes Militär-Konzert

ausgeführt von der Jugendwehr.

#### Soiree der Apollo-Sänger.

Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.



Jhr Hut  
muss gereinigt werden  
mit Hutwäsche 31452\*

#### Feuerrad

1 Pack 25 Pl. 3 Pack 65 Pl.

Zur Renovierung bereits gefärbter Hüte in gleicher Farbe od. dunkler  
1 Pack 35 Pl., 3 Pack 1 M.  
Fritz Kratz, Berlin N. 89  
Reinickendorferstr. 119.  
In allen Drogerien, Apothek. usw.

#### Wir verkaufen

jetzt noch billigt  
□ R 4 Mark an  
in Paterhofen, Ostbahn,  
□ R 8 Mark an  
Seefeld, am Bahnhof,  
□ R 10 Mark an  
Kaulsdorf, am Bahnhof,  
□ R 10 Mark  
Bahnhof Sadowa, Biesdorf,  
Kaulsdorf-Züd.,  
□ R 30 Mark an  
Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.  
Verkaufsst. a. d. Bahnhöfen.  
Nieschalke & Nische  
Berlin, Neue Königstr. 16.

# D. Perleberg

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung  
Chausseestr. 63 Ecke Liesenstr.

## Besonders günstiges Angebot. Preis-Ermässigung

### Herren-Sacco-Anzüge

auf grosse Posten  
aus sehr guten, haltbaren Stoffen  
bedeutend im Preise herabgesetzt  
jetzt M. 8<sup>00</sup> 12<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 18<sup>00</sup> 20<sup>00</sup> 24<sup>00</sup>

### Herren-Hosen

Grosse Posten  
aus dauerhaften Buckskin- und Kammgarnstoffen  
bedeutend im Preise herabgesetzt  
jetzt M. 1<sup>90</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>90</sup> 3<sup>90</sup> 4<sup>90</sup> 6<sup>90</sup> 8<sup>90</sup>

### Herren-Wasch-Westen

Grosse Posten  
jetzt M. 1<sup>25</sup> 1<sup>50</sup> 1<sup>75</sup> 2<sup>50</sup>

### Jünglings-Anzüge

Grosse Posten  
aus besonders guten und starken Stoffen  
bedeutend im Preise herabgesetzt  
jetzt M. 5<sup>50</sup> 9<sup>00</sup> 12<sup>00</sup> 14<sup>00</sup> 16<sup>00</sup> 19<sup>00</sup>

### Knaben-Anzüge

Grosse Posten  
aus farbigen und blauen Wollstoffen. — Blusenform, geschlossen und offen  
bedeutend im Preise herabgesetzt  
jetzt M. 2<sup>90</sup> 3<sup>50</sup> 3<sup>90</sup> 4<sup>25</sup> 4<sup>90</sup>

Besichtigung meiner Läger sehr zu empfehlen. — Kein Kaufzwang.

Jede Buchhandlung liefert gegen Abgabe der vollen Karten „Die Bücher des Deutschen Hauses“ vollständig gratis.

Verlange Sie bei e. Ein. en **BIBLIOTHEKS-MARKEN**

Die Bücher des Deutschen Hauses

Gratis!

Näheres siehe Prospekt bei unseren Mitgliedern erhältlich

Neue Gesellschaft der Buchfreunde.

### Speise-Eishändler! Feinste Frucht-Essenzen

hocharomatisch zur Speise-Eis-Fabrikation sowie zugehörige Substanzen am billigsten und besten zu kaufen bei  
Otto Reichel,  
Berlin 50., Eisenbahnstr. 4.

### Gustav Lindenhayn, Gastwirtschaft.

Telephon: Amt Grünau Nr. 17  
Grünau, Friedrich-Str. 2.  
Großer Garten, Vereinszimmer.  
Fremdenlogis. 206112\*  
Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerhaft, Zusaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11. (Südt. Börsen).

„Freie Stunden“  
No. 21, Jahrgang 1906, kauft in Expedition Lindenstr. 69.

BERLIN G. 19  
Roßstraße 1 u. 1a

# Peek & Cloppenburg

Gertraudten-  
Straße 26 u. 27



Knaben- und Jünglings-Waschanzüge.		Brustweite 64—74 76—86						
Brutus	Mittelgrau gemustert, mit kurzen und langen Hosen . . . . .	M.	3.75	4.75				
Leo	Schwarz-weiß klein kariert, mit kurzen und langen Hosen . . . . .		4.75	6.—				
Martin	Grün gemustert, mit kurzen und langen Hosen . . . . .		5.50	6.50				
Javol	melirt, mit kurzen und langen Hosen . . . . .		6.75	7.75				
Kasimir	Dunkelgrün gemustert, mit kurzen und langen Hosen . . . . .		7.50	8.75				
Hartwig	Mittelgrün . . . . .		7.50	8.75				
Herkules	Grün melirt, mit kurzen und langen Hosen . . . . .		8.50	10.25				
Nastor	Mittelgrün gestreift, mit Pumphosen, mit Manschetten . . . . .		10.—	12.50				
Vitus	Modelfarbig, gestreift, Leinen, mit Pumphosen, mit Manschetten . . . . .		11.50	13.50				
Ulrich	Mittelgrün, englisch gemustert, mit Pumphosen und Manschetten . . . . .		12.50	14.75				
Vollrad	Dunkelgrün gemustert, mit Pumphosen, mit Manschetten . . . . .		12.50	14.75				
Helmuth	Mittelgrün, englisch gemustert, mit Pumphosen, mit Manschetten . . . . .		14.—	17.—				
Eitel	Modelfarbig, . . . . .		14.—	17.—				
Günther	Mittelgrün gemustert, nur mit langen Hosen . . . . .		—	17.—				
Knaben-Pelerinen.		Länge cm 60 70 80 90 100 110						
8385	Glatter, dunkelgrauer Loden . . . . .	M.	6.—	6.50	7.—	7.50	8.—	8.50
8386	Marengo Strichloden . . . . .		7.—	7.50	8.—	8.50	9.—	9.50
8387	Olivfarbiger Strichloden . . . . .		7.—	7.50	8.—	8.50	9.—	9.50
8388	Guter marengo Strichloden . . . . .		7.50	8.—	8.50	9.25	10.—	10.75
8389	Olivfarbiger, guter Strichloden . . . . .		7.50	8.—	8.50	9.25	10.—	10.75
8390	Leichter, dunkelgrauer Kamelhaarloden . . . . .		9.—	9.75	10.50	11.25	12.—	12.75
8391	grün melierter . . . . .		9.—	9.75	10.50	11.25	12.—	12.75
8392	Guter, mittelgrauer Kamelhaarloden . . . . .		12.—	13.—	14.—	15.—	16.—	17.—
8393	marengo Kamelhaarloden . . . . .		12.—	13.—	14.—	15.—	16.—	17.—
8394	Prima . . . . .		14.—	15.—	16.—	17.50	19.—	20.50